1 S 20587 F

Fragen der Freiheit

Probleme der Witschaftsordnung

Monopole
Geldfunktion
Wechselkursfrage
Partnerschaft

Heft 89 Juni 1971

Wie vieles ist denn Dein?

Der Kreis, den meine Wirksamkeit erfüllt!
Nichts drunter und nichts drüber!

Goethe, Prometheusfragment

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 89

Juni 1971

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel
Postverlagsort: 65 Mainz

Inhaltsübersicht

Ota Šik
Freiheitlicher Sozialismus 3

Lothar Vogel
Monopol und Eigentum 10

Heinz-Peter Neumann
Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus – Die marxistische Politökonomie 22

Eckhard Behrens
Feste oder freie Wechselkurse? – Das Scheitern einer unvollkommenen Weltwährung 36

Karl Leitl
Mitbestimmung am Arbeitsplatz 45

Zeitkommentare

Fritz Penserot
Kritischer Frühling 1971 – Betrachtungen zur Währungskrise . . . 56

Hans Hoffmann
Revolution oder Evolution im Wechselkurssektor der Währungspolitik? 63

Zur Freigabe des Wechselkurses – Resolution des Studienkreises für freiheitliche Ordnung in der Schweiz 71

Irving Fisher
Die Brakteaten – zur Abbildung der Münze auf der Umschlagseite . . . 71

Diederich Römheld
Zahlen aus der Volkswirtschaft 73

Ankündigung
27. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 23. Juli bis 2. August 1971 wieder in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee.
„Fragen der Freiheit"
Autonomie – Wettbewerb – Vollbeschäftigung – Eigentum – Mitbestimmung
(Siehe auch beiliegendes Programm) 75

Seit Folge 85 in Fragen der Freiheit erschienene Beiträge 77

Freiheitlicher Sozialismus*

Ota Šik

Ich möchte am Ende unserer Sitzung nicht mehr über detaillierte Fragen sprechen, sondern nur einige Grundgedanken zusammenfassen.

Wir haben gewisse aktuelle Probleme behandelt, wobei natürlich auch unterschiedliche Gesichtspunkte zur Sache zu Tage getreten sind, verschiedene philosophische Grundlagen, mit welchen wir an das Thema herangehen. Und es sind natürlich auch gewisse Unterschiede in dem Suchen nach der Lösung herangereifter Probleme aufgetaucht, wobei wir uns aber im wesentlichen – glaube ich – geeinigt haben. Ich will jetzt nicht die allenfalls existierenden Unterschiede hervorheben, sondern möchte im Gegenteil das Wichtigste und Einigende hervorheben, was auch wichtig ist für eine eventuelle weitere Zusammenarbeit.

Dieses Wichtigste sehe ich in den Grundzielen, d.h. vor allem in dem Suchen nach einer neuen Gesellschaftsordnung oder nach einem neuen gesellschaftlichen System, bei welchem der Mensch von äußerer Bedrückung und materiellem Elend befreit werden könnte. Ich glaube wirklich, daß dies – obzwar wir es nicht von Anfang an übereinstimmend so genannt haben – trotzdem das gemeinsame Ziel ist. Die Bezeichnung ist nicht das Wichtigste; das Wichtigste ist, was man darunter versteht. Für mich war seit jeher das Wichtigste, die sogenannte Überwindung der Entfremdung des Menschen. Aber wenn wir diesen Begriff analysieren würden, dann ist er eigentlich mehr oder weniger identisch mit Ihrem Begriff der Befreiung der Menschen. Ich bin einst zur kommunistischen Bewegung gestoßen – noch als junger Mensch – vor allem mit dem Ziel, mitzuwirken an einer Befreiung der Menschen.

Wenn ich von Menschen spreche, habe ich von Anfang an die breiten Massen der arbeitenden Menschen im Sinn gehabt, *der* Menschen, welche durch ihre Tätigkeit etwas Positives der Gesellschaft hinzufügen, also eine nützliche Arbeit für die Gesellschaft leisten. In diesem Sinne also habe ich an die breiten arbeitenden Massen gedacht, gleichgültig, ob es sich um physische oder geistige Arbeit handelt. Ich möchte hervorheben, daß dies mein Grundziel von Anfang an war.

Ich bin nicht einfach aus persönlichen Interessengründen zu der damaligen kommunistischen Jugendbewegung gestoßen, sondern – schon als Student –

*) Schlußworte von Professor Dr. Ota Šik anläßlich des wissenschaftlichen Kolloquiums am 5.1.1971 in Basel über das Thema: „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus". Die Dokumentation dieses Kolloquiums erschien in Fragen der Freiheit Nr. 87/88.

auf der Suche nach der Lösung der Probleme, die mich tief bewegt haben. Das war etwas ganz Zielbewußtes; es ging mir um die ökonomische und politische Befreiung der Menschen, die Beseitigung ihrer Unterdrückung. Es haben sehr meine Jugenderfahrungen dazu beigetragen. Ich habe in den Sudeten gelebt, ich habe den Nationalhaß kennengelernt, ich habe soziale Ungerechtigkeit erlebt, ich habe rassistische Verhetzungen gesehen; das alles hat mich dazu geführt, einen Weg zu suchen, um diese Unterdrückung, Verhetzung usw. überwinden zu helfen. Ich sah damals die Lösung in der kommunistischen Ideologie, in der kommunistischen Zielsetzung.

So kehrte ich ja auch aus dem nazistischen KZ zurück, mit der Erkenntnis der furchtbaren Folgen, zu welchen ein unmenschliches gesellschaftliches System führen kann. Ich hebe dies eben heute hervor, als ich selbst zum zweitenmal eines der Opfer eines solchen unmenschlichen Systems wurde, an dessen Aufbau ich später mit anfänglichem Enthusiasmus mitarbeitete. Das kommunistische System sollte ja das Gegenteil eines faschistischen Systems werden und sollte die Ungerechtigkeiten der vergangenen Gesellschaftsordnung überwinden. Mit diesem Ziel kam ich einst zur kommunistischen Jugend, und mit diesem Ziel vor Augen kehrte ich aus dem nazistischen KZ zurück. Das ist das Furchtbare daran, daß man mit diesen Zielen dann eigentlich einer Bewegung geholfen hat, welche in der Praxis, in der praktischen Realität, das Gegenteil bewirkte. Es hat eine Zeit lang gedauert, bevor mir das zum Bewußtsein kam.

Es ist wohl immer so, daß bei jungen Menschen die Wünsche und auch die Emotionen stärker sind als die Vernunft, und erst mit der Zeit eigentlich dann die Vernunft anfängt, eine größere Rolle zu spielen. Das braucht auch Erfahrungen, nicht nur theoretisches Denken. Es hat eben einige Jahre gedauert, bevor ich das alles durchschauen konnte. Eigentlich waren es die politischen Prozesse in den fünfziger Jahren, bei welchen mein Mißtrauen zum ersten Mal auftauchte; als auf einmal etwas eintrat, was ich von Anfang an überhaupt nicht für möglich hielt, was nicht zu vereinbaren war mit meinen Vorstellungen vom Sozialismus. Die rassistischen Hetzen im Slansky-Prozeß, das war einfach nicht zu verstehen, das war ja dasselbe wie in der Nazizeit. Und dann die Aufdeckung, daß dies alles inszenierte Dinge waren!

Dann kam das 56er Jahr als eigentlicher Gipfel, wo Chruschtschow den Hintergrund des stalinistischen Systems aufdeckte. Das war für mich ein solcher Schock, daß ich nicht wußte, wie überhaupt weiterzuleben. Es fiel einem wie Schuppen von den Augen, und plötzlich wußte man, wozu man eigentlich durch seine Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei mitgeholfen hat. Ich konnte damals nicht mehr nur rein emotionell, zum Beispiel durch einen Parteiaustritt reagieren, sondern es hat mir auf der anderen Seite auch wieder geholfen, mir klarer meine Ziele und Pflichten durchzudenken. Ich war gezwungen mehr in die Tiefe zu gehen, gründlicher zu überlegen, warum, wieso ist so etwas überhaupt möglich, wie konnten unsere humanen Ziele so vollkommen verzerrt wer-

den. Man hat doch immerfort über die Befreiung der Menschen gesprochen, und in Wirklichkeit wurden sie wieder so furchtbar unterdrückt. Damals stellte ich mir das Ziel, mit allen meinen Kräften gegen die eigentlichste Ursache dieser neuen Unterdrückung zu kämpfen, für ihre Beseitigung zielbewußt zu wirken.

Ich bezeichne dieses Ziel immer als *Überwindung der bürokratischen Macht.* In der Bürokratisierung sehe ich das größte Problem innerhalb der politischen Sphäre: die Verselbständigung eines bürokratischen Interesses gegenüber den Interessen der arbeitenden Menschen. Für mich ist die Bürokratie nicht nur das, was man vereinfacht oft darunter versteht, eine geistlos administrierende Beamtenschaft, sondern es ist eine *besondere Schicht,* welche ihre Tätigkeit vor allem in der Machtsphäre konzentriert, in der Staatssphäre und in den Machtorganen, und welche bei dieser Tätigkeit von der praktischen Tätigkeit der Menschen abgeriegelt ist. Für sie wird das Formelle zum Inhalt ihrer Tätigkeit und das Reelle zum Formellen. Sie ist in einer solchen Arbeitsteilung verfangen, daß man – ich möchte sagen – vom Idiotismus der Beamtenarbeitsteilung sprechen kann, das heißt, wo keiner weiter sieht als von der einen Tür zur anderen, von dem einen Vorgesetzten zum anderen; wo jeder nur einen ganz engen Ausschnitt kennt, die Zusammenhänge nicht mehr übersieht und überhaupt das Verständnis für das reale Leben verliert. Dabei ist seine Stellung immer gekennzeichnet durch eine gewisse Machtstellung gegenüber den anderen Menschen, welche von dieser Bürokratie abhängig sind. Dabei ist die Bürokratie im kommunistischen System materiell privilegiert, hat eine Sonderstellung. Dies gilt besonders für die *hohe* Bürokratie. Die Bürokratisierung ist immer am stärksten in *den* Systemen, wo die Menschen überhaupt keine Wahlmöglichkeit haben, wo ein monopolistisches politisches System besteht und die Bürokratie am unkontrollierbarsten ist. Sie ist praktisch nur abhängig von „Oben", nie verantwortlich gegenüber „Unten".

Ich sehe in der Überwindung dieses Systems die Vorbedingung für die Befreiung der Menschen in den heutigen sogenannten sozialistischen oder kommunistischen Ländern. All das, was wir hier diskutiert haben[1], ist meiner Ansicht nach eher realisierbar in den westlichen Ländern, da es hier – dabei will ich gar nicht die westliche Demokratie idealisieren – relativ viel bessere politische Bedingungen gibt, als in den kommunistischen Ländern. Die Vorbedingung für eine Systemänderung ist, daß man Ideen austauschen kann, daß man überhaupt diskutieren, daß man frei sprechen kann, daß man für gewisse Gedanken werben kann.

Ich hoffe nur, daß sich auch in den kommunistischen Staaten die Notwendigkeit solcher Reformen durch die anwachsenden Wirtschaftsmängel durchsetzen wird. Das ist die große Hoffnung. Dort sind die wirtschaftlichen Probleme

1) Siehe „Fragen der Freiheit" Heft 87/88; April 1971, mit dem Thema: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus.

derart groß und das Zurückbleiben hinter der westlichen Entwicklung ist von Jahr zu Jahr deutlicher, so daß es eigentlich nur zwei Möglichkeiten gibt: Die eine möchte ich ausschließen – obzwar sie natürlich auch latent vorhanden ist – die Möglichkeit, daß es zu einem Verzweiflungsakt der reaktionären stalinistischen Kräfte kommt, um sozusagen ihr Vorherrschaftssystem zu retten. Sie könnten zu immer gefährlicheren Kriegsprovokationen greifen, bis diese zu einer Katastrophe führen könnten. Diese Möglichkeit besteht.

Gegenüber dieser furchtbaren Gefahr möchte ich die andere Möglichkeit hervorheben und auch immer wieder auffordern alles zu tun, um die Gegenkräfte zu unterstützen, denn diese sind *hier*. Je größer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, je größer das Zurückbleiben der allgemeinen Entwicklung, desto stärker auch der Widerstand, der stets bei der Intelligenz anfängt. Es treten immer Erkenntnisse auf, die sich – ausgehend von der Intelligenz – allmählich auch in anderen Schichten verbreiten. Das war auch bei uns in der CSSR das Typische. Die neuen Gedanken sind von der Intelligenz sehr schnell unter die Arbeiter gedrungen, wodurch die starke Front für progressive Reformen entstanden ist. Das ist ein Prozeß, welcher sich anderswo auch durchsetzen wird, wenn auch wahrscheinlich langsamer als in der Tschechoslowakei.

Die einzige Möglichkeit, diese Entwicklung zu beschleunigen, besteht darin, sich nicht abzusperren, also nicht das zu tun, was konservative Kräfte hier im Westen immer wieder versuchen, die Welt definitiv aufzuteilen, resp. den heutigen status quo dauernd zu erhalten. Ungefähr in dem Sinne: „die da drüben sollen machen, was sie wollen, und wir werden hier für uns frei bleiben". Meines Erachtens gibt es keine geteilte Welt ohne die vorher erwähnte furchtbare Gefahr. Die einzige Möglichkeit, den Frieden und die zukünftige progressive Entwicklung für die Menschen zu sichern, liegt in der Änderung des kommunistischen Systems.

Dies kann man aber eben nur durch Beziehungen beschleunigen, durch so intensiv wie mögliche Kontakte auf allen Ebenen, wie beispielsweise durch wirtschaftliche Beziehungen, kulturelle Kontakte, Tourismus usw., denn all das bringt Erkenntnisse, bringt Informationen den Menschen drüben. Damit fängt ja das menschliche Denken an. Jetzt sind die Menschen abgesperrt, sie können nicht vergleichen, sie wissen gar nicht, ob sie zurückgeblieben sind, oder ob es anders aussehen könnte, als es aussieht. In der tschechoslowakischen Entwicklung in den letzten Jahren waren das Wichtigste die engen Kontakte mit dem Westen. Hier liegt immer wieder meine Hoffnung.

Wieder komme ich hier zu der Wechselwirkung zwischen den Erkenntnissen und den Interessen der Menschen auf allen Ebenen. Diese Wechselwirkung kam als das Wesentlichste auch bei unserer Diskussion zum Vorschein. Es zeigte sich, daß gewisse Interessen neue Gedanken fördern können, so wie neue Gedanken wieder eine Interessenentwicklung beschleunigen können. In den kommunistischen Ländern ist es ebenso. Mit dem Anwachsen von wirtschaftlichen Schwie-

rigkeiten entstehen Interessen von immer breiteren Menschenschichten an einer Änderung der Verhältnisse. Diese Interessenentwicklung kann gefördert werden durch neue Informationen, daß man besser leben könnte; das muß auch allmählich nach Rußland eindringen. Sie sehen, wie die konservativen Kräfte dort Angst haben, wie sie jetzt schon wieder alles daran setzen, um die Verhandlungen und Verbindungen abzubrechen. Das darf man jedoch nicht zulassen.

Erlauben Sie mir, jetzt noch das zu sagen, woran mir besonders gelegen ist. Ich sehe hier in der Diskussion des Modells nicht nur die Lösung gewisser *wirtschaftlicher* Probleme des einen oder anderen Systems, sondern ich sehe noch viel mehr, ich möchte sagen, viel weiter. Es sind natürlich gewisse wirtschaftliche Probleme auch in der westlichen Gesellschaft zu lösen. Aber meiner Ansicht nach geht es um viel mehr. Es geht darum, daß weder die Entwicklung hier im Westen, noch die notwendige progressive Entwicklung im Osten, eine von der anderen isoliert werden können. Da besteht ein gegenseitiger Zusammenhang und wieder eine Wechselwirkung. Vom Standpunkt des alten kapitalistischen Systems mit seinen Widersprüchen und Problemen – die wir hier diskutiert haben – ist es schwer, jemanden davon zu überzeugen. Es fehlen die Argumente. Aber, wenn man versucht die Probleme mit neuen Gedanken, neuen Ideen zu bewältigen, dann wird man mit ihnen hier und dort auch durchdringen! Ich meine, je stärker hier eine moderne Gedankenentwicklung vor sich geht, desto größer wird auch ihr Einfluß auf die östliche Entwicklung sein. Das ist von Anfang an ein Ideenaustausch, eine Ideenbefruchtung, die hoffentlich einmal – das ist unsere Überzeugung – zu einer wirklichen Konvergenz führen wird.

*Aber ich bin nicht einfach ein Anhänger einer mechanistischen Konvergenz*theorie, so wie sie hier im Westen vielfach verbreitet wird. Es ist die vereinfachte Vorstellung, daß es genügen würde, drüben im Osten zu investieren, die neue Technik hinzugeben. Man sagt: „dann wird die Technostruktur dort wachsen und die Leute werden besser leben wollen". Das ist nicht so einfach. Das ist ein sehr widersprüchlicher Prozeß. Der geschilderte Export nach dem Osten ist zwar nötig, aber drüben wächst dann natürlich zugleich die Bürokratie, das heißt *die* Kräfte, die versuchen, das alte System zu halten. Es wird dort nicht ohne einen Kampf der Progressiven gegen die Konservativen gehen. Er kann in verschiedenen Formen ablaufen; ich erwarte nicht eine Revolution, aber er kann die Formen der Auflockerung haben, wie es meinetwegen die Chruschtschow-Zeit mit sich brachte. Eine Auflockerung, welche wieder die Möglichkeit gibt, neue Ideen und Erkenntnisse zu verbreiten, zu diskutieren, progressive Filme und Bücher zu bringen usw. So war es in der CSSR. Dann können sich schneller zielbewußte Kräfte, die um Reformen kämpfen, entwickeln.

Aber wenn man die Notwendigkeit dieses Weges sieht, wenn man sieht, daß alles andere nur zu einer Weltkatastrophe führen würde, dann darf man nicht

eng begrenzt national denken. Denn diese eng begrenzten nationalen Kräfte stehen heute nicht nur bremsend einer progressiven Entwicklung entgegen, sie werden gefährlicher. Sie sind das Gefährlichste, denn sie stärken sich gegenseitig ihre Machtpositionen. Sie wissen gar nicht, wie es den *stalinistischen* Kräften dort hilft, wenn es in den USA einen Goldwater gibt. Wie die westlichen reaktionären Bewegungen mit ihren primitiven antikommunistischen Hetzen dort Stalinisten unterstützen. Und wie umgekehrt natürlich wieder diese reaktionären Politiker hier ihre Position stärken durch den Hinweis auf die stalinistischen Kommunisten. Wo das enden kann, ist natürlich nicht sicher; die nukleare Katastrophe muß gar nicht ihr bewußtes Ziel sein. Die Entwicklung kann ihnen aber aus den Händen gleiten. Es kann eine politische Situation entstehen, wodurch das Schlimmste nicht mehr aufzuhalten ist.

Deshalb muß man die Dinge voraussehen und in jeder denkbaren Weise nicht einfach primitiv den Kommunismus bekämpfen, sondern ganz klar wissen, *womit* und *wie* man helfen kann, dieses wirklich unmenschliche System eines Tages zu ändern. Das heißt aber in weitem Sinne des Wortes: dies ist ein Kampf hier *und* dort um die Befreiung der Menschen, um die Überwindung der Entfremdung der Menschen. Für mich besteht diese Entfremdung der Menschen nicht nur in dem engen Sinne darin, daß die Arbeiter ihrer Arbeitsresultate beraubt werden, sondern es ist die Tatsache, daß die Menschen in einer Gesellschaft leben, arbeiten etc., und im Grunde überhaupt nicht wissen, wohin die Gesellschaft treibt; daß sie keinen Einfluß mehr auf die Institutionen haben, nicht auf ihre Betriebe, auf die leitenden Organe, geschweige denn auf den Staat. Wo sie nicht über ihr Sein, über ihr Gesellschaftssein entscheiden. Das kann man nicht dadurch überwinden, daß man es ihnen nur sagen wird, daß man nur versuchen wird sie aufzuklären. Man muß vielmehr den Weg gehen, sie an ihrem gesellschaftlichen Schicksal zu interessieren.

Vielfach gilt heute der Einwand, daß der Arbeiter gar nicht in die Entwicklung des Betriebes hineinreden will, daß er keine Verantwortung in Technik, Management usw. übernehmen will. Das ist ja wahr; aber ihm ist der Betrieb ja auch fremd, er gehört nicht zu seinem Interessenbereich. Wenn wir eine Situation schaffen, daß der Betrieb *sein* Interesse wird, dann entsteht durch das ökonomische Interesse auch das Interesse an der Einsicht in diese Dinge. Er wird zuerst wissen wollen, was im Betrieb vor sich geht und wie es anders gehen könnte. Und er wird dann schließlich aus der Situation heraus doch genötigt, sich sogar zu interessieren, wie es im ganzen Staat zugeht, warum und wofür die Steuern so und so gehoben werden und so weiter. Er wird versuchen mitzukommen.

Das wird nicht von heute auf morgen geschehen. Es ist ein langer Prozeß. Meines Erachtens nach müssen wir den Menschen jedoch so nehmen, wie er ist. Stellen wir ihn uns anders vor, dann bleibt es ein Wunschtraum. Wenn wir glauben, wir machen ihn besser dadurch, daß wir ihm Moral predigen, dann irren

wir. Ich glaube vielmehr, wenn wir ihn so nehmen, wie er ist, und wenn wir die herangereiften Probleme anfangen zu lösen, dann kommt es zur Verbindung des Eigen-Interesses des Menschen mit dem Interesse immer breiterer Menschenmassen, dem Gesamtinteresse der Gesellschaft. Nur so kann der Mensch höher steigen, so werden sich seine Interessen auch einmal ändern. Er wird dann neben den ökonomischen Interessen immer weitere und reichere Interessen entfalten. Und je mehr er einmal Freizeit haben und je weniger er ökonomische Sorgen haben wird, desto mehr werden sich seine Interessen entfalten. Er wird *reicher werden, er wird sich neue Ziele setzen.*

Aber das alles braucht seine Etappen, seine Wege. Ein jeder, der versucht, diese Entwicklung künstlich zu überspringen, wird immer die Reaktion herausfordern. Wenn ich sehe, wie man heute mit moralischen Mobilisationen in Kuba versucht, riesige wirtschaftliche Entwicklungsetappen zu überspringen, so tut es mir leid. Es ist doch eine utopische Vorstellung, daß man ein Volk, das noch nicht einmal im Kapitalismus weit gekommen war, sondern in den Anfängen einer industriellen Entwicklung stand, durch moralische und politische Mobilisation dazu bringen kann, freiwillig für die Gesellschaft zu arbeiten und auf eine viel fortgeschrittenere Produktion und Konsumtion zu verzichten. Dabei sind sie noch in dem Zustand, wo die Arbeit natürlich für sie noch nicht zu ihrem eigentlichen Bedürfnis geworden ist. Die Arbeit ist für sie noch immer eine zwingende Qual, meist uninteressant, sehr oft ermüdend und viel zu lang und eintönig. Sie arbeiten nur, um konsumieren und leben zu können. Der Versuch, diesen objektiven Zustand einfach mit Hilfe von Propaganda zu überspringen, ist keine progressive Entwicklung, sondern im Gegenteil eine Regression in den Resultaten.

Auf der anderen Seite ist das Wecken eines neuen ökonomischen Interesses heute in den industriell entwickelten Staaten, eines wirklichen Kapitalinteresses bei allen arbeitenden Menschen durch eine Beteiligung und Kapitaldemokratisierung, meines Erachtens eine Sache, die herangereift ist. Ich meine dabei natürlich nicht nur das Interesse am Kapital im Betrieb, sondern über dieses hinaus an der wirtschaftlichen Entwicklung der ganzen Gesellschaft und an der Entwicklung, welche zur Befreiung der Menschen im breitesten Sinne des Wortes führt.

Entschuldigen Sie bitte, daß ich vielleicht zu sehr philosophisch gesprochen habe und etwas abgekommen bin vom Thema unserer Diskussion; aber ich wollte in einer gewissen Weise eben diese breiteren humanen Ziele hervorheben. Es geht um das Suchen einer Lösung herangereifter Probleme möglichst ohne utopische Vorstellungen, aber auch nicht nur im pragmatischen Sinne. Vergessen wir nicht, daß wir dabei weite und sehr wichtige Ziele verfolgen, die für die ganze Menschheit entscheidend sein können.

Ich danke Ihnen!

Monopol und Eigentum

Lothar Vogel

„Über ungezählte Lose bist allmächtig du auf Erden,
das ist Raub an deinen Brüdern – und du wirst gerichtet werden!"
C. F. Meyer

Wer die Wirtschaft ihrem Wesen gemäß schildern wollte, hätte keine Veranlassung, von Monopolen, d.h. von marktbeherrschenden Positionen zugunsten einzelner Menschen oder Menschengruppen zu sprechen. Denn wenn sich die Wirtschaft aus ihren eigenen Gesetzen heraus verwirklicht, dann entsteht chancengleiche Verteilung der erarbeiteten Güter nach Bedürfnis und Fähigkeit der Einzelnen, nicht aber Bevorzugung und Begünstigung von Einzelnen oder Gruppen ohne entsprechende Gegenleistung.

Um die Monopolsituation und die Monopolverflechtung des heutigen Wirtschaftslebens zu verstehen, ist es notwendig, von der Arbeit als dem einzigen Ursprung jeglichen wirtschaftlichen Wertes auszugehen. In der Arbeit selber liegt ein Wert, der, sofern er als Arbeitsergebnis auf dem Markte einen Preis erzielt, seinen vollen Ertrag (Arbeitsertrag) beanspruchen darf, insofern dieser Wert im Sinne echter Gegenseitigkeit von den Marktgenossen akzeptiert wird. Nur dieser volle Arbeitsertrag kann die Grundlage schaffen zur Bildung von Eigentum.

Das Eigentum als Frucht der Arbeit ist der notwendige Schicksalsanteil des Individuums, das in seiner Selbstverwirklichung mit dieser Eigentumsbildung individualisierend in den irdischen Entwicklungsprozeß eingreift. Am wirtschaftlichen Leben und am wirtschaftlichen Erfolg teilzunehmen, ist eine Grundbedingung des irdischen Seins aller Menschen.

Würde sich die Bedürfnisbefriedigung nur auf leibliche Bedürfnisse, auf Physiologisches beschränken lassen, dann könnte die Menschheit mit geringen Schwankungen nach wissenschaftlich-abstrakten Einheiten auf gleiche Anteile, auf gleiche Zuteilungen gesetzt werden! Nach ihren bloß physischen Bedürfnissen betrachtet, sind die Menschen nahezu gleich.

Wie individuell verschieden sind dagegen schon die Qualitätsansprüche in Bezug auf Nahrung, Kleidung und Wohnung. Diese möchten wir am wenigsten mit anderen teilen, und es zeigt sich schon hier eine entschiedene Individualisierung, ein ausgesprochenes Eigentumsbedürfnis.

Das Eigentum als die wirtschaftliche Grundlage geistig kultureller Lebensgestaltung und Tätigkeit, als individualisierter Umkreis des Einzelnen, verwirk-

licht erst die vollmenschliche Existenz in sozialer Eigenständigkeit und Verantwortung. *In der Eigentumsbildung liegt also nicht ein Raub an der Gemeinschaft,* sondern sie gehört zur individuellen Entwicklung, auf die jeder Mensch Anspruch erheben darf.

Selbstinteresse, Eigennutz und Egoität sind in diesem Zusammenhang durchaus *nicht moralisch zu verurteilen. Im Grunde regen sich in diesen Eigenschaften* Kräfte, die letztlich weit über die Wirtschaft hinaus wirken.. Sie sind die „antisozialen Triebe", die auf die Persönlichkeitsentwicklung hinzielen und im individuellen Bereich ihre volle Berechtigung haben. In dieser Sphäre erlangt ja der Mensch erst seine volle Autonomie, gelangt er zur „Vollmacht" über sich und das Seine. Wie Egoität als Keim für geistige Entwicklung berechtigt, ja notwendig ist, so ist auch Macht im Sinne der Selbstbemächtigung, des seiner selbst Herr werdens, voll und ganz berechtigt.

Aufgrund dieser „Machtstellung" hat das Individuum innerhalb der Gesellschaft das Recht, über seine geistigen Leistungen z.B. im Autoren- und Urheberrecht, in Forschung und Lehre, voll und ganz zu verfügen und sie im Interesse der Fruchtbarmachung für die menschliche Gemeinschaft selbst zu verwalten. Für geistiges Eigentum ist daher das Monopol die absolut berechtigte Form.

Werden aber diese Stufen der Egoität über die Persönlichkeitsentfaltung und über die berechtigte Eigentumsbildung hinaus auf das bloß wirtschaftliche gelenkt, dann wirken sie sich im sozialen Prozeß unmittelbar antisozial, ja zerstörend aus.

Das Bestreben, mit dem geringsten Aufwand den größtmöglichen Erfolg zu erzielen, stellt als Gewinnstreben zunächst einen elementaren Antrieb im Wirtschaftsleben dar. Es führt aber rasch über die Grenze des sozial möglichen und gesunden hinaus, wenn nach Einkommen *ohne* Mühe und Arbeit gestrebt wird, wenn der Griff nach dem fremden Arbeitsertrag erfolgt. Dann entstehen Okkupationsformen im Wirtschaftsbereich, die mehr oder weniger die Freiheit der Arbeit gefährden und über verschiedene Stufen der Vermachtung wirtschaftlicher Prozesse zu verdeckten oder offenen Sklavenzuständen führen.

Auch im Rechtsbereich haben wir entsprechende *Übergriffe, wo von Einzelnen* oder Gruppen Ansprüche geltend gemacht werden, auf Rechte, die ursprünglich und ihrem Wesen nach jedem Individuum in gleicher Weise in der Allgemeinheit zustehen. Dadurch bilden sich Privilegien, die die Rechtsgleich*heit aufheben. Umgekehrt wird die Rechtsgleichheit* auch dann aufgehoben, wenn durch den Machtanspruch der Gesellschaft Bereiche, die nur die Angelegenheit des einzelnen Menschen sein können, von dieser Gesellschaft her geordnet und bevormundet werden. Wir denken hier vor allem an staatliche Kultur*institutionalisierung* von Kunst, Wissenschaft und Religion, Erziehung und Gesundheitswesen.

Letztlich sind aber alle diese Grenzüberschreitungen nur möglich, wenn das Recht in sich selbst schwach entwickelt ist und sich beugen läßt.

In diesem Sinne lassen sich eine Reihe wirtschaftlich und rechtlich-wirksamer Positionen aufstellen:

1. Im geistigen Bereich berechtigte Vollmacht des Individuums:
   a. Freie Selbstverwaltung von Wissenschaft und Lehre
   b. Urheber- und Autorenrecht
   c. Wirtschaftlich orientiertes Urheber- und Patentrecht.
2. Rechtsverfälschender Macht- und Herrschaftsanspruch im Rechtsbereich:
   a. Alle Formen des staatlichen Berechtigungswesens im Schul- und Hochschulbereich, welche die Freiheit der Lehre und der Persönlichkeitsentfaltung aufheben.
   b. Das Beamtenprivileg als Rest autokratischer Regierungformen.
   c. Wirtschaftliche Privilegien, die sich der Staat vorbehält. (Post, Eisenbahn etc.)
   d. Privilegien, die der Staat besonderen Wirtschaftszweigen, oder Gruppen einräumt (Konzessionen, Subventionen, Steuerprivilegien).
3. Vermachtung der Wirtschaft durch:
   a. Geldmonopol
   b. Bodenmonopol
   c. Arbeitsmonopol (Gewerkschaften)
   d. Warenmonopol

In der nun folgenden Darstellung behandeln wir nur die wirtschaftlichen Monopole, da sie allein die Gegenseitigkeitsverhältnisse im Wirtschaftsleben einschränken oder sogar vernichten.

Die das wirtschaftliche Geschehen verfälschenden Eingriffe des Rechtsstaates (Eingriffe, durch die sich der Staat in seiner Rechtlichkeit selber korrumpiert), die Konzessionen, Subventionen, Steuerprivilegien usw. stellen zwar unter Umständen große Störungen im wirtschaftlichen Funktionsablauf dar, bzw. verfehlte Heilversuche usw. Sie wirken aber nicht letztlich strukturverändernd am Wirtschaftsorganismus und sind durch verfassungsrechtliche und parlamentarische Mittel zu regulieren. Man kann sie als fiskalische Monopole bezeichnen.

Anders ist dies mit den Monopolen, die sich im Wirtschaftsorganismus selber herausgebildet haben. So wie sich im lebenden Organismus Tumore anzusiedeln pflegen, wenn die gestaltende Ich-Organisation sich aus ihnen zurückzieht, so entstehen im Wirtschaftsleben krankhafte Verselbständigungen, wenn sich Egoitätskräfte, die im kulturellen Bereich berechtigt sind, durch das Fehlen einer sinnvollen Rechtsgestaltung im Wirtschaftsleben mit dem Schein des Rechtes festsetzen.

Entstehen der Monopole

1. Das Bodenmonopol

Das Leben auf der Erde wird getragen von Wärmeprozessen, von Strömen des Lichtes, der Luft und des Wassers und von dieser Erde selbst, die sich der Mensch während seines Lebens zur Heimat macht. Die vier Elementarreiche bilden eine vor- und überorganische Kräftewelt, deren alle lebenden Organismen nach ihrer jeweiligen besonderen Natur bedürfen. Je mehr diese Kräftewelt belebt und besiedelt ist, umso reicher kann sie sich offenbaren. Der Mensch findet durch seine Arbeit auf dieser Erde erst seine Heimat, die Möglichkeiten, den Reichtum der Erde für den Menschen fruchtbar zu machen, steigen mit der Dichte der Besiedlung. In dem Maße aber, wie diese Möglichkeiten steigen, steigt auch der Wert des Bodens, und es wird rasch die Grenze erreicht, wo er seiner Unvermehrbarkeit wegen nicht mehr allen in gleicher Weise zur Verfügung stehen kann. Dadurch entsteht ein natürliches Monopol. Wenn nämlich nun der Boden in den Besitz einzelner Menschen gerät, sind sie in der Lage, die Bodenerträge unter Ausschluß anderer voll und ganz für sich zu genießen und darüberhinaus die Mitmenschen in Abhängigkeit zu bringen. Was die Besiedlungs- und Kulturdichte erbrachte, wird zum „Raub" einzelner (Privateigentum kommt von dem Wort privare = rauben). Ein gleicher ausschließender Besitz an Licht, Luft und Wasser würde heute noch als absurd empfunden werden. Dennoch erleben wir schon gefährliche Einbrüche in diese Bereiche (Ableitung von Flüssen, Okkupation von Seeufern, Trübung der Atmosphäre durch die Industrie, durch atomare Verseuchung, Flugzeuglärm etc.).

2. Das Geldmonopol

Von ganz anderer Natur ist das Geldmonopol. Das Geldwesen, eine rein gesellschaftliche Einrichtung, dient der Vermittlung der Tauschvorgänge in der Wirtschaft. Auf ihm beruht alle Zirkulation. Seine Unentbehrlichkeit für das Leben der Gesellschaft steht daher der Unentbehrlichkeit des Bodens in keiner Weise nach.

Wenn es daher möglich ist, das Geld in einer andere Menschen ausschließenden Weise in Besitz zu nehmen, – d.h. der Zirkulation zu entziehen – entsteht wiederum ein Monopol, diesmal jedoch ein solches, das nicht unmittelbar aus der Natur der Sache, sondern aus einer einseitigen Rechtsinterprätation des Geldes und seiner Funktionen entspringt. Es handelt sich im Gegensatz zum Bodenmonopol als einem natürlichen um ein künstliches Monopol.

Als Proudhon die Preisaufgabe der Akademie für moralische und politische Wissenschaft in Paris „Was ist Eigentum"? beantwortete, wendete er sich aus der Problematik seiner Zeit heraus gegen das Monopoleigentum:

„Wenn ich auf die Frage: was ist Knechtschaft? kurz antworte: sie ist Mord! so würde man meinen Gedanken sogleich verstehen. Warum also kann ich auf

die Frage: „Was ist das Eigentum"? nicht ebenso antworten: „Es ist Diebstahl", ohne allgemein unverstanden zu bleiben? ..."

„Das Eigentum ist besiegt; es wird sich niemals wieder erheben. Überall, wo dieses Buch gelesen und darüber gesprochen wird, da wird der Todeskeim für das Eigentum gepflanzt werden; dort werden früher oder später das Vorrecht und die Knechtschaft verschwinden!"

Es ist das Vorrecht, das Monopol, das Proudhon unter Eigentum versteht. Was wir im vorhergehenden Eigentum genannt haben, spricht er als persönlichen Besitz an, der für ihn wie für uns voll berechtigt erscheint.

„Der persönliche Besitz ist die Bedingung des gesellschaftlichen Lebens. Fünftausend Jahre des Eigentums aber beweisen: das Eigentum ist der Selbstmord der Gesellschaft. Der Besitz ist rechtlich, das Eigentum aber widerrechtlich. Unterdrückt das Eigentum und erhaltet so den Besitz; und durch diese einzige Modifikation im Prinzip werdet ihr alles in den Gesetzen der Regierung, der Ökonomie, den Institutionen umändern, ihr verjagt das Übel von der Erde."

Die Proudhon'sche Unterscheidung zwischem privilegiertem Eigentum und Besitz ist sehr wesentlich. Ohne diese Unterscheidung ist es geradezu unmöglich, das Berechtigte und für die Entfaltung des Menschen Notwendige vom Schlechten und Verderblichen zu trennen.

Die Geschichte der großen Revolutionen zeigt an erschütternden Beispielen, daß gerade aus dem Mangel an dieser Unterscheidung zahllose Werte und Menschenleben vernichtet wurden, wenn sich das Volk gegen die Unterdrückung durch das privilegierte Monopoleigentum zur Wehr setzte, seinen Zorn aber mehr auf die zufälligen Inhaber und Eigentümer als auf das System richtete. Dann wurden Eigentum und Leben vernichtet, während die Privilegien oft nur auf andere Gruppen übertragen wurden.

Leider ist das Wort von Proudhon „Eigentum ist Diebstahl" oft im kommunistischen Sinne mißverstanden worden, weil der gemeinte Gedanke aus dem Wort „Eigentum" nicht deutlich genug hervorging. Was Proudhon gemeint hat, wollen wir deshalb Monopoleigentum nennen, den Begriff Eigentum aber festhalten für dasjenige, was als berechtiger Arbeitsertrag und als Lebensgrundlage dem Arbeitenden und den Seinen zusteht.

Entscheidend ist, auch bei Proudhon, daß das Individuum zur Verwirklichung seines Lebensinteresses die Möglichkeit haben muß, in eine Beziehung zu persönlichem Eigentum voll und ganz einzutreten. Jedes Privileg jedoch macht das Eigentum zum Monopol. Jetzt erst wird es „widerrechtlich", es wird zum „Diebstahl" an der Gesellschaft und führt letztlich zur Enteignung aller Nicht-privilegierten.

Der Prozeß der Enteignung durch die Monopole

Der gesunde Mensch fühlt sich von Natur aus im Besitz seiner Kräfte und Fähigkeiten. Er darf erwarten, daß ihm der Einsatz derselben einen Ertrag er-

bringt, der die Eigentumsbildung ermöglicht. Seine industrielle Arbeit oder das von ihm bebaute Land bringt Erträge, die ihm zum Verbrauch und zur Eigentumsbildung dienen.

Wo die naturgegebenen Lebensbedingungen nicht zu schwer sind und der menschliche Geist Kultur und Zivilisation fördern kann, erbringt die Arbeit leicht Überschüsse über das momentane Verbrauchsbedürfnis hinaus. Diese werden vielfach im Interesse einer künftigen Lebenssicherung wertbeständig angelegt.

Der Wert der Arbeit hat sich in dem Augenblick realisiert, wo ihre Früchte als Waren oder Dienstleistungen vergütet worden sind. Dieser Wert liegt nun in Geld vor. Die gesellschaftliche Funktion des Geldes liegt, wie wir gesehen haben, in der Zirkulation. Nun wird aber von demselben Geld, den erarbeiteten Überschüssen entsprechend, auch die Möglichkeit der Wertaufbewahrung erwartet. Tatsächlich hat man in der Einrichtung von Geldzeichen mit dauernd gleichbleibendem Wert diesem Bedürfnis nachzukommen versucht. Dadurch entstand aber dieselbe Gefahr für die Zirkulation, wie wir sie schon vom Altertum her bei der Verwendung wertvoller hortbarer Münzen beobachtet haben. Das Geld kann der Zirkulation entzogen werden. Die dadurch mögliche Geldverknappung führt aber nun – gerade so wie eine unkontrollierte Geldvermehrung – zur Veränderung des Verhältnisses der umlaufenden Geldmenge zur Warenmenge. Dieses Verhältnis allein aber bestimmt in Wirklichkeit den „Wert" des Geldes.

Man zerstörte also gerade durch das Mittel der „Werterhaltung" des Geldes seinen wirklichen gleichbleibenden Wert, der in der immer bleibenden gleichen Kaufkraft zum Ausdruck kommen müßte.

Vor allem dieser implizierte Unsicherheitsfaktor veranlaßt die Geldbesitzer, ihre Überschüsse nur gegen Zinsen wieder dem Umlauf als Kredit zuzuführen. Man gewöhnte sich dabei an die Vorstellung, daß das erworbene Eigentum einen Ertrag bringen müsse, wie vorher die eingesetzte eigene Arbeit. Der berechtigte Wunsch nach dem Werterhalt verwandelte sich in den Anspruch auf einen Wertzuwachs. Dieser aber besteht in Wirklichkeit aus nichts anderem, als aus angeeigneten fremden Arbeitserträgen und hat keine andere Basis, als den zwingenden Bedarf an Zirkulatonsmitteln auf der einen und die Möglichkeit ihres Zurückhaltens auf der anderen Seite.

Für die Eigentumsverhältnisse lag das Unglück vor allem darin, daß dadurch von der Geldeinrichtung her ein Grundmonopol geschaffen war, das jeden Geldinhaber ohne sein Zutun in die Lage bringt, fremde Arbeitserträge für sich in Anspruch nehmen zu können als „Preis" für etwas, was er nicht verkauft, sondern nur verleiht – eben das Kapital.

Die vom Kapital abhängige Wirtschaft – d.h. alle Arbeitenden – haben nun diesen „Preis" für den Leihvertrag permanent zu entrichten. Der angelegte Überschuß zieht immer weiteres Geld an sich, das wieder im gleichen Sinne angelegt werden kann. Der Arbeitende aber muß den entsprechenden Teil seiner Arbeits-

erträge dauernd ohne Gegenleistung abgeben und ist schließlich nicht mehr in der Lage, Eigentum bilden zu können.

Die schwankende Kaufkraft veranlaßt die Geldinhaber, noch wertbeständigere Anlagemöglichkeiten zu suchen. Solange nun der Grund und Boden als käufliche Ware gehandelt werden kann, bietet er sich als günstiges Anlageobjekt an. Einen Kapitalertrag bringt er aber erst, wenn er entsprechend überbaut wird. So entstehen z.B. Mietshäuser, deren Miete sich außer den werterhaltenden Unterhaltskosten aus dem Profit des Bodenwertes und der aufgewendeten Baugelder zusammensetzt. Der dauernde Profit, der den Besitzern durch das Bodenmonopol ohne Arbeitsleistung zufließt, muß wieder von den Arbeitenden aufgebracht werden. Sie stehen in der doppelten Abhängigkeit vom Geld- und Bodenmonopol mit seiner ununterbrochenen Eigentumsverlagerung. Je mehr sich dieses als profittragendes Monopoleigentum auf der einen Seite zusammenballt, umso schmäler wird der Raum für eine echte allgemeine Eigentumsbildung.

Ein gleiches vollzieht sich mit den Anlagewerten im industriellen Bereich. Auch hier eine zunehmende Ballung auf der einen Seite und ein Abnehmen der freien Einzelinitiative auf der anderen.

Für die Fruchtbarmachung der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung ist diese Zusammenballung der Mittel im Sinne des Monopoleigentums durchaus nicht nötig. Hier würde sich der freie Zugang zum Kapitalismus – der freie Kredit, auf dessen Entstehen wir noch später eingehen werden – weit fruchtbarer auswirken. Wohl aber ist für das Monopoleigentum diese Kapitalmacht notwendig, um auf dem Wege der sekundären Monopole (Warenmonopole), die sich von den Grundmonopolen ableiten lassen und mit diesen stehen und fallen, den zusätzlichen Profit zu erzwingen.

Es ist charakteristisch, daß Anonymität und Verwaltungsüberorganisation mit fortschreitender Einengung des freien Unternehmertums im Privatkapitalismus ebenso anwachsen, wie das im staatskapitalistischen Osten von vorherein gegeben ist.

Aber es schwindet nicht nur die Basis für die Eigentumsbildung, sondern es setzt auch eine zunehmende Verschuldung ein. Wir dürfen hier den Bankier und langjährigen Leiter der Bank von England, Vincent Vickers, anführen:

„In unserer modernen Zeit sollte so etwas wie eine Wirtschaftsordnung ohne ein geordnetes Geldwesen nicht bestehen. Alle Wirtschaftsinteressen des Landes, Fortschritt, Handel, Industrie und die Wohlfahrt des Volkes sind von einer bestimmten, ausreichenden Versorgung abhängig, ohne welche das ganze Wirtschaftsgefüge zusammenbrechen würde. Wir sehen, wie im Falle der Versorgung mit den lebenswichtigen Dingen die Interessen der Volksgemeinschaft am besten durch eine gerechte und den allgemeinen Erfordernissen entsprechende Gesetzgebung und Regierungsaufsicht geschützt werden. Eine Ausnahme macht die Versorgung mit Geld, von der doch jegliche andere Versorgung abhängig

ist, nämlich um kaufen und verkaufen zu können. Die Geldversorgung und die Verwaltung des Geldwesens aber sind fast gänzlich der Regierungskontrolle entzogen. Das Geldwesen wird durch eine außenstehende Sondergruppe der Gemeinschaft betrieben. Sie arbeitet im Interesse ihres Profits und verfügt über das lebenswichtige Monopol, der Volksgemeinschaft Kredit gegen hohe Zinsen zu gewähren. Kredit, der keine andere Grundlage hat, als das eigene Geld der Volksgemeinschaft selbst. Dieser Kredit aber ist unter den bestehenden Verhältnissen in der Tat das einzig verfügbare Mittel, das einen ununterbrochenen Güter- und Warenaustausch ermöglicht. Darüber hinaus wird uns nun vor allem klar, daß wir es im Laufe der Zeit durch unsere eigene schändliche Sorglosigkeit und Unwissenheit den Geldbeherrschern erlaubt und möglich gemacht haben, mit der ganzen Kraft ihrer Betriebsamkeit nach und nach einen derart weitgehenden und so machtvollen politischen, wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen, daß sie die Autorität des Staates unterminierten und die Macht der demokratischen Regierung an sich rissen.....

Auf der anderen Seite aber lebt die Geldindustrie und ist sogar abhängig von der Verschuldung derer, die auf Kredit angewiesen sind. Je größer die Verschuldung des Volkes, umso größer ist der Profit der Geldverleiher; und auf dieselbe Weise der Geldmarkt der Welt: je größer die Verschuldung der ganzen Welt, um so größer ist der Profit der Londoner internationalen Finanziers, vorausgesetzt natürlich, daß die Kreditnehmer ihre Zinsen zahlen und gegebenenfalls auch ihre Schulden tilgen.....

Es ist darum immer die erste Sorge der Geldindustrie, so zu produzieren, daß die Nachfrage nach Geld für alle Zeiten das Angebot an Geld übersteigt.....

Der neue Faktor, der menschenfressende Riese des Märchens, ist die ungeheuere Geldverschuldung der Welt an ihr selbstgeschaffenes Finanzsystem."

Wer Profit erzwingen will, muß eine Mangelsituation schaffen oder in der Lage sein, aus einer gegebenen Notlage Nutzen ziehen zu können. Ohne Not ist niemand bereit mehr zu geben, als er bekommt, oder Geld für die Vorrechte anderer zu bezahlen.

Andererseits besteht Kapitalprofit immer in der Beteiligung an einem Umsatz, hängt also von einem möglichst großen Volumen ständig wechselnder Güter und Dienstleistungen ab. Das auf allgemeines Profitdenken aufgebaute Wirtschaftssystem des Kapitalismus erhält durch diese sich scheinbar widersprechenden Voraussetzungen von Mangel und Überfluß als Gewinnquellen ein merkwürdig doppeltes Gesicht.

Der bewußt erzeugte Kapitalmangel, der in jedem Falle hohe Zinsen erbringt, birgt die Gefahr deflatorischer Krisen in sich und wird heute aus politischen Gründen kaum noch riskiert. Statt dessen wurde der Kapitalmarkt so monopolisiert, daß sich die Zinsen nicht mehr als „Preis" aus Angebot und Nachfrage ergeben, sondern zur Aufrechterhaltung des Kapitalprofits einfach festgesetzt werden. Man benützt hierzu den Diskont – den von der jeweiligen Zentralbank

eines Landes festgelegten Grundzins – (angeblich dient er zur Beeinflussung von Währungsschwankungen, z.B. zur Dämpfung einer Inflation, die man aber unter den jetzigen Voraussetzungen braucht, um die Vollbeschäftigung aufrecht zu halten). Immerhin macht der hohe Zins in diesem Fall das Kapital unerschwinglich für alle Bereiche der Wirtschaft, die nicht ohne weiteres zusätzlichen Profit erwirtschaften können. Trotz der Inflation auf dem Käufermarkt bleibt auf der Investitionsseite ein gewisser Mangel, wo man ihn bei der inflatorischen Entwicklung am wenigsten brauchen kann. In diesem Stadium hat sich der Zins institutionalisiert.

Die Güter einer Wirtschaftsgemeinschaft entstehen durch das produktive Zusammenwirken aller in ihr Arbeitenden. Die geschilderte Monopolsituation hat aber zur Folge, daß die Verteilung der Güter anderen Gesetzen folgt als denen der anteiligen Entlohnung. Wo es eine solche früher gegeben hat, ist der Arbeitende immer in der Lage gewesen, zu Wohlstand zu kommen. So konnte man im frühen Mittelalter mit Recht sagen „Handwerk hat einen goldenen Boden", während heute ein landläufiges Sprichwort sagt „Durch Arbeit ist noch niemand reich geworden". Obwohl z.B. die vorhandenen Häuser und Wohnungen ein Arbeitsergebnis der gesamten Volkswirtschaft sind, wohnen die wenigsten Arbeitenden in den „eigenen vier Wänden" – was doch ein ganz natürlicher Anspruch wäre – und selbst da wo eigene Wohnungen oder Häuser gebaut werden, sind die meisten mit Bauschulden belastet, deren Verzinsung und Tilgung sich ein halbes Menschenleben hinzieht.

Konnten wir den Zusammenhang von Mangel und Profit in bezug auf Kapital und Boden leicht erfassen, so wird das schon schwerer angesichts der Warenfülle, die wir in den heutigen Industrieländern antreffen. Ohne Zweifel nehmen in dem kleineren Teil der Welt, in dem sich moderne Wirtschaftsformen verhältnismäßig frei entwickeln konnten, alle Arbeitenden an dem Verbrauch der hergestellten Güter teil. In diesen Gegenden gibt es kein Elend mehr wie noch vor hundert Jahren, als die Landverschuldung ein Überangebot von Arbeitswilligen in die Städte trieb, welches der Industrie gestattete, das Lohnniveau auf die unterste Ebene zu drücken. Wo liegt also der Mangel?

Sinnvoller Weise ist ein großer Teil des Spar- und Anlagekapitals in der Industrie investiert. Dieses Kapital aber ist nicht nur Leihgeld, das als freier Kredit lediglich seinen Werterhalt beanspruchen würde, sondern es beansprucht eben den heute üblichen Profit. Und, wie wir schon sagten: je größer der Umsatz, umso höher der Profit. Scheinbar trifft sich das Interesse des Kapitalinhabers mit dem des Arbeitenden, denn wir könnten auch sagen: je mehr Arbeit, umso mehr Lohn. Aber stimmt dies auch wirklich?
wird sofort deutlich: Der größte Ertrag, Wert oder Lohn (wie immer wir ihn auch nennen wollen) entsteht da, wo dieser Gegenstand ein Maximum an Qualität, an Zweckmäßigkeit, Dauer und Schönheit aufweist. Das gut gezimmerte Boot des Fischers, ein haltbares Netz zum Fang, die sorgfältig gehärtete Axt,

die dauerhafte schön gestaltete Kleidung bilden den Wohlstand ihrer Besitzer. Wir finden das alles bei Kulturen, bei denen Herstellung und Verbrauch noch nahe bei einander liegen. Wir sehen: je geringer die Arbeit im Verhältnis zum entstandenen Wert, umso höher der Gewinn.

Dieses Gesetz gilt für den Arbeitenden auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsteilung. Aber die Gewinnbeteiligung, der Profit, geht nach dem entgegengesetzten Prinzip: nur der Umsatz, der immer wiederkehrende und sich steigernde Verbrauch sichert das Wachstum der Gewinnanteile. Das Streben nach Profit – d.h. nach einem Gewinn über den wahren Ertragswert hinaus – hat die ganze Industrie in die Richtung des Umsatzes und der Produktionssteigerung bei fortschreitender Qualitätsminderung hineingedrängt, welche schon längst das Maß überschritten hat, das zu einer sinnvollen Bedarfsdeckung – selbst mit den schönsten Dingen – nötig wäre. Nicht die hohe, sondern die mindere Qualität, nicht Schönheit und Dauer, sondern rascher Wechsel und Verschleiß, nicht die Befriedigung natürlicher Bedürfnisse, sondern künstlich geweckter und hochgespielter Ansprüche erbringen den Profit. Die Arbeit hat kein Ende, sie wird durch Maschinen vertausendfacht, aber ihre Früchte sättigen nicht mehr, und eine ewige Unruhe hat den Frieden der Arbeitswelt aufgezehrt. Eine ganz neue Art von Mangel ist entstanden. Der Mensch, dessen Kultur- und Eigentumsbedürfnis höchste Qualität verlangt, wird zum bloßen Verbraucher degradiert, und zwar zum Verbraucher von sich rasch entwertenden Massenwaren. Die Arbeit selbst kann unter diesen Voraussetzungen nicht mehr befriedigen. Die mindere Qualität und die Aufblähung von Scheinwerten wie Reklame u. dgl. entwerten sie. Am deutlichsten wird das, wo es sich um die radikalsten Verschleißgüter – und folglich gewinnbringendsten – handelt, nämlich um diejenigen der Kriegsindustrie. Hier beginnt die Vernichtung menschlicher Biographie nicht erst beim „Verbrauch", sondern schon bei der Arbeit, die zu solcher Produktion verwendet wird. Da nun bei alledem der Arbeitsertrag um die Profitrate gekürzt ist, nimmt es nicht Wunder, daß auch im Westen wie unter dem Zwang und der Knechtschaft des Ostens die Freude an der Arbeit erlahmt, die „Arbeitsmoral" sinkt.

Der Kredit zur Entfaltung eigener Initiative ist dem Arbeiter verschlossen, er steht in Gefahr, seine „Arbeit" zu verlieren, wenn durch Verbesserungen in der Industrie Arbeitsplätze erspart werden. Er ist völlig abhängig vom Umsatz, der ihm keine echte Eigentumsbildung erlaubt. Sein gekürzter Arbeitsertrag kann die hergestellten Güter nicht kaufen, die ihm doch als begehrenswert überall vor die Augen gestellt werden, und so wird zur Überwindung der Differenz die Familie, vor allem die Frau zum Mitverdienen herangezogen. In dem Augenblick aber, wo die Mütter ihre heranwachsenden Kinder verlassen, um an Stelle einer hochwertigen kulturellen Aufgabe in der Familie auch ihre Arbeitskraft noch in die Verschleißwirtschaft zu werfen, steht die Gesellschaft vor der unmittelbaren Gefahr, zu degenerieren. Die Verbrauchergesellschaft

kann sich nicht mehr zur Kulturgesellschaft entwickeln und geht ihrem inneren Verfall entgegen.

Wir müssen nochmals betonen, daß nicht die industrielle Entwicklung, sondern der Monopolkapitalismus, mit dem sie verkoppelt ist, dieses System bedingt. Er zwingt alle an der Produktion als Unternehmer beteiligten, sich systemgerecht zu verhalten, wenn sie ihre Existenz nicht verlieren wollen.

Ein harter wirtschaftlicher Kampf um die Ausschaltung der Konkurrenz bestimmt zunehmend nicht nur die Beziehungen der Partner einzelner Wirtschaftsgemeinschaften, sondern der Völker untereinander. Die Naturgrundlage wird dabei durch Raubbau ebenso rücksichtslos in den Umsatz und Verbrauch hereingezogen, wie die menschliche Arbeit.

Auch die Landwirtschaft hängt mit ihrem Bedarf an Maschinen und Verbrauchsgütern von dieser auf Umsatz, Profit und Verschleiß aufgebauten Industrie ab. Eine Umsatzsteigerung wie sie nötig wäre, um mit der Entwicklung finanziell Schritt zu halten, entfällt aber wegen der natürlich begrenzten Nahrungsaufnahmefähigkeit des Menschen. Der kleine Spielraum der Qualitätssteigerung ist bald erschöpft, und dann bleibt nur noch ein Weg, um die Preise zu halten, die Herstellung einer künstlichen Mangelsituation: das Angebot muß verknappt werden, reiche Ernten müssen vernichtet werden. Auch hier ist das systemgerechte Verhalten eine Existenzfrage und darf dem Einzelnen nicht zur Last gelegt werden.

Der Wert der Arbeit und der Segen der Natur allein vermögen den Menschen sein Eigentum zu versetzen. Die Verbindlichkeit der Menschen untereinander erschließt diese Quellen und führt sie zur vollen Fruchtbarkeit, wenn nicht Systeme der Macht und der Vorrechte diese Gesamtverbindlichkeit vernichten.

Der Kapitalismus als System überkommener Vorrechte (Monopoleigentum), der Kommunismus als Verlagerer dieser Vorrechte in den Bereich der Staats- und Parteigewalt sind die beiden großen Enteignungsbewegungen unseres Jahrhunderts.

Kehren wir zu unseren Ausgangsbetrachtungen zurück. Was ist Eigentum? Wir können und dürfen es nicht von der Entwicklung des Einzelmenschen trennen. Mit dieser Entwicklung bildet sich von Stufe zu Stufe Eigentum in immer wesentlicheren Formen, in immer höherer und geistigerer Gestalt. Der Mensch, der sich durch sein Schicksal hindurcharbeitet, schafft sich seinen Lebensbereich, er „tritt in sein Eigentum". Er wird, an sein Ziel gelangend, Eigner seiner selbst und erfüllt in seiner zuletzt erlangten vollen Ich-Natur die Idee des Menschseins: für Mitwelt und Mitmenschheit selbst vollkommen fruchtbar zu sein.

„Wie vieles ist denn dein" fragt Epimetheus in Goethes Prometheusfragment. Die Antwort lautet: „Der Kreis, den meine Wirksamkeit erfüllt! Nichts drunter und nichts drüber!"

Mehr kann und darf nicht gefordert werden. Die Störung dieser wesenhaften Eigentumsentwicklung ist Raub um Menschenschicksal, ist verdeckte oder offene Sklaverei. Allertiefstes Unrecht ist es, den Arbeitsertrag des Menschen anzutasten. Kein Mäzenatentum, keine noch so großherzige Spende kann wieder gut machen, was zerstört worden ist, wenn dem arbeitenden Einzelmenschen das freie Verfügungsrecht über die Früchte seiner Arbeit geschmälert wurde. Und wo ein anonym kollektiver Sozialstaat das Individuum bevormundet und seine Arbeitserträgnisse zurückbehält, um von außen her Kultur- und Bildungseinrichtungen zu finanzieren, da herrscht letztlich nur noch die große Lüge. Und noch schlimmer: wo er sich anmaßt, für Alter und Krankheit Fürsorge zu tragen, da herrscht Entmündigung, Vernichtung der gerade im sozialen Sinne wichtigsten Begabung des Menschen, seiner Selbstverantwortlichkeit.

Kapitalismus und Kommunismus greifen hierin nur scheinbar von verschiedenen Seiten die menschliche Seinsordnung an. Beide sind sie Enteigner, Expropriateure, die Marxisten sogar in doppeltem Sinne!

Beide treiben sie in die anonyme Macht des Monopols, und man kann nicht sagen, auf welcher Seite die konsequentere Unerbittlichkeit der Herrschaft des Systems über das Menschliche geübt und behauptet wird.

Für uns kann nur das als Recht gelten, was sich durch den Menschen selber als Lebensleistung, Arbeit, Fähigkeitsentfaltung im Umkreis aller nur irgend möglichen Interessen entwickelt. Durch sie allein dient der Einzelne der Gemeinschaft, entsteht allein der Reichtum der Gesellschaft, – in der Umwandlung der Materie in Qualitätsstufen, durch die sich die menschliche Existenz steigert.

Daher stehen wir für eine an die Fähigkeitsentfaltung des Einzelnen geknüpfte Eigentumsbildung, weil erkannt werden kann, daß das Eigentum letztlich über die Verwandlung der Materie in geistigen Gehalt in sein Ziel gelangt. Gerade weil dies einmal für alle Einzelmenschen möglich werden muß, haben wir die Monopolbildungen wieder aufzuheben und die dem Arbeitenden geraubten Grundrechte zurückzuerstatten.

Wenn wir daher durch eine neue Rechtsordnung dem Arbeitenden den freien Zugang zum Kapital ermöglichen, enteignen wir nicht, sondern geben zurück, was anteilig der individuellen Fähigkeit und Arbeitsmöglichkeit wesenhaft angehört.

Und wenn wir jeden Lebenden zum Eigentümer der Erde erklären, die ihn erhält – d.h. wenn wir die falschen Formen eines ausschließenden Bodenbesitzes aufheben – enteignen wir nicht, sondern geben dem Individuum sein angeborenes Recht zurück.

Nur ein einziges Monopol ist berechtigt: Es ist das Eigentum der Arbeit und das Recht, über die Früchte dieser Arbeit eigenverantwortlich zu verfügen.

Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus

Die marxistische Politökonomie

Heinz-Peter Neumannn

Die Politökonomie von Marx steht in engem Zusammenhang mit seiner Geschichtsphilosophie, dem historischen Materialismus. Zuerst war der Grundgedanke seiner Geschichtsphilosophie da. Daraus hat Marx dann seine wirtschaftlichen Lehren entwickelt. Sie mußten nachträglich theoretisch beweisen und untermauern, was er in jungen Jahren aus dem Gefühl, aus der emotionellen Auflehnung heraus verkündet hatte: daß die Entfremdung des Arbeiters im kapitalistischen System auf der Trennung von den Produktionsmitteln beruhe, daß diese ihren Grund im Privateigentum habe, und daß der Ausweg, die Erlösung, die höhere Stufe des Menschseins, der Kommunismus sei, d.i. eine Gesellschaftsordnung, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben ist und die Güter nicht nach der Leistung, sondern nach den Bedürfnissen verteilt werden.

Die drei Bände seines Hauptwerkes „Das Kapital" sollen nun die wissenschaftlich unumstößliche Grundlage für diese aus einem ethisch-humanistischen Protest und der Begeisterung für ein altes Menschheitsideal, „die brüderlich-klassenlose Gesellschaft", geborene Grundkonzeption liefern.

Marx wendet sich dabei gegen die Sozialisten vor und neben sich wie *Fourier, Owen* und *Saint-Simon.* Er kritisiert an ihnen, daß sie die kapitalistische Gesellschaft nur angeklagt und moralisch verurteilt haben und ein Ideal aufstellten, dem nachgestrebt werden müsse. Es nütze gar nichts, nur mit der Moral und dem guten Willen an die Dinge heranzugehen, es gelte vielmehr, die treibenden Kräfte des Kapitalismus zu erkennen. Er will also einen wissenschaftlichen Sozialismus begründen. Er will mit wissenschaftlicher Exaktheit die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft erforschen. Marx beansprucht nun, diese Gesetze erkannt zu haben, und will aus ihnen die notwendige Heraufkunft einer neuen – der sozialistischen – Gesellschaftsordnung ableiten. Erst er kann deshalb, so meint er, erfolgreich in den Ablauf der Geschichte eingreifen. Dieses Eingreifen kann nur als ein Verstärken, ein Vorantreiben der in der objektiven Wirklichkeit selbst liegenden Entwicklungstendenzen wirksam sein und so das Heraufkommen der neuen Ordnung beschleunigen. Der wissenschaftliche Sozialismus kann keine neue Ordnung schaffen, sondern nur Geburtshilfe für sie leisten. Alles andere ist Utopie, utopischer Sozialismus.

Marx hat, abgesehen von vorbereitenden oder ergänzenden Schriften, in seinem Hauptwerk drei dickleibige Bände gebraucht, um die angeblich von ihm gefundenen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft aufzuzeigen. Der erste Band – über den Produktionsprozeß – erschien 1867. Er wurde die theoretische Grundlage der Arbeiterbewegung. Band 3, das Werk des alten Marx, erschien 1894. In ihm finden sich entscheidende Widersprüche zu Band 1, die unseren freiheitlichen Erkenntnissen[1] sehr nahekommen. Aber er stellt hier meist die richtige neue Einsicht unversöhnt neben die falsche alte Auffassung. Noch verhängnisvoller aber war die Tatsache, daß in den dazwischen liegenden 27 Jahren die europäische Arbeiterbewegung sich bereits mächtig entwickelt hatte und durch ihre Führung, besonders in Deutschland, auf die in Band 1 niedergelegten Lehren des jungen Marx festgelegt worden war.

Es wäre eine wichtige Aufgabe, einmal mit wissenschaftlicher Gründlichkeit darzustellen, wo die wesentlichen Widersprüche im Werk von Marx liegen. Die folgende Darstellung muß sich jedoch auf eine Auseinandersetzung mit demjenigen Teil seiner Lehre beschränken, der in der Arbeiterbewegung des europäischen Kontinents einmal offiziell anerkannt war und es in der Sowjetunion und ihren Satelliten noch heute ist. Denn Arbeiterbewegung und Marxismus sind identisch. Seit die Sozialdemokratie den Marxismus – erst zögernd und jetzt höchstoffiziell – aufgegeben hat, schwebt sie im leeren Raum. Seitdem läßt sich von einer Arbeiter*bewegung* nicht mehr sprechen. Die Schwäche der Sozialdemokratie beruht seitdem darauf, daß sie nunmehr weder eine Alternative zum „Kapitalismus" noch zum Marxismus aufzuweisen hat. Diese Schwäche zeigt sich auch in ihrer Anfälligkeit gegenüber dem Neomarxismus der „Neuen Linken".

Es ist fast unmöglich, das, wofür Marx drei Bände benötigte, auf wenigen Seiten darzustellen. Noch weniger möglich ist es, auf so knappem Raum auch noch eine wissenschaftlichen Anforderungen genügende kritische Würdigung zu geben. Deshalb können hier nicht viel mehr als Hinweise und Anregungen zu vertieftem Studium und eigenem Denken gegeben werden.

Die Wirtschaftslehre von Marx enthält fünf Haupttheorien, die Werttheorie, die Lohntheorie, die Konzentrationstheorie, die Verelendungstheorie und die Zusammenbruchstheorie.

1. Die Werttheorie

Marx gründete seine ganze Wirtschaftslehre auf das sogenannte Wertgesetz. – Auch darin war er durchaus ein Kind seiner Zeit, denn die anderen Richtungen und Schulen der Nationalökonomie plagten sich mit dem Wertgesetz genauso herum wie er selbst. Sein Wertgesetz besagt: Der Tauschwert einer Ware ent-

1) Vgl. Fragen der Freiheit Nr. 87/88.

spricht der zur Herstellung dieser Ware gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Der Tauschwert, das ist im Geldausdruck der Preis. Der Preis einer Ware, sagt er, entspricht durchschnittlich der zur Herstellung der Ware gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Er mag mal darüber und mal darunter liegen, dann entspricht der Preis, der erzielt wurde, eben nicht dem wirklichen Wert der Ware. Je mehr gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in einer Ware ist, desto wertvoller ist sie. Die Ware ist „kristallisierte Arbeitsgallerte", „festgeronnene Arbeitszeit". Die Arbeitszeit ist das alleinige Maß des Wertes.

Mit dieser Theorie baut sich Marx Schwierigkeiten über Schwierigkeiten in den Weg, mit denen er sich in sehr komplizierten, langwierigen Gedankengängen beschäftigt. So muß er sich mit dem Einwand auseinandersetzen, daß es doch Arbeit von sehr verschiedener Qualität, von unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad gibt. Wie wird er mit diesem Einwand fertig? Er läßt dieselbe Zeit, wenn sie auf komplizierte Arbeit verwendet wird, dichter gerinnen. „Ein komplizierter Arbeitstag ist z.B. gleich drei einfachen Arbeitstagen" *(Zur Kritik der politischen Ökonomie, S. 6)*. Wie aber läßt sich die Arbeitszeit zum Maßstab der Werte machen, wenn diese Zeit einmal dichter, einmal weniger dicht in „Wert gerinnt?" Was kann man mit einem Meterstab messen, der einmal kürzer, einmal länger ist, was mit einer Uhr, die mal schneller, mal langsamer geht? Ein veränderlicher Maßstab ist unbrauchbar.

Marx muß sich hier, gleich zu Anfang, in Widersprüche über Widersprüche verwickeln. Es handelt sich bei dieser Arbeitswertlehre um nichts als *ökonomische Metaphysik*. Das aber ist in gewisser Hinsicht ihre Stärke. Sie ist so kompliziert und unverständlich, daß von den treuen Jüngern keiner wagt, ihre Richtigkeit zu bezweifeln. Keiner wagt es, sich einzugestehen, daß er „des Kaisers neue Kleider" nicht sieht.

Unsere Kritik an der Marxschen Arbeitswertlehre ist folgende. Der Tauschwert einer Ware ist weiter nichts als der geschätzte Preis, der Preis, von dem man glaubt, daß er erzielt wird. Die Wirtschaft kennt nur Preise. Diese werden bestimmt durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage, oder aber, wenn die Behörde dazwischengreift, durch behördliche Festsetzung, oder schließlich, wenn private Wirtschaftsmonopole da sind, durch monopolistische Festsetzung. Die zur Herstellung der Ware notwendige Arbeitszeit ist ein wichtiger preisbestimmender Faktor. Das wird von keinem bestritten. Aber sie ist nur ein Faktor neben vielen anderen. Eine Ware verliert ihren „Wert", wenn sie unmodern wird. Eine Tageszeitung hat schon am Tage nach ihrem Erscheinen nur noch Altpapier„wert". Es gibt eben keinen objektiven Wertmaßstab für die Güter. Feststellbar sind nur Preise, die sich nach Angebot und Nachfrage bilden.

Marx wollte mit der Wertlehre beweisen, daß die Arbeit allein den Reichtum schafft und deshalb die Arbeitenden allein Anspruch auf die Güter haben.

In Übereinstimmung mit *Keynes (Allgemeine Theorie, 1936, S. 178 f.)* vertreten wir die Auffassung, daß der Mensch der einzige Produktionsfaktor

ist, und folgern daraus, daß der Gesamtertrag der volkswirtschaftlichen Produktion den schaffenden Menschen zukommen sollte. Um das einzusehen, braucht man indes die Marxsche Wertlehre nicht. „Die Anerkennung des Menschen als des einzigen Produktionsfaktors ist ein Theorem für sich, dessen Gültigkeit von der Gültigkeit der Arbeitswerttheorie ganz und gar unabhängig ist" (*Otto Valentin, Überwindung des Totalitarismus, 1952, S. 35*). Das Marxsche „Wertgesetz" ist unbrauchbar zur Erklärung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, unbrauchbar zur Erklärung der Ursachen der kapitalistischen Ausbeutung, zur Erklärung der Entstehung des Zinses und der Preise. Es führt die Marxisten gleich mit dem ersten Schritt auf dem Wege der sozialen Befreiung der Menschen ins Dickicht. *Am Anfang des Marxismus steht ein theoretischer Irrtum. Er hat wahrhaft fürchterliche praktische Folgen gehabt.*

2. Die Lohntheorie (Mehrwertlehre)

Marx sagt, der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft, sie ist also auch eine Ware. Der Wert (Preis) dieser Ware Arbeitskraft bemißt sich genauso wie der Preis der übrigen Güter nach der zu ihrer Herstellung (und Erhaltung) gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Der Kapitalist kauft nach Marx die Arbeitskraft des Arbeiters zu ihrem Wert auf. Der Wert läßt sich in Geld oder in gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit ausdrücken. Die zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderliche Arbeitszeit ist allerdings auch nach Marx je nach dem Lebensstandard sehr verschieden. Nehmen wir an, der sich so ergebende Wert der Arbeitskraft entspricht der Arbeit von vier Stunden, so entrichtet der Kapitalist durchschnittlich diesen Preis für sie. Der Arbeiter aber hat zu diesem Preis nicht nur seine Arbeitskraft für vier Stunden, sondern beispielsweise für acht Stunden verkaufen müssen. Er leistet also eine „notwendige Arbeit" von vier Stunden und eine Mehrarbeit von weiteren vier Stunden, für die er eigentlich nicht entlohnt wird. Aus diesem Mehrwert resultiert der vom Kapitalisten erzielte Profit.

Marx zeigt mit dieser Lohntheorie ebenso wie mit der ihr zugrundeliegenden Wertlehre eine völlige Verständnislosigkeit für das Grundgesetz der freien Wirtschaft, das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Die obere Grenze des Lohnes ist der volle, nicht durch den Zins (Mehrwert) gekürzte Arbeitsertrag. Ob diese obere Grenze jemals erreicht wird, ist ebenfalls nur eine Frage der Marktverhältnisse. Ist das Kapital knapp, so ist der Mehrwert hoch, wird das Kapital reichlicher, so sinkt der Mehrwert, ist schließlich ein Überangebot an Kapital da, so versinkt „der Mehrwert in einem Meer von Kapital". Der Arbeiter wird dann – marxistisch gesprochen – zum Werte seiner Arbeitskraft bezahlt, ohne daß dem Kapitalisten ein Mehrwert verbleibt, die Schaffenden erhalten den vollen Arbeitsertrag.

Die Marxsche Mehrwertlehre kann nicht mehr leisten, als einen bloßen Tatbestand feststellen: daß nämlich im kapitalistischen System der Kapitalist sich den Mehrwert als arbeitsloses Einkommen auf Kosten des Arbeitseinkommens anzueignen vermag. Die Marxsche Lehre kann jedoch nicht die entscheidende Frage beantworten, *warum* der Kapitalist hierzu in der Lage ist. Sie kann nicht die schon von *Proudhon* sehr klar gesehene Tatsache erklären, daß der Mehrwert einmal hoch, einmal niedrig ist. Marx hat nicht anerkennen wollen, daß auch der Preis der Kapitalüberlassung dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt (Korrekturen, die Marx im 2. und 3. Band des *Kapital* vornimmt, müssen hier unberücksichtigt gelassen werden, da sie auf die offiziell anerkannte Lehre keinen Einfluß gewonnen haben). Marx war deshalb auch nicht fähig, Proudhons Überlegungen zu folgen, die sich mit der ausschlaggebenden Frage beschäftigten, warum der Mehrwert (der Zins) im kapitalistischen System nie unter eine gewisse Grenze sinkt oder, anders ausgedrückt, welche verborgenen Kräfte dafür sorgen, daß der Arbeiter nie in den Genuß des vollen Arbeitsertrages gelangt, sondern einen erheblichen Teil an den Kapitalisten abgeben muß. Schon Proudhon fand die richtige Erklärung: Das liegt an der Überlegenheit des herkömmlichen Geldes über Ware und Arbeit. Diese Gedanken Proudhons stießen bei Marx auf völlige Verständnislosigkeit. In seiner Abhandlung „Lohnarbeit und Kapital" kann man nachlesen, wie Marx Proudhon wegen dieser Auffassung mit Hohn und Spott, mit wahren Schimpftiraden überschüttet und – sich damit nur selbst der ewigen Lächerlichkeit preisgegeben hat. Proudhons Erkenntnis, daß im herkömmlichen Geld die letzte Ursache des Kapitalismus liege, war angesichts des Meeres von Irrtum, in dem die zeitgenössische Nationalökonomie schwamm, ein genialer Geistesblitz, der Proudhon in seinem Rang als Wissenschaftler turmhoch über Marx hinaushebt. Die Polemik von Marx gegen Proudhon zeigt mit nicht zu überbietender Deutlichkeit, wie Marx auf Grund seiner vorgefaßten Meinung unfähig war, sich mit abweichenden Gedanken, die in seinem System keinen Platz hatten, auseinanderzusetzen. Führt der erste Schritt der Marxschen Wirtschaftslehre (die Wertlehre) ins Dickicht, so führt der zweite Schritt (die Lohntheorie und Mehrwertlehre) bereits in den Sumpf.

Aber Marx hatte nicht nur kein Verständnis für das Wirtschaftsgesetz von Angebot und Nachfrage, sondern noch in anderer Hinsicht beruht seine Wirtschaftslehre auf einem grundlegenden Irrtum – mag dieser auch verständlicher sein, da er ihn mit der klassischen Nationalökonomie teilt. Nach Marx ist das Sachkapital, das in den Produktionsmitteln verkörperte Unternehmerkapital das primäre, das eigentliche Kapital. Das Geldkapital ist sekundär, es ist abgeleitetes Kapital. Das Eigentum aus Sachkapital an den Produktionsmitteln, verleiht die Möglichkeit, den Mehrwert zu beziehen. Ein Teil davon muß an den Geldgeber abgeführt werden.

Diese Theorie ist falsch. Das haben auch Irving *Fisher* und *Keynes* erkannt. Nicht das Sachkapital ist das primäre Kapital. Es hat nur eine vom Geldka-

pital geborgte, eine von ihm abgeleitete Kapitaleigenschaft. Denn um Sachkapital zu erzeugen, braucht man in der modernen arbeitsteiligen Wirtschaft Geld. Es muß also aus dem Sachkapital soviel Rendite (Mehrwert) herausgewirtschaftet werden, daß die Ansprüche des Geldgebers befriedigt werden. Sonst unterbleibt die Produktion. Die große Frage, die im Marxismus nicht beantwortet ist, die entscheidende Frage ist nun die, warum der Geldgeber den Zins verlangen kann. Warum kann der Geldgeber – marxistisch gesprochen – „einen Teil des Mehrwertes verlangen?" Das wird uns noch näher beschäftigen.

Der andere Teil des Mehrwertes, der dem Unternehmer verbleibende Teil, das ist in Wirklichkeit Unternehmerlohn, das ist echter Lohn, Arbeitsertrag. Das ist überhaupt kein Mehrwert, kein arbeitsloses Einkommen. Es ist nämlich das, was der Unternehmer für seine unternehmerische Tätigkeit bekommt, wofür er sich im Wettbewerb bewähren muß und was ihm durch andere Unternehmer wegkonkurriert wird. Der Unternehmerlohn ist Abgeltung von Arbeitsleistung. Ein Unternehmer, der als erster ein neues Produktionsgebiet aufspürt und sich dort hineinbegibt, der bezieht eine sogenannte *Quasirente*, das heißt eine vorläufige Rente, aber nicht für lange. Denn die anderen kommen nun auch und konkurrieren ihm seinen Vorsprung wieder weg. Auch diese Quasirente ist bei funktionierendem Wettbewerb weiter nichts als eine besondere Form des *Unternehmerlohnes, also sittlich gerechtfertigtes Einkommen.* Anders ist es nur, wenn die Quasirenten der fortschrittlichen Betriebe versteinern.

Mit dieser Erscheinung hat sich besonders auch H.K.R. *Müller* beschäftigt: Wenn nämlich durch staatliche oder privatmonopolistische Stützungsmaßnahmen die Grenzbetriebe, das sind die am schlechtesten produzierenden Betriebe, künstlich am Leben gehalten werden, dann bleibt immer eine hohe Spanne der Quasirenten für die fortschrittlicher, d.h. kostensparender Produzierenden. Die Lahmlegung des Wettbewerbs führt dann dazu, daß die Quasirenten nicht wegkonkurriert werden können. Auch diese Erscheinung ist nun aber nicht mit der Mehrwertlehre, sondern nur mit dem Gesetz von Angebot und Nachfrage zu erklären. Wo der freie Wettbewerb ausgeschaltet oder eingeschränkt wird, da werden die Marktgesetze ausgeschaltet. Das aber hat stets einen Monopolgewinn – hier eine sog. Differentialrente – zur Folge.

Die falsche Auffassung von dem Verhältnis des Sachkapitals zum Geldkapital und die damit verbundene Unterschätzung der vorrangigen Bedeutung des Geldkapitals hat zu einer völlig falschen Stoßrichtung des Kampfes der Marxisten geführt. In einer Aussprache, die der Verfasser mit eingeschworenen Marxisten hatte, haben diese stets den Unternehmerlohn als die eigentliche Ausbeutung angesehen. Der Teil des Mehrwertes, der dem Geldgeber gegeben wird, der wäre nach ihrer Ansicht noch zu verkraften. Ja, sie gehen noch weiter. Sie sagen sogar: wer sich mit seiner Arbeit Ersparnisse geschaffen hat, dem steht *es durchaus zu, für die Überlassung der Ersparnisse an andere eine angemessene* Entschädigung, einen Zins, zu bekommen. Deshalb gebe es mit Recht auch

in der Sowjetunion für die Ersparnisse einen Zins. Da dort alle Ersparnisse aus Arbeit stammen, sei das nur recht und billig. Nicht der Zins aus den ersparten Arbeitergroschen, sondern die Macht, die der Besitz an den Produktionsmitteln verleihe, sei das Entscheidende.

Daß es sich bei dieser Macht um einen Koloß auf tönernen Füßen handelt, der nur solange mächtig ist, wie das Geld infolge seiner Thesaurierbarkeit das bestehende Kapital gegen hinzukommendes in Schutz nehmen kann, das ist einem Marxisten nicht nahezubringen. Daß die Macht des Kapitals auf seiner Knappheit beruht und diese wieder auf der Hortbarkeit des Geldes – auf solche Gedanken reagiert ein zünftiger Marxist noch heute nicht anders, als sein Meister gegenüber Proudhon reagierte: mit der Arroganz der Ahnungslosigkeit. Für den Marxisten ist der Unternehmer, der Besitzer der Produktionsmittel, der eigentliche Ausbeuter. Diese falsche Stoßrichtung führt zu einer verhängnisvollen Entsachlichung des Kampfes gegen den Kapitalismus. Die Ursache der Ausbeutung wird dadurch nicht angetastet. Das konnte den Verfechtern des kapitalistischen Systems im Grunde nur recht sein. So sahen sie keine Veranlassung, an diesen Irrtum rühren. „Die ökonomischen Analysen von Marx ... sind – wie J. Fetscher (Von Marx zur Sowjetideologie, S. 33) schreibt – weithin von bürgerlichen Nationalökonomen aufgenommen und berücksichtigt worden". Das aber hat zu einem Kampf auf ganz falschen Fronten, zu einer globalen Verwirrung geführt:

Jeder, der das freie Unternehmertum bejaht und einen Horror vor der Allmacht des Staates hat, glaubt auch den Kapitalismus verteidigen zu müssen. Und umgekehrt meint jeder, der sich gegen das kapitalistische System aufbäumt, in den Unternehmern seinen Feind sehen zu müssen. So hat der Marxismus die Atmosphäre durch und durch vergiftet, indem er den Blick dafür verbaut hat, daß zwischen dem Kapitalisten und dem Unternehmer scharf geschieden werden muß.

Der Unternehmer ist als Unternehmer, als Produzent, genau so ein arbeitender Mensch wie der Lohnarbeiter, er steht deshalb Seite an Seite mit ihm. Der Unternehmer ist nur der Zinsbüttel für den hinter ihm stehenden Geldgeber, den Kapitalisten. Der Unternehmer ist also nur insoweit „Ausbeuter", als er mit eigenem Geld wirtschaftet und *insofern* Kapitalist ist. Die Marxisten vermögen auch heute noch nicht diese Unterscheidung vorzunehmen. Sie kämpfen auf völlig falscher Grundlage und arbeiten damit den Verfechtern der kapitalistischen Zinswirtschaft unmittelbar in die Hände.

3. Die „Primärmonopole" – Boden und Geld

Jede auf den Grund gehende Analyse der kapitalistischen Produktionsweise stößt auf die entscheidende Frage: Warum kann der Geldbesitzer für sein Geld Zins verlangen? Nach üblicher Auffassung, die auch von Marx geteilt wird, kann

er das deshalb, weil er mit dem Gelde Sachgüter (Fabriken, Häuser usw.) erstellen kann, die einen Kapitalertrag abwerfen. Warum aber werfen die Sachgüter einen Kapitalzins ab? Das ist eine Frage, der Marx, anders als Proudhon, nicht näher nachgeht. Marx sieht die Tatsache, daß die Unternehmer aus der Lohnarbeit den Mehrwert ziehen. Die Produktionsmittel sind deshalb für ihn mit Notwendigkeit „mehrwertgebärende Maschinen", zinstragende Güter.

Proudhon hat vergeblich versucht, Marx klar zu machen, daß das nicht immer so sein muß. Das Sachkapital wirft nur solange einen Kapitalertrag ab, als es knapp ist. Aus dem Wohnungskapital z.B. lassen sich nur solange Zinsen ziehen, wie weniger Wohnungen da sind als Nachfrage nach ihnen. Sind mehr Wohnungen da als Interessenten, so sind die Hausbesitzer froh, statt die Wohnungen leer stehen zu lassen, zu einem Mitpreis zu vermieten, der wenigstens die Amortisation einbringt.

Das führt zu der weiteren Frage: Warum ist das Sachkapital knapp? Warum ist es immer so knapp, daß noch eine ungedeckte Nachfrage da ist, die die Verzinsung sicherstellt? Es handelt sich hier um die Gretchenfrage an das kapitalistische System. Auf sie geben drei große Denker unabhängig voneinander übereinstimmend dieselbe Antwort. Alle drei, *Proudhon, Gesell* und *Keynes,* erwidern:

Das Sachkapital ist knapp, ist zinstragendes Gut, weil sich das Geld bei einem gewissen Zinsfuß nicht mehr zur Verfügung stellt. Bei niedrigem Zinsfuß ist der Geldbesitz vorteilhafter als die Investition, die Sachkapitalanlage. Das herkömmliche Geld ist dem Sachkapital, den Waren und schon gar der Arbeitskraft infolge seiner Hortbarkeit in mehrfacher Hinsicht überlegen. Wer Geld hat, genießt den Vorteil der Liquidität. Dem Geldbesitz haftet die „Liquiditätsprämie" an. Darin liegt der Grund für die Knappheit der Sachgüter. Das Geld läßt eine Produktion bis zur Bedarfsbefriedigung nicht zu. Es ist, wie Proudhon sagt, nicht ein Schlüssel, sondern ein Riegel zum Markt. Die herkömmliche Geldwirtschaft ist deshalb mit Notwendigkeit Zinswirtschaft. Kapitalismus ist Zinswirtschaft, Mangelwirtschaft.

Keynes drückt das folgendermaßen aus: „Daß die Welt nach verschiedenen Jahrtausenden beständigen Sparens der einzelnen so arm an angehäuften Kapitalwerten ist, ist nach meiner Ansicht weder durch die unvorsorglichen Neigungen der Menschheit, sogar nicht einmal durch die Zerstörungen von Kriegen, sondern durch die hohen Liqiditätsprämien zu erklären, die früher dem Besitz von Land anhafteten und die jetzt an dem Besitz von Geld hängen."

Boden und Geld sind das Urkapital. Die Produktionsmittel sind nur deshalb noch immer Kapital, d.h. zinstragende Güter, weil sie vom Gelde knapp gehalten werden. Die Erhebung des Mehrwertes ist nicht ermöglicht durch Fehler in der Produktionsweise, sondern durch einen verhängsvollen Fehler im Tauschmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft. Der Kapitalismus wurzelt nicht, wie Marx meint, im Privateigentum an den Produktionsmitteln, nicht im Wett-

bewerb und nicht in der Unternehmerinitiative, sondern im Monopolismus. Der Kapitalist ist Monopolist. Er kann auf Grund seiner Monopolstellung den Preis seines Gutes dauernd über den Arbeitskosten halten. Die Ausbeutung vollzieht sich im kapitalistischen System in der Weise, daß der Inhaber des kanppen Gutes, das zur Produktion benötigt wird, arbeitsloses Einkommen beziehen kann. Der Monopolist beutet den Unternehmer aus, der Geld von ihm haben will, um produzieren zu können. Er beutet auch den Arbeiter aus, der zum Unternehmer geht und dort einen Arbeitsplatz haben will, und er beutet schließlich beide noch einmal als Konsumenten über den Preis der Produkte aus.

Das Kernproblem jeder sozialen Reform ist, diese Monopolstellung des Geldbesitzes zu brechen. Aber wie soll das geschehen? Das durchgreifende Mittel heißt: Umlaufsicherung des Geldes.

Die von den Marxisten so sehr gefürchtete „Macht des Privateigentums" an den Produktionsmitteln erweist sich als Folge und nicht als Ursache des „Kapitalismus". Voraussetzung für die Wirklichkeit dieses Mittels ist allerdings die konsequente Herstellung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs durch Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und eine Bodengesetzgebung, durch die die Bodensperre gebrochen wird.

Marx ist bei seiner Analyse nicht zu den letzten Ursachen des Kapitalismus – dem Urmonopol des Geldes – durchgestoßen, sondern bei den Produktionsmitteln hängen geblieben, denen nur eine sekundäre, vorübergehende, nämlich durch Änderung der Geldverfassung aufhebbare Kapitaleigenschaft zukommt.

Das traditionelle Geld bezeichnet Marx unreflektiert, als Äquivalent der Ware und verkennt damit völlig seine Eigenschaft als primäres, unabgeleitetes, der Ware überlegenes Kapital. (Soweit er im dritten Band sich über die Macht des Geldes äußert, zieht er doch nirgends daraus seine Folgerungen.) Mit dieser Auffassung vom Geldwesen hat Marx dem Proletariat eine stumpfe Waffe in die Hand gegeben. Die Folge konnte nur ein tragischer Irrweg sein. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß das Geldkapital, das um seine Macht sehr wohl weiß, von dieser untauglichen Theorie in Wirklichkeit nicht bedroht ist.

4. Die Folgerungen aus der Wert- und Lohntheorie

Die Folgerungen aus der Wert- und Mehrwerttheorie zieht Marx in den drei anderen Theorien von der *Konzentration des Kapitals,* der *Verelendung der Massen* und dem endlichen *Zusammenbruch des kapitalistischen Systems.*

Nach Marx erhalten die Unternehmer bei wachsender Wirtschaft steigende Profite. Die ständige Vermehrung (Akkumulation) des Kapitals und fortschreitende Ausdehnung (Konzentration) der Betriebe zu Großbetrieben führen schließlich zum Vernichtungskampf innerhalb der Kapitalistenklasse selbst. Es komme zu den den Konjunkturzyklus der kapitalistischen Wirtschaft kenn-

zeichnenden periodischen Krisen. In ihnen sinke eine immer größere Zahl bisher selbständiger Existenzen in das Proletariat ab; die Produktionsmittel gerieten in die Hände einer immer geringer werdenden Zahl von Großkapitalisten. Im Zuge der Konzentrationsbewegung würden unter fortschreitender Technisierung immer mehr Menschen aus der Produktion freigesetzt, so daß eine „industrielle Reservearmee", ein Heer von Arbeitslosen, sich bilde. Hierauf könne der Unternehmer stets zurückgreifen und durch Lohndruck die Löhne an der Grenze des Existenzminimums halten. Schließlich stehe der Masse der besitzlosen Proletarier eine ganz geringe Zahl von Monopolbetrieben gegenüber (Monopolkapitalismus). Hier komme es zum revolutionären Umschlag: Die Betriebe würden durch das zum Klassenbewußtsein erwachte Proletariat in Kollektiveigentum umgewandelt (Expropriation der Expropriateure). Der Kapitalismus gehe an Selbstzerstörung zugrunde (Zusammenbruchstheorie).

So sei die Vergesellschaftung der Produktionsmittel (Sozialisierung) das Ergebnis einer unentrinnbaren logisch gesetzlichen Entwicklung. Aus der revolutionären Übergangsphase der Diktatur des Proletariats gehe als Endzustand die klassenlose Gesellschaft hervor.

Hierzu zusammenfassend einige Gesichtspunkte zur Kritik. Die Kapitalvermehrung (Akkumulation) der wachsenden Wirtschaft führt zwar zunächst zu einer absoluten Vermehrung des Mehrwertes, des arbeitslosen Einkommens. Im Verhältnis zum Arbeitseinkommen, also relativ, sinkt jedoch das Kapitaleinkommen bei Kapitalvermehrung. So hat die kapitalistische Wirtschaft in sich die Tendenz zur – evolutionären – Selbstaufhebung. Lediglich die private Bodenrente und die mit dem herkömmlichen Gelde verbundene *Rentabilitätsgrenze* setzen diesem Selbstaufhebungsprozeß der Zinswirtschaft Schranken. Die Konzentration der Wirtschaft ist eine Erscheinung stillstehender oder rückläufiger Konjunktur, soweit sie nicht ihre Ursachen in dirigistischen (finanz- und steuerpolitischen) Maßnahmen des Staates hat. Bei anhaltender Konjunktur dagegen entstehen, soweit der Marktmechanismus noch funktioniert und nicht durch staatliche Eingriffe gehemmt ist, allenthalben Klein- und Mittelbetriebe.

Die Frage: Klein-, Mittel- oder Großbetrieb ist bei anhaltender Vollkonjunktur in der freien Wirtschaft eine rein technische Frage. Es entscheidet dann allein die größere Produktivität. Die technische Betriebsgröße ist für den Ausbeutungsgrad belanglos. Mit *kaufkraftbeständigem Umlaufsgeld*[2] haben wir den Schlüssel zur Dauerkonjunktur in der Hand. In der Vollkonjunktur der freien Wettbewerbswirtschaft bildet sich die Kapitalkonzentration schnell zurück, es entstehen überall neue Betriebe, neue wagemutige und tüchtige Unternehmer machen sich auf. Was sie dazu brauchen, ist nur Geld. Und das bietet sich ih-

2) Vgl. Fragen der Freiheit Heft 87/88. Referate von Eckhard Behrens und Dr. Ernst Winkler: „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus".

nen nach Einführung der Geldumlaufsicherung täglich zu günstigeren Bedingungen an, ja es läuft ihnen bald nach. Dann herrscht nicht mehr das Geld, sondern die Arbeit, die Tüchtigkeit. Nicht mehr der schaffende Mensch ist dann Bittsteller, sondern das Geld. Die Wirtschaft bedarf all der fragwürdigen und gefährlichen Krücken aus dem heutigen „konjunkturpolitischen Arsenal", die sie am Laufen halten (dosierte Inflation, Staatsverschuldung, Dirigismus, Aufrüstung u.a.) nicht mehr. Die bisher in die Fesseln des Rentabilisationsprinzips geschlagenen Produktivkräfte werden frei für Werke des Friedens und des Aufbaus.

Marx kommt von der Grundlage seiner Mehrwerttheorie her zu einer falschen Erklärung der Krisen. Sie sind für ihn eine Folge der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Diese Anarchie sieht er nun nicht etwa in dem vom Gelde erzwungenen Zins, der in der Tat einen kontinuierlichen Wirtschaftsablauf unmöglich macht, sondern im Wettbewerb und der Unternehmerinitiative. Die Konkurrenz zwischen den privaten Unternehmern, das ist in den Augen von Marx die Anarchie, das Chaos.

Dahinter steckt die fixe Idee des Kollektivisten, daß die Weltgeschichte nur dann richtig läuft, wenn man mit starker Hand plant und dirigiert. Die Auffassung, daß ein großes Ausgleichssystem möglich ist, daß der Mensch als soziales Wesen diesen Gesetzen folgt, daß es auch in der Wirtschaft selbsttätige Ausgleichskräfte gibt, die sich im freien Wettbewerb auf segensreiche Weise auswirken – diese Vorstellung ist bei einem Kollektivisten nicht vorhanden.

Nach Marx kommt es im Kapitalismus durch das Bestreben der Unternehmer, immer billiger zu produzieren und dadurch die Konkurrenz auszuschalten, periodisch zu sogenannten Überproduktionskrisen. Das ist eine primitive, nur den Vordergrund sehende Analyse. Bei freiem Wettbewerb kommt es nicht zur Überproduktion, da verlagert sich die Produktion bei Sättigung des Bedarfs von einem Teilbereich auf einen anderen Sektor der Wirtschaft. Die auf dem einen Gebiet freiwerdende Kaufkraft fragt nun nach auf dem anderen. Die Strukturwandlungen der Wirtschaft werden nur dann zu Strukturkrisen größeren Ausmaßes, wenn das Wettbewerbsprinzip ausgeschaltet ist. Denn sonst sorgt der Wettbewerb rechtzeitig dafür, daß sich die Unternehmer auf andere Gebiete umstellen. Wird jedoch das Regulativ des Wettbewerbs ausgeschaltet und vom grünen Tisch her geplant, dann sind Strukturkrisen an der Tagesordnung. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür war die Krise im europäischen Kohlenbergbau.

Neben den Strukturkrisen war die kapitalistische Wirtschaft bisher gekennzeichnet durch periodische Konjunkturkrisen. Auch diese haben aber nun nichts, wie Marx meint, mit der Anarchie des Wettbewerbs zu tun, sondern mit dem schwankenden Geldumlauf, für den nicht die Unternehmer, sondern den Staat bzw. die Notenbank die Verantwortung trifft. Marx ist mit seiner Erklärung nur der Vorkämpfer einer Methode, die noch heute gern und häufig angewen-

det wird: dem freien Unternehmer wird etwas aufgebürdet, was allein auf das Konto des Gesetzgebers geht.

Hieraus hat sich geradezu eine universelle Praxis der Diffamierung des Individuums für Sünden des Staates entwickelt: Die Gewerkschaften machen die Unternehmer bei Preissteigerungen verantwortlich, die Arbeitgeber umgekehrt suchen die Schuld bei den Lohnforderungen der Arbeitnehmer oder bei Preistreibereien der Konsumenten. An den hohen Agrarpreisen wird der Raffgier der Bauern die Schuld gegeben – und nicht der Einfuhrsperre für Agrargüter und der traditionellen Subventionspolitik. Für die hohen Handelsspannen wiederum sind die geldgierigen Kaufleute verantwortlich – und nicht ist es die wettbewerbsfeindliche Kreditpolitik usw. usw.

Bei wirklich freier Marktwirtschaft auf der Grundlage des dynamischen Umlaufgeldes werden alle diese Verirrungen des Denkens sehr schnell ebenso der Vergangenheit angehören wie die vordergründige Krisentheorie des Marxismus.

Zur marxistischen *Zusammenbruchstheorie* sei nur bemerkt, daß der Zusammenbruch der privatkapitalistischen Wirtschaft sicherlich nicht in der Weise geschehen wird, wie Marx sie sich gedacht hat: daß die schließlich noch übrigbleibenden wenigen Großbetriebe wie eine reife Frucht in die Hände des klassenbewußten Proletariats fallen werden. Wohl aber lassen sich in der Tat nur die schlimmsten Prognosen für die westliche „freie" Welt stellen, wenn sie nicht gewillt ist und nicht mehr die Kraft hat, dem Geld seinen Monopolcharakter zu nehmen und es in den Dienst des Wirtschaftskreislaufs zu stellen.

Der Rückblick auf die Kernpunkte der marxistischen Wirtschaftslehre macht die tiefe Tragik deutlich, die darin liegt, daß diese falsche und unbrauchbare Theorie zur Theorie der Arbeiterbewegung wurde. Die bürgerliche Kritik ist denn auch folgerichtigerweise ihr gegenüber lendenlahm. Sie hat guten Grund, das zu sein. Denn die Marxsche Analyse ist dem Kapitalismus überhaupt nicht gefährlich. Die Geschichte hat inzwischen genügend Beispiele dafür geliefert, daß die marxistischen Sozialisierungspraktiken, soweit sie nicht mit entschädigungsloser Enteignung verbunden sind, den Kapitalisten wenig anhaben. Sie führen vielmehr nur dazu, daß sogar noch das Risiko des Kapitalisten sozialisiert wird, wie das Beispiel der Sozialisierung des Bergbaues in England zeigt. Was vom Westen am Marxismus so scharf bekämpft wird, ist lediglich seine revolutionäre leninistische Variante. Wo dagegen der Marxismus auf den evolutionären Weg abgedrängt wurde, wie in der Sozialdemokratie Westeuropas, da war dieses Schaf im Wolfspelz dem Kapital nicht für einen Augenblick mehr wirklich gefährlich.

Ein Beispiel dafür, wie oberflächlich und steril die bürgerliche Kritik an der marxistischen Wirtschaftslehre vielfach ist, liefert Iring Fetscher in seinem vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Buch „Von Marx zur Sowjetideologie", Frankfurt 1957. Fetscher gibt dort

eine sehr gute Darstellung der ideologischen Grundlagen des Marxismus, seines Geschichtsbildes und der dialektischen Methode. Ausgezeichnet ist auch die Entwicklung zum Leninismus und Stalinismus dargestellt. Umso kümmerlicher ist das, was Fetscher zur marxistischen Wirtschaftslehre zu sagen hat. Er beschränkt sich im wesentlichen darauf, aufzuzeigen, daß viele der Voraussagen von Marx nicht Wirklichkeit geworden sind, und kommt dann wörtlich zu folgender Feststellung (S. 33):

„Man kann aber auch fast das ganze nationlaökonomische System von Marx anerkennen, ohne deshalb die Schlußfolgerungen orthodoxer Marxisten ziehen zu müssen." Fetschers Kritik läuft also im wesentlichen darauf hinaus, daß die Marxsche Theorie im Kern durchaus richtig ist und lediglich in der weiteren Entwicklung von den Orthodoxen (sprich Lenin und Stalin) mißbraucht worden ist. Eine ähnliche Kritik hört man ja mitunter auch über den Nationalsozialismus: Das Programm sei schon ganz gut gewesen, nur habe Hilter nicht die richtigen Berater gehabt, oder er sei größenwahnsinnig geworden, oder er habe alles zu schnell gemacht usw.

Fetscher wendet denn auch zum Teil ungeprüft die marxistische Begriffsbestimmungen an. Es geht ihm dabei wie so manchem anderen bürgerlichen Kritiker, der in seinem Bestreben, den Marxismus zu kritisieren, sich ständig in marxistischen Denkbahnen bewegt. So hat er zum Beispiel gegen die marxistische Definition des Kapitalismus nichts einzuwenden. Danach ist Kapitalismus eine Ordnung mit Privateigentum, freier Lohnarbeit und universeller Warenproduktion, d.h. Produktion für den Markt zur Erzielung von Profiten (S. 25). In dieser Definition treten das Privateigentum und der Wettbewerb als Spezifikum in den Vordergrund, während doch das Charakteristische des Kapitalismus die zinserpressenden wettbewerbsbeschränkenden Urmonopole sind.

Wenn man von einer solchen Basis aus den Marxismus kritisiert, so kämpft man mit dessen eigenen stumpfen Waffen. Man kann dann noch so geistvoll analysieren, wie sich der Marxismus im einzelnen weiterentwickelt hat – wenn man zur Mehrwertlehre, zur Zinstheorie des Marxismus, zu seiner Auffassung vom Geldwesen nur Gemeinplätze von sich gibt oder gar auf die Linie des Marxismus einschwenkt, dann geht die Kritik an allem wesentlichen vorbei.

Ein anderes Beispiel für eine unzureichende Auseinandersetzung mit dem Marxismus liefert Nikolai Berdjajew in seinem Buch: „Wahrheit und Lüge des Kommunismus", Darmstadt und Genf, 1953. Das Werk enthält eine sehr anregende philosophische und weltanschauliche Kritik am Marxismus, die marxistische Soziallehre dagegen erklärt es in Bausch und Bogen für richtig. Folgende Zitate mögen genügen: „Der Kommunismus enthält viele Wahrheiten und eine einzige Lüge" (S. 27). „Die Lüge des Kommunismus besteht in der Gottlosigkeit" (s. 30). „Die Idee einer Planwirtschaft ist eine prinzipiell richtige Idee" (S. 28). „Die individualistischen und liberalen Prinzipien haben sich endgültig ausgelebt" (S. 39).

Damit dürfte klar sein, was von einem solchen Werk erwartet werden kann und was nicht. Die oberflächliche Kritik Karl Marx' und seiner Nachfolger am Kapitalismus mußte zwangsläufig dazu führen, die Schuld an der „Ausbeutung" und „Entfremdung" der Lohnempfänger bei den „Arbeitgebern", den Eigentümern an den Produktionsmitteln, zu suchen. Die Enteignung der Unternehmer und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und letzten Endes der Erträgnisse der Arbeit ließ eine neue, weitaus unerbittlichere Herrschaft entstehen, eine *Herrschaft ohne verantwortliches Subjekt: Die Macht der Bürokratie.*

Feste oder freie Wechselkurse?

Das Scheitern einer unvollkommenen Weltwährung

Eckhard Behrens

Üblicherweise werden die Fragen der internationalen Währungsordnung vom Standpunkt einer beteiligten Volkswirtschaft aus betrachtet. Hier wird der Versuch gemacht, sie von der Weltwirtschaft her, also gewissermaßen aus dem Weltraum auf die Erde schauend zu erfassen. Dadurch wird es möglich, die Vorzüge fester Wechselkurse ebenso klar zu erfassen, wie die Bedingungen ihrer Funktionsfähigkeit. Vor allem aber wird von diesem Blickpunkt her, die Übersicht über die internationale Währungsordnung erleichtert. Man bekommt ihre internationalen Aspekte unmittelbar in den Blick und nicht nur ihre Auswirkungen innerhalb der heimischen Volkswirtschaft.

Feste Wechselkurse verbinden nationale Währungen so miteinander, daß daraus gewissermaßen eine gemeinsame Weltwährung entsteht. Bei freier Konvertibilität und festen Wertrelationen zwischen den nationalen Zahlungsmitteln kann sich der internationale Handels- und Kapitalverkehr praktisch genauso entfalten, als ob ihm ein einheitliches, überall mit gleichem Wert geltendes Weltzahlungsmittel zur Verfügung stünde.

Dieser Als-ob-Effekt hat interessante Ursachen. Er beruht darauf, daß das ideale System fester Wechselkurse (es ist hier an die strengste Form gedacht; das Bretton-Woods-Abkommen wird später erörtert) dem Geld teilweise seinen nationalen Charakter nimmt und ihm einen supranationalen Charakter gibt. Welcher Teil des Phänomens Geld internationalisiert ist, wird deutlich, wenn man sich die drei Funktionen des Geldes – Wertmaßstab, Tauschmittel und Wertaufbewahrungsmittel zu sein – vergegenwärtigt. Durch feste Wechselkurse wird der Wert des Geldes nicht nur international anerkannt, sondern auch zum Wert anderer Währungen in eine bestimmte, unveränderliche Beziehung gesetzt. Er wird damit zum Gegenstand supranationalen Interesses; ein Recht einseitiger nationaler Gestaltung des Geldwertes gibt es nicht mehr, denn es müßte Auf- oder Abwertungen zur Folge haben. Auch die Tauschmittelfunktion erfährt eine wichtige Erweiterung: Ein nationales Geldstück kann zwar in einer anderen Volkswirtschaft nicht als gesetzliches Zahlungsmittel Tauschmittelfunktionen erfüllen. Aber bei freier Konvertibilität gewährleistet die Ankaufspflicht der Notenbanken die Verwandlung jedes Geldstückes in ein solches der gewünschten Nationalität. Jedes nationale gesetzliche Zahlungsmittel ist also mittelbar gesetzliches Weltzahlungsmittel. Dabei bleibt die Tauschmittelfunk-

tion des Geldes voll in der nationalen Gestaltungszuständigkeit (Aussehen und Stückelung der Geldzeichen etc.).

Bei freier Konvertibilität werden also die nationalen Währungen durch feste Wechselkurse zu einem System zusammengeschlossen, das wesentliche Funktionen einer vollkommenen Weltwährung erfüllt. Damit wird verständlich, warum die festen Wechselkurse in Außenhandels- und Bankkreisen immer wieder engagierte Fürsprecher finden. Insoweit die nationalen Währungen kraft des Zusammenschlusses die Funktion einer Weltwährung bereits erfüllen, sind sie nicht mehr im vollen Sinne *national*, sondern integraler Bestandteil der (unvollkommenen) Weltwährung. Nur insoweit die Weltwährung noch eine unvollkommene ist, sind die einzelnen Währungen noch wirklich national. Es gibt also bei festen Wechselkursen weder vollkommen nationale Währungen, noch eine vollkommene Weltwährung. Das muß man sich ins Bewußtsein rufen, wenn in der folgenden Untersuchung von „nationaler Währung" oder „Weltwährung" die Rede ist.

Die Untersuchung soll die Frage der Funktionsfähigkeit dieser eigenartigen, zugleich nationalen und supranationalen Währung klären. Zweifel an der Funktionsfähigkeit werden nicht nur durch die konkreten währungspolitischen Erfahrungen der Nachkriegszeit begründet, sondern auch durch die einfache Überlegung, daß dem supranationalen Element unserer Währung doch wohl eine supranationale Währungsbehörde als regulierende Instanz zugeordnet sein müßte. Wir haben aber nur nationale Währungsbehörden, als wären unsere Währungen rein nationaler Natur. Es kommt hinzu, daß diese nationalen Währungsbehörden ganz unterschiedliche wirtschaftspolitische Ziele verfolgen und über sehr unterschiedliche währungspolitische Instrumentarien verfügen.

Dabei nimmt der internationale Zahlungsverkehr und mit ihm die Bedeutung der supranationalen Eigenschaften unserer Währung ständig zu. Die Waren- und Kapitalmärkte sind nicht mehr national in sich abgeschlossen. Sie sind infolge weitgehender Freiheit des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs bereits so sehr miteinander verflochten, daß sie sich nicht mehr unabhängig voneinander entwickeln können, sondern schon so sehr ein einheitlicher Weltwaren- und -kapitalmarkt geworden sind, daß ganz deutlich internationale Preis-, Zins- und Konjunkturzusammenhänge bestehen. Eine vollkommen einheitliche Weltwirtschaft ist noch nicht entstanden. Die Volkswirtschaften sind noch immer voneinander abgrenzbar. Die moderne Wirtschaft ist also gleichzeitig noch Nationalwirtschaft und schon (ziemlich stark) Weltwirtschaft. – Wie jede Arbeitsteilung, so kann auch die internationale Arbeitsteilung nur entstehen, wenn ein einigermaßen funktionsfähiges Zirkulationssystem für Ware und Geld bereits vorhanden ist. Zweifellos wäre eine einheitlich gesteuerte, vollkommene Weltwährung eine ideale Voraussetzung für die weitere Integration der Volkswirtschaften zur Weltwirtschaft. Vorerst ist aber auch die Währungsordnung noch in einem eigenartigen Übergangszustand von national und supranational. Je funktionsfähiger ihre supranationale Seite ist, umso besser kann sie ihre Schrittmacherrolle für

die internationale Arbeitsteilung, also die Integration der Waren- und Kapitalmärkte zur Weltwirtschaft erfüllen.

Die Frage der Funktionsfähigkeit einer Weltwährung, die nicht von einer zentralen Weltnotenbank, sondern nur von nationalen Notenbanken gesteuert wird, kann folgendes Gedankenexperiment klären helfen: Man setze an die Stelle der Weltwirtschaft eine gut integrierte Volkswirtschaft, also z.B. die der Bundesrepublik Deutschland. Dementsprechend träte an die Stelle der Weltwährung die Deutsche Mark. Diese beiden Annahmen haben zur Folge, daß unser Modell eine vollintegrierte Weltwirtschaft und eine vollkommene Weltwährung simuliert; es greift insofern der Wirklichkeit voraus, hebt aus ihr aber gerade diejenige Seite hervor, auf deren Betrachtung es uns ankommt. Analog zum Fehlen einer Welt-Notenbank ist die Bundesbank als nicht existent zu betrachten; die Steuerung der Währung – ist zu denken – liegt in den Händen der elf Landeszentralbanken. Der Vergleich stimmt aber erst dann, wenn man hinzunimmt, daß jede der elf Landeszentralbanken eine eigene Währungs- und Konjunkturpolitik betreibt – ausgerichtet nach den Bedürfnissen des jeweiligen Bundeslandes und nach den dort herrschenden wirtschaftspolitischen Anschauungen. Jede Landeszentralbank würde also eine andere Diskontpolitik, Mindestreservepolitik, Offenmarktpolitik usw. usw. betreiben. Selbst bei zufällig gleichen wirtschaftspolitischen Zielen würden sie währungspolitisch oft unterschiedlich agieren, weil ihr Instrumentarium nicht gleich wäre.

Als währungspolitisches Ergebnis einer solchen Notenbankorganisation ist vorauszusehen: Die Auswirkungen der Politik einer Landeszentralbank bleiben nicht auf ihr Wirtschaftsgebiet beschränkt, sondern erstrecken sich auf das ganze Bundesgebiet – weil es sich um ein völlig integriertes Wirtschaftsgebiet handelt, in dem nicht nur das Bankensystem, sondern auch viele Industrie- und Handelsbetriebe überregionale Beziehungen haben und nach bundeseinheitlichen Gesichtspunkten geführt werden. Ebenso wirkt in das offene Wirtschaftsgebiet dieser Landeszentralbank die Währungspolitik der zehn anderen Landeszentralbanken hinein. Wenn elf unabhängige Notenbanken in der Bundesrepublik die Deutsche Mark steuern würden, würde die Politik jeder einzelnen von ihnen ständig durch die Politik der übrigen zehn relativiert. Das Gesamtergebnis der unkoordinierten Währungspolitik elf voneinander unabhängiger Landeszentralbanken im Währungsgebiet der Deutschen Mark könnte immer nur ein höchst zufälliges, ungewolltes und unbefriedigendes sein.

Zweifellos ließe sich durch Kooperation der Notenbanken eine Verbesserung erzielen. Für die internationalen Währungsverhältnisse wird immer wieder gefordert, die nationalen Notenbanken sollten ihre Politik aufeinander abstimmen. Jeder Schritt in dieser Richtung ist sicher ein Fortschritt. Aber man muß bezweifeln, daß auf diesem Wege das Problem der Steuerung der Weltwährung befriedigend zu lösen wäre. Kooperative Koordination kann nur erfolgreich sein, wenn keine regionalen Interessenbindungen und keine Verpflichtungen

bestehen, der regionalen Wirtschaft zu dienen. Unser Gedankenexperiment beweist, daß der Versuch, regionalen Wirtschaftsbedingungen währungspolitisch gerecht zu werden, bei vollintegrierter Wirtschaft und einheitlicher Währung von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Solche Versuche können nur ins währungspolitische Chaos führen. Sie werden aber unter dem Druck regionaler Interessen immer wieder gemacht werden, wo der institutionelle Nebel dafür in Gestalt voneinander unabhängiger regionaler Notenbanken vorhanden ist. Die bloße Verpflichtung der Notenbanken zur Selbstkoordination ist gegenüber elementaren wirtschaftlichen Regionalinteressen ziemlich machtlos. Wo eine hundertprozentig koordinierte Politik ohne Rücksicht auf echte oder vermeintliche Regionalbedürfnisse gewollt wird, wird man sie stets durch eine einzige Zentralbank – wie die Bundesbank – zu sichern suchen. Die regionalen Notenbanken können dann nicht mehr sein als völlig weisungsabhängige Zweigstellen der Zentralbank.

Der Unterschied zwischen dem Weltwährungssystem und dem Modell einer von elf Landeszentralbanken manipulierten Deutschen Mark besteht darin, daß in der heutigen internationalen Wirklichkeit kein einheitliches Zahlungsmittel besteht. Die Weltwährung tritt in jedem Land durch ein anderes Zahlungsmittel in Erscheinung, und jede Notenbank beherrscht nur ihr nationales Zahlungsmittel. Man darf sich dadurch nicht über die Effekte der Einheit der Weltwirtschaft (die durch Freihandel und freie Konvertibilität entstanden ist) und der Einheitswährung (begründet durch feste Wechselkurse) hinwegtäuschen lassen. Die Einheitswährung tritt nur in einheitlichem Geldwert in Erscheinung, nicht in einem einheitlichen Zahlungsmittel. Die Realität des einheitlichen Geldwertes erweist sich in seiner Reaktion auf Zahlungsmittelvermehrungen oder -verminderungen, die in einem Land stattfinden. Sie setzen Geld- und Warenströme über die Grenzen hinweg in Gang, die zu entsprechenden Zahlungsmittelvermehrungen oder -verminderungen in allen anderen Ländern führen; diese Vorgänge sind bekannt als sog. „importierte Inflationen und Deflationen". Sie sind dem ungeübten Blick insbesondere dadurch entzogen, daß sich viele solche Vorgänge gleichzeitig vollziehen, sich überlagern und zum erheblichen Teil gegenseitig aufheben. Sie können aber an den Grenzen (bei Freihandel und freier Konvertibilität) nicht aufgehalten werden; insbesondere muß man sich ganz klar machen, daß auch das dickste Devisenpolster (sog. Währungsreserve) einer Notenbank die Einflüsse ausländischer Zahlungsmittelvermehrungen oder -verminderungen in keiner Weise abfangen, aufstauen oder hinauszögern kann!

Die andrängenden ausländischen Zahlungsmittel können zwar nicht im Inland als Zahlungsmittel mitzirkulieren; aber im System fester Wechselkurse ist die Bundesbank verpflichtet, sie unbegrenzt gegen Deutsche Mark anzukaufen. Die angekauften ausländischen Zahlungsmittel vergrößern die Devisenreserve der Notenbank, die dafür hergegebenen Deutschen Mark mit inflationären Effekten das Zahlungsmittelvolumen im Inland. Entsprechend führen deflationäre Zah-

lungsmittelverminderungen im Ausland zum Abfluß von Devisen und zum deflationär wirkenden Rückfluß von Deutscher Mark zur Notenbank. – Es steht auf einem anderen Blatt, daß die Notenbanken, nachdem sie an den geschilderten automatischen Zahlungsmittelvermehrungen und -verminderungen mitgewirkt haben (erzwungene Offenmarktoperationen), unter Umständen in der Lage sind, durch den Einsatz anderer Instrumente kompensatorische Verminderungen bzw. Vermehrungen der inländischen Zahlungsmittel vorzunehmen. Es sind immer nur Kompensationen der Auswirkungen der Politik anderer Notenbanken, nie unmittelbare Abwehrmaßnahmen gegen diese Einwirkungen.

Außerdem legt die Notenbank mit solchen kompensatorischen Maßnahmen einen Anpassungsmechanismus lahm, der zum Ausgleich der Zahlungsbilanz führen würde. Wenn sie versucht, einen internationalen inflationären oder deflationären Trend von der eigenen Währung fernzuhalten, hat das ein fundamentales Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz und entsprechende internationale Schwierigkeiten zur Folge. Das einem System fester Wechselkurse konforme Notenbankverhalten ist eine Steuerung des nationalen Geldwertes, die zum Zahlungsbilanzausgleich führt – sog. zahlungsbilanzkonformes Notenbankverhalten. Das bedeutet, daß bei internationaler inflationärer Geldvermehrung das heimische Zahlungsmittelvolumen im selben Maße inflationär zu vermehren ist. Wenn sich der Wert der ausländischen Währungen verschlechtert, muß der Wert der eigenen Währung im selben Maße verschlechtert werden, damit die einmal festgelegte Wertrelation – der feste Wechselkurs – erhalten bleibt. Selbstverständlich ist aus denselben Gründen der eigene Geldwert zu steigern (Konjunkturdrosselung), wenn sich international gerade ein deflationärer Trend durchsetzt. Darin kommt – wie schon erwähnt – zum Ausdruck, daß der Geldwert bei einem System fester Wechselkurse (solange es nicht durch Auf- oder Abwertungen durchbrochen wird) letztlich international bestimmt wird. Er wird aber nicht bewußt international gesteuert; bestimmend ist die jeweilige internationale Tendenz der Geldwertentwicklung, und diese ist das ungewollte und nicht exakt vorhersehbare Resultat der vielfältigen Überlagerungen der internationalen Auswirkungen währungspolitischer Maßnahmen vieler nationaler Notenbanken. Wenn Auf- und Abwertungen ganz ausgeschlossen sind, besteht für jede Notenbank ein elementarer Zwang zu langfristig einigermaßen zahlungsbilanzkonformer Geldwertpolitik.

Ein System starrer Wechselkurse unterscheidet sich also insofern nicht wesentlich von dem Beispiel einer von elf Landeszentralbanken manipulierten Deutschen Mark, als die nationalen Notenbanken den Wert ihres Geldes nur immer kurzfristig und geringfügig unabhängig vom internationalen Trend gestalten können. Dieser Spielraum wird mit zunehmender Integration der Weltwirtschaft immer enger, weil damit die Geldströme über die nationalen Grenzen stärker werden. Die an unserem gedachten Modell abgelesenen organisato-

rischen Konsequenzen müßten daher für die Weltwährung im selben Umfang wie für die Deutsche Mark gezogen werden.

Unser Experiment offenbart nicht nur die ungenügende Organisation des internationalen Währungssystems, sondern es macht zugleich sichtbar, daß die ihm angeschlossenen nationalen Währungsordnungen an dem Widerspruch leiden, mit nationaler Organisation und Politik eine Währung steuern zu wollen, die nur scheinbar eine nationale, in Wahrheit aber eine Weltwährung ist, die gleichzeitig von allen anderen Notenbanken mitgesteuert wird. Damit ist erklärt, *warum nicht nur die internationalen Währungsbeziehungen unbefriedigend funktionieren*, sondern auch eine befriedigende Steuerung der (scheinbar) nationalen Währung nicht gelingt.

Währungspolitisch ist dieser Zustand unvertretbar. Entweder muß der infolge fester Wechselkurse bestehenden Weltwährung eine Weltzentralbank mit unbeschränkter Weisungsbefugnis gegenüber den nationalen Notenbanken zugeordnet werden, oder müssen die festen Wechselkurse und mit ihr die („unvollkommene") Weltwährung aufgegeben werden zugunsten flexibler Wechselkurse, d.h. voneinander unabhängiger („vollkommener") nationaler Währungen, die unter dem ausschließlichen Einfluß der jeweiligen nationalen Währungsbehörden stehen.

Eine unbeschränkt weisungsbefugte Weltzentralbank ist wohl eine unrealisierbare Utopie, weil die wirtschaftspolitisch relevante Öffentlichkeit noch immer zu wenig weltwirtschaftlich denkt, die Bedeutung der regionalen Unterschiede der Wirtschaftsentwicklung überschätzt und die Schrittmacherfunktion eines funktionsfähigen Währungssystems für die internationale Arbeitsteilung noch nicht genügend erkannt hat. Die mühsamen Verhandlungen wegen einer einheitlichen EWG-Währung zeigen das sehr deutlich. Was im Rahmen der EWG aber wohl dennoch gelingen wird, wird für die Weltwirtschaft in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sein. Vorerst bleibt die durch feste Wechselkurse begründete Weltwährung zu gefährlich, zu wenig funktionsfähig – weil sie den Geldwert zu weitgehend dem Zufall anvertraut. Seit die konjunkturpolitische Bedeutung der Geldwertentwicklung bekannt ist, ist es unverantwortlich, sie dem geringsten Zufall zu überlassen; sie muß exakt steuerbar sein. Deshalb ist der baldige Abschied von den festen Wechselkursen und damit vom Traum der Weltwährung unvermeidlich. *Größere Realisierungschancen als die Forderung nach* einer Weltzentralbank hat die Forderung nach völliger Freigabe der Wechselkurse, obwohl maßgebende Kreise von einem System flexibler Wechselkurse (dessen Funktionsfähigkeit im Rahmen dieser Arbeit nicht nachgewiesen werden kann) zu Unrecht noch immer Unsicherheit und desintegrierende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft befürchten. Marktgerechte Wechselkurse bewirken einen automatischen Ausgleich der Zahlungsbilanz; sie befreien also die Notenbanken von dem Zwang zu zahlungsbilanzkonformer Geldwertpolitik und ermöglichen ihnen, eine konjunkturgerechte Geldwertpolitik zu betreiben

In dem Maße, wie ihnen die Konjunkturstabilisierung allgemein gelingt, werden auch die Geldwertrelationen, also die freien Wechselkurse ziemlich stabil werden. Dem Welthandel dienen stabile freie Kurse so gut wie stabile feste Kurse.

So oder so – feste oder freie Wechselkurse – jedenfalls müssen Währung und Währungsgebiet einerseits und Notenbankorganisation und -verantwortung andererseits zur Deckung gebracht werden. Eines muß an das andere angepaßt werden. Man kommt um die Entscheidung nicht herum, entweder der Maxime „eine Währung, eine Notenbank" oder der Maxime „jeder Notenbank ihre eigene Währung" zu folgen.

Wie steht das Abkommen von Bretton Woods (vom 25. Dez. 1945 – BGBl. 1952 II, S. 638) zu diesen Maximen? In der wirtschaftspolitischen Diskussion erscheint es fast immer als der Garant eines Systems fester Wechselkurse. Wenn das richtig wäre, müßte man diejenigen, die es ausgehandelt haben, der Inkonsequenz bezichtigen, eine Weltwährung ohne Weltzentralbank geschaffen zu haben. Bei näherem Zusehen zeigt es sich, daß dieser Vorwurf nicht gerechtfertigt ist. Das Abkommen folgt eindeutig der Maxime „jeder Notenbank ihre eigene Währung". Es sieht zwar feste und nicht flexible Wechselkurse vor. Aber die festen Kurse sind nicht als möglichst unveränderlich gedacht. Kursänderungen sind immer erlaubt, wenn die Zahlungsbilanz ein fundamentales Ungleichgewicht aufweist (Art. IV Abschnitt 5f) und zwar in der Richtung und in dem Maße, in dem sich auch flexible Kurse bewegen würden.

Das Abkommen hat also nicht ein System unveränderlich fester Kurse, sondern die sog. „Stufenflexibilität" geschaffen durch genaue Regeln für die Neufestsetzung einzelner Kurse, sobald ein Bedürfnis danach besteht. Es hat damit die nationalen Währungen einer national bestimmten Steuerung überlassen, also auf die Schaffung einer Quasi-Weltwährung durch starre Kurse verzichtet. Konsequenterweise enthält es das Verbot, Wechselkursänderungen wegen einer vorausgegangenen nationalen Politik, die ein Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz verursacht hat, zu verhindern (Art. IV Abschnitt 5f). Das Abkommen ermöglicht also auch eine solche nationale Steuerung der Währung, die auf internationale Zusammenhänge keine Rücksicht nimmt und dadurch zu Ungleichgewichten der Zahlungsbilanz führt, die zu Auf- oder Abwertungen nötigen. Die nationalen Währungsbehörden können sich verhalten, als ob ganz flexible Wechselkurse bestünden. Sie können konjunkturgerechte Geldwertpolitik betreiben.

De jure besteht also das oben geschilderte Problem einer Weltwährung ohne Weltzentralbank nicht. De facto müssen wir aber ständig mit ihm und den leidigen Konsequenzen seiner Ungelöstheit leben. Denn der Weltöffentlichkeit ist die seit Bretton Woods bestehende Rechtslage nicht bewußt. Sie drängt auf Zementierung der Wechselkurse, sieht in jeder Auf- und Abwertung einen Sündenfall und fordert, Länder, die eine Währungspolitik treiben, die Ungleichgewichte der Zahlungsbilanz zur Folge hat, an die internationale Kandare zu

nehmen. Das währungspolitische Umdenken von festen zu flexiblen Wechselkursen hat noch nicht überall stattgefunden. Es ist noch zu leisten.

Die Bundesrepublik hat jetzt ein zweitesmal freie Wechselkurse als Übergangsmaßnahme eingeführt. Diesmal von vornherein für eine längere Zeit als im Herbst 1969. Starke politische Kräfte drängen darauf, sie dauernd beizubehalten. Ob das politisch durchsetzbar sein wird, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie rasch die Weltöffentlichkeit lernen wird, in den währungspolitischen Fragen umzudenken. Mehr als viele Worte und noch so anschauliche Darstellungen der Problematik fester Wechselkurse ohne Weltzentralbank wird die politische Bewährung freier Wechselkurse bewirken. Wenn sie in der Lage sind, Krisen zu überwinden, die bei festen Wechselkursen entstanden sind, werden sich schließlich viele davon überzeugen lassen, daß sie solche Krisen auch auf Dauer vermeiden helfen könnten.

Es scheint bei konsequent freiheitlicher Wirtschaftspolitik möglich, einen Dirigismus nach dem anderen abzubauen. Der Wiedergewinnung der Freiheit der Binnenmärkte folgte die Liberalisierung des Außenhandels durch den Abbau der Zölle und Kontingente. Parallel mit der Befreiung der Warenmärkte ging – oft mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – die Befreiung der Geld- und Kapitalmärkte bis hin zur Freigabe der Zinsen und zur freien Konvertibilität. Je umfassender der wiedergewonnene Freiheitsraum umso deutlicher werden bestimmte verbliebene Dirigismen empfunden, z.B. zur Zeit die starren Wechselkurse. Wenn es bei freien Wechselkursen auf Dauer bleibt, werden andere noch verbliebene Dirigismen deutlicher als bisher in ihren schädlichen Wirkungen erkennbar werden. Insbesondere ist damit zu rechnen, daß die Couponsteuer für ausländische Kapitalanleger bald wieder heftig angegriffen werden wird.

Mittelfristig wird jedoch ein weit schwierigeres Problem zum Bewußtsein der wirtschaftspolitisch interessierten Öffentlichkeit kommen: In den Bewegungen der freien Wechselkurse wird sich die Einflußnahme spiegeln, die die nationalen Notenbanken auf das Zinsniveau in ihren Ländern nehmen. Das internationale Kapital wird mindestens so stark wie bisher in die Länder mit relativ höheren Zinsen strömen. Zwar wird die Änderungsrate der freien Wechselkurse die Zinsdifferenzen zwischen den Ländern zum Teil kompensieren, aber indem sie dies tut, entfernt sich der Wechselkurs von der Kaufkraftparität. Das bedeutet, daß die Geld- und Kapitalströme keine rein „nominelle" Angelegenheit bleiben – sie ziehen entsprechende Warenströme nach sich. Das ist neu! Bei festen Wechselkursen bewirkte ein Kapitalimportüberschuß einen Zahlungsbilanzüberschuß und damit war Schluß. Freie Wechselkurse führen zum automatischen Zahlungsbilanzausgleich, d.h. der Kapitalimportüberschuß (Dollarangebot) wird durch Verbilligung ausländischer Waren (Aufwertungseffekt) und entsprechende Warenimportüberschüsse eine güterwirtschaftliche „Realität". Differenzen der nationalen Zinsniveaus haben Auf- bzw. Abwertungseffekte.

Die langjährige kanadische Praxis freier Wechselkurse ist daran zugrunde gegangen, daß man nach der Freigabe der Wechselkurse nicht den nächsten Schritt schaffte: das Zinsniveau den Marktkräften zu überlassen. Nach den Regeln traditioneller Notenbankpolitik strebte Kanada mit hohen Diskontsätzen nach einem stabilen Geldwert. Es erreichte dieses Ziel um den Preis einer stagnierenden Konjunktur und drückender Kapital- und Warenimporte. Die in ihrer Entfaltung gehinderten kanadischen Firmen wurden von US-Kapitalisten billigst aufgekauft.

Freie Wechselkurse werden eine nationale Steuerung des Geldwertes und der Konjunktur ermöglichen. Die Macht der Notenbank wird gewaltig steigen. Wenn sie den Einfluß, den ihr das heutige Notenbankinstrumentarium auf das Zinsniveau gibt, nutzt, dann wird jede Zinserhöhung nicht nur als solche konjunkturdämpfend wirken, sondern zugleich durch den sie begleitenden Aufwertungseffekt (Exportdrosselung und Importstimulierung). Umgekehrt wird jede Zinsniveau-Ermäßigung durch ihren Abwertungseffekt in ihrer konjunkturfördernden Wirkung verstärkt. Es kann daher für die Konjunktur sehr gefährlich werden, wenn die Notenbank ihren Einfluß auf das Zinsniveau zur Stabilisierung des Geldwertes nutzen wollte. Der Konflikt zwischen Geldwert- und Vollbeschäftigungspolitik wird jedenfalls sehr deutlich werden, nachdem freie Wechselkurse einen automatischen Zahlungsbilanzausgleich bewirken.

Man darf gespannt sein, wie rasch die Beseitigung des magischen Dreiecks durch Übergabe eines Eckpunktes (Zahlungsbilanzausgleich) an die Marktkräfte und die dadurch bewirkte (verbliebene) Polarität von Geldwert- und Vollbeschäftigungspolitik allgemein ins wirtschaftspolitische Bewußtsein rücken wird.

Mitbestimmung am Arbeitsplatz*)

Karl Leitl

Wenn wir die Ansprache von Diplomingenieur Karl Leitl, Linz, vor den Mitarbeitern der Bauhütte Leitl-Werke Linz, anläßlich der Unterzeichnung des Partnerschafts-Vermögensvertrages am 27. Juni 1970 an dieser Stelle abdrucken, so soll an diesem Partnerschaftsmodell* die Problematik des Arbeitsverhältnisses aufgezeigt werden, wie sie in unserer Wirtschaftsordnung bis heute besteht.

„Die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit ist das Leitmotiv unserer Partnerschaft", so steht es als Motto über dem Mitteilungsblatt III/1970 der Leitl-Werke. Dieser Satz zeigt mit aller Deutlichkeit, daß es heute noch immer gleichsam eines moralischen Kraftaktes von Seiten des Kapitaleigners bedarf, um das traditionelle Lohnverhältnis in ein Beteiligungsverhältnis umzuwandeln. Der gleichberechtigte Anspruch von Kapital und Arbeit am Betriebsergebnis liegt hier dem Partnerschaftsvertrag zugrunde. Ein solcher „Anspruch" des Kapitals wird solange auch im Partnerschaftsbetrieb Anerkennung finden, als das Kapital aufgrund seiner relativen Knappheit neben der Arbeit gleichrangig zu den Produktionsfaktoren gerechnet wird.

1) Vortrag von Dipl. Ing. Karl Leitl, Inhaber der Bauhütte, anläßlich der Unterzeichnung des Partnerschafts-Vermögensbeteiligungsvertrags am 27. Juni 1970. Abdruck erfolgt mit frdl. Genehmigung der Bauhütte Leit-Werke, Linz/Donau.

*) **Literatur:**

Robert S. Hartmann,
„Die Partnerschaft von Kapital und Arbeit", Westdeutscher Verlag, Köln/Opladen 1958.

H. H. Vogel,
„Jenseits von Macht und Anarchie", Westdeutscher Verlag Köln/Opladen, zweite Auflage 1970, S. 58 ff.

H. H. Vogel,
„Das Arbeitsverhältnis als betrieblich-ökonomisches sozialrechtliches und ordnungspolitisches Problem", *Fragen der Freiheit,* Heft Nr. 32.

E. Behrens,
„Partnerschaft – Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses", *Fragen der Freiheit,* Heft Nr. 28.

E. Behrens,
„Mitbestimmung und Marktwirtschaft", *Fragen der Freiheit,* Heft Nr. 86/1971.

AGP-Mitteilungen,
Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V., Hilden/Rhld., Postfach 125.

Der Partnerschaftsbeteiligungsvertrag der Bauhütte Leitl-Werke, Linz, zeigt andererseits, als ein Beispiel von vielen Partnerschaftsverträgen, wie trotzdem heute schon – auch ohne grundlegende Korrektur unserer traditionellen Boden- und Währungsordnung** – der Interessengegensatz zwischen Kapitaleigner und Arbeiterschaft wenigstens gemildert werden kann. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß ähnliche partnerschaftliche Regelungen der Zusammenarbeit im Betrieb an Aktualität und Realität gewinnen werden, wenn es gelingt, den Zustand der Vollbeschäftigung auf die Dauer zu erhalten. Der Leitl-Vertrag ist weiterhin ein konkretes Modell für eine sachgemäße Anwendung der Mitbestimmung. Der Beteiligungsvertrag tastet die Dispositionsrechte der Unternehmensleitung in keiner Weise an. „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" ist neben der vereinbarten finanziellen Beteiligung wesentlicher Inhalt des Vertrages. Die Mitarbeiter sind keine Arbeitnehmer und Lohnempfänger im herkömmlichen Sinne mehr, sondern Gesellschafter mit vertraglich vereinbarter gegenseitiger Leistungsverpflichtung. Wenn auch Partnerschaft ein wichtiger Schritt einzelner Betriebe auf dem Wege zur Überwindung der sozialen Gegensätze von Kapitalinteresse und Arbeit bedeutet, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Grundfragen unserer Wirtschaftsordnung, die mit dem Boden- und Geldrecht zusammenhängen, damit noch nicht gelöst sind.

HHV

Im Dezember 1968 haben wir eine Betriebsversammlung abgehalten, bei der ich sagte, es sei ein historischer Tag, weil ich Euch damals die Mitbeteiligung angeboten habe. Heute, nach eineinhalb Jahren, haben wir dieses damalige Projekt realisiert und perfekt gemacht. Ich glaube, es ist auch heute wieder ein historischer Tag für unsere Firma, denn nun seid Ihr Gesellschafter geworden. Ich glaube auch, daß es keine überhebliche Geschwätzigkeit ist, wenn ich sage, daß dieser Tag auch für die österreichische Volkswirtschaft einmal ein historischer Tag sein kann: Zum ersten Mal wurde in Österreich Mitarbeitern von einem Privatbetrieb Anteile übereignet und eine Beteiligung in dieser Form verwirklicht.

Wir haben die Erfolgsbeteiligung seit 15 Jahren praktiziert und haben etwa neun Millionen Schilling an Erfolgsbeteiligungsbeträgen ausgeschüttet, aber wir haben zwei schwache Punkte bei dieser Erfolgsbeteiligung festgestellt: Der erste schwache Punkt ist die Tatsache, daß die Liquidität eines Betriebes durch

**) *Fragen der Freiheit*,
„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus", Heft Nr. 87/88, April 1971.

E. Behrens,
„Lösung der Bodenfrage im Sinne des Privateigentums und der sozialen Marktwirtschaft", *Fragen der Freiheit* Heft Nr. 38.

E. Behrens,
„Über schleichende Inflation und Konjunkturstabilität durch leichte Inflation", *Fragen der Freiheit* Heft Nr. 73/74 und Nr. 75.

die Ausschüttung von Gewinnen leidet und damit das Investieren, der technische Fortschritt, der uns so sehr am Herzen liegt, darunter auch leiden kann. Der zweite Nachteil liegt darin, daß die stillen Reserven, von denen Herr Renk auch schon gesprochen hat, bei der Erfolgsbeteiligung nicht Berücksichtigung finden konnten. Deshalb haben wir zur arbeitsrechtlichen Form der Erfolgsbeteiligung jetzt zusätzlich noch die gesellschaftsrechtliche Form des Eigentums geschaffen, und ich kann erfreut melden, daß sich über zwei Drittel der Mitarbeiter auf freiwilliger Basis bereit erklärt haben, über 8 Millionen S in den Betrieb einzubringen. Es sind dies 208 Mitarbeiter, die bisher größtenteils nur Eigentum mit Gebrauchswert, das Nutzungskosten verursacht hat, besaßen, zum Beispiel ein Haus oder ein Auto; jetzt haben Sie alle Eigentum ohne Gebrauchswert, das aber einen Ertrag abwirft. *Das ist für die meisten von Euch* etwas völlig Neues.

Ich bin restlos davon überzeugt, daß das Privateigentum der Arbeitnehmer etwas sozial Wertvolles ist. Denn erstens werden aus den Wirtschaftsuntertanen echte Wirtschaftsbürger: Das Eigentum hebt den Arbeitnehmer aus dem kollektiven Denken heraus. Zum zweiten wird die Ungerechtigkeit der Güterverteilung dieser Welt zumindest etwas gemindert, wenn auch nicht beseitigt. Und zum dritten: Der Arbeitnehmer hat künftig einen größeren Rückhalt, sodaß sich damit die Gefahr mindert, daß er bereit ist, seine Freiheit für Sicherheit einzutauschen.

Die Gesellschaftspolitik ist sehr vielschichtig. Aber der Kern der sozialen Frage ist die Trennung des arbeitenden Menschen vom Eigentum. Sicherlich hat der Mißbrauch der Verfügungmacht über die in abhängiger Arbeit stehenden Menschen durch die Unternehmer, die auch Eigentümer waren oder die im Auftrag von Eigentümern handelten, noch mehr zu den sozialen Spannungen beigetragen. Aber der Abbau der wirtschaftlichen Macht, der schon in vielen Belangen erfolgt ist, ist zuwenig. Der Arbeitnehmer ist heute politisch frei, aber er ist weiterhin wirtschaftlich unfrei, wirtschaftlich in Abhängigkeit.

Ein Beispiel für den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht berichte ich immer aus dem eigenen Betrieb, um niemand anderem weh zu tun: Vor 75 Jahren hat das Gewerbeinspektorat in unserer Firma festgestellt, daß Kinder unter 12 Jahren täglich 16 Stunden arbeiten, von 3 Uhr früh bis 8 Uhr abends, mit einer Stunde Mittagspause. Wir können es uns heute nicht mehr vorstellen. Wir lesen in den Büchern über die Zustände in den englischen Bergwerken und glauben, daß wir besser waren. Es ist kein Vorwurf gegen meinen Großvater, denn ich hätte in der damaligen Zeit genauso gehandelt. Es war der Zeitgeist, der die Ursache war, daß der Marxismus zu dem werden konnte, was er heute in der Welt ist. Bei uns sind, Gott sei Dank, diese Zustände vorbei, aber die Situation bezüglich des Eigentums hat sich nicht gebessert. Es ist eher sogar das eingetreten, was Karl Marx bezüglich der Konzentration des Kapitals prophezeite. Zwar aus einem ganz anderen Grund, als er glaubte, denn es ist die techni-

sche Entwicklung, die diese Konzentration besonders begünstigt und nicht das Geld allein.

Ich möchte hinsichtlich des Eigentums wieder ein Beispiel aus unserem Betrieb sagen, um auch dabei keinem anderen Unternehmerkollegen auf die Zehen zu steigen: Wir hatten 1945 ein Kapital von S 100.000.–. Die Anteile bei einem Gesellschafterwechsel wurden auch mit diesem Betrag gehandelt, das heißt, das Kapital entsprach auch dem Verkehrswert. Wenn damals jemand S 100.000.– in bar besessen hätte, dann wären das heute mit Zins und Zinseszinsen und ohne Berücksichtigung der Abschöpfung anläßlich der Währungsreform etwa S 300.000.– also das Dreifache. Der Wert unserer Firma hat sich aber im gleichen Zeitraum auf mindestens das Dreihundertfache gesteigert. So groß kann das Risiko doch nicht sein, daß eine solche Steigerung gerechtfertigt ist. Und so tüchtig kann einer gar nicht sein, daß es gerechtfertigt ist, daß er in diesem ungleichen Ausmaß gegenüber anderen bevorzugt wird. Darum bin ich der Meinung, daß wir nicht warten sollten, bis Revolutionen diese Dinge ändern. Wir sollten selber etwas tun und diese Initiative muß von den Unternehmern ausgehen.

Ich habe bei Betriebsratssitzungen schon oft erläutert, daß die Erhaltung und Steigerung des Lebensstandards nur bei Wirtschaftswachstum möglich ist. Das Wirtschaftswachstum setzt aber Investitionen voraus und daher müssen Investitionen steuerlich begünstigt werden. Daher müssen zwangsläufig Vorteile für die Eigentümer an den Produktionsmitteln zu Tage treten. Das muß jede Regierung tun, die die Wirtschaft in Bewegung halten will, ob sie jetzt rot, schwarz, gelb oder blau ist. Es ist ein Problem, daß die Reichen selbst bei einem luxuriösen Lebenswandel nicht so viel Geld ausgeben könnten, als wenn man diese Gewinne auf die Masse aller Staatsbürger verteilen würde. Es ist notwendig, daß Aufklärung und Erziehung einsetzt, daß den neuen Gesellschaftern gesagt wird, daß ihre Gewinnanteile nicht nur für den Konsum da sein können, sondern daß sie teilweise wieder zur Vermehrung des Kapitals dienen müssen. Im Grunde sieht ja auch der Kapitalist die Geldanlage nicht als Selbstzweck an, aber es ist bei ihm eine langfristige Konsumperspektive, die er sich eben mit seinen Mitteln leisten kann; es sei denn, er hat schon so viel, daß der persönliche Konsum durch die Gewinne überhaupt nicht mehr beeinflußt wird.

Wir wissen, daß das Kapital seine Funktion hat und notwendig ist. Auch im kommunistischen Staat, dort besitzt es der Staat. Aber der Kapitalismus in der heutigen Form, in der heutigen Gesellschaftsordnung, in der eine Minderheit die Produktionsmittel besitzt und die Masse der Staatsbürger besitzlos gehalten wird, muß früher oder später scheitern und muß daher geändert werden. Wir wissen, daß es nicht besser wird, wenn der Staat als alleiniger Kapitalist auftritt. Das Ziel kann nur eine Gesellschaft von vielen privaten und freien Eigentümern sein. Ein Volk von Eigentümern sollte geschaffen werden, dann könnten wir Freiheit und Sicherheit unter einen Hut bringen.

Ich habe neulich gelesen, daß nur Arbeiten und Sparen das Kapital schafft und den Besitz vermehrt. Sparen sei wirtschaftlich und ethisch notwendig. Das sind schöne Worte. Es klingt aber wie ein Hohn, wenn dem Arbeiter nicht die Möglichkeit gegeben wird, das Geld so anzulegen, daß es in einer vernünftigen Relation zu dem Verzicht steht, den er natürlich auf sich nehmen muß, wenn er das Geld nicht ausgibt. Über dieses Problem wird sehr viel gesprochen, mehr noch im Ausland als bei uns, denn eigentlich sind wir in Österreich Armutschkerl, wenn wir die Kapitalballung in anderen Ländern betrachten. Wir haben in Österreich gar nicht so viele wirklich reiche Leute. Das ist aber noch lange kein Grund, nichts zu tun, denn auch bei uns besteht das Problem, wenn auch nicht in dem gleichen Maßstab als anderswo. „Was sind schon diese S. 40.000.-" wurde mir gesagt, die im Durchschnitt von den Mitarbeitern jetzt gezeichnet worden sind. Wenn man überlegt, daß es in Österreich 2 Millionen Arbeitnehmer gibt, dann wären es immerhin 80 Milliarden Schilling, die auf diese Weise in die Wirtschaft hineingepumpt werden könnten, fast ein Jahresbudget unseres Staates und fast so viel, als die Spareinlagen der Kreditinstitute in ganz Österreich.Wenn dann gleichzeitig die Produktivität gesteigert und die Verlustquellen gestopft würden, wie das bei einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Fall ist, dann könnte ohne Konsumverzicht und ohne Geldverdünnung das Wirtschaftswachstum gesichert werden.

Daß man sich im Ausland sehr mit diesem Problem befaßt, beweisen zwei Beispiele aus unserem Nachbarland Deutschland. Im Jahre 1953 hat die CDU in einem neuen Parteiprogramm erklärt, daß „die Verbindung von Mitbestimmung und Miteigentum die beste Verwirklichung des machtverteilenden Prinzips in der Wirtschaft" ist. Sehr schön gesagt, geschehen ist inzwischen aber nichts. Professor Carlo Schmid hat als Sprecher des SPD-Vorstandes gesagt: „Wir sind der Überzeugung, daß ein Mensch im allgemeinen die volle sittliche Verantwortung für seine Existenz auf die Dauer nur tragen kann, wenn er über so viel Privateigentum verfügt, daß er imstande ist, auch jemandem gegenüber nein zu sagen, von dem er wirtschaftlich abhängt." Dieses „nicht nein sagen können" finde ich eine sehr treffende Formulierung für das, was ich „in Abhängigkeit stehen" nannte.

In Österreich sehe ich im Augenblick in keiner Partei den Trend zu einer neuen Eigentumspolitik. Wenn ich Wünsche formuliere, so verstehe ich das nicht so, daß wir auch zu denen gehören, die nur einseitig vom Staat immer verlangen und nicht bereit sind, auch etwas zu geben. Wir wollen auch kein Zwangsgesetz, aber wir könnten uns vorstellen, daß die Eigentumsbildung gefördert wird, so wie es in anderen Ländern schon der Fall ist. Wir könnten uns weiter vorstellen, daß solche Verträge durch ein Rahmengesetz begünstigt werden, daß der Staat Vorsorge trifft, daß verschiedene Gesetze geändert werden, die Beteiligungsverträge erschweren. Nach der Mühe, die wir hatten, um unseren Vertrag zu erstellen, ist mir klar, daß vielbeschäftigte Unternehmer eher abwarten.

Ich bin allerdings schon etwas skeptisch, daß Förderungsmaßnahmen allein einen Wandel schaffen. Sie sehen auch im Ausland, wo es solche Förderungsgesetze gibt, daß auch keine eigentliche Umschichtung des Vermögens erfolgt ist und der Vermögenszuwachs bei den Reichen immer noch anhält. Vielleicht genügt es nicht zu fördern, und vielleicht muß die Vermögensbildung in den Industriestaaten so kommen wie früher einmal die Schulpflicht. Die Bildung war ja auch durch Jahrhunderte das Monopol der Reichen. Erst die Schulpflicht führte zum Erfolg. Das Privateigentum hat ebenso wie die Beseitigung des Analphabetentums doch ganz bestimmt einen hohen gesellschaftlichen Wert. Und daher hat der Staat nicht nur die Pflicht, den Erwerb zu fördern, sondern auch das Recht, verpflichtende gesetzliche Maßnahmen diesbezüglich zu treffen. Man darf nicht schreien, daß ich gegen die Freiheit bin. Denken wir an die Sozialversicherung, die ist auch eine Zwangseinrichtung, und wer könnte sich vorstellen, daß ein fortschrittlicher Industriestaat ohne eine solche auskommt.

Meine Gesellschafter, ich bin mir bewußt, daß unsere Aktion kritisiert wird und zwar von den verschiedensten Seiten; aber ich bin mir ebenso bewußt, daß jeder, der aus der Reihe tanzt und der sich ins Rampenlicht stellt, es sich gefallen lassen muß, kritisiert zu werden. Ich will nun einige Gegenargumente erwähnen, die sicher vorgebracht werden, damit Ihr Euch darauf vorbereiten könnt:

Zunächst möchte ich feststellen, daß es selbstverständlich zu Miteigentum nicht dadurch kommen soll, indem man Eigentum anderen wegnimmt. In der Umverteilung besteht die Gefahr einer Lähmung der Unternehmerinitiative, die wir so dringend brauchen. Wir haben bei unserer Beteiligung niemandem etwas genommen, denn wir wollen nicht die Reichen arm, sondern die Armen reich machen. Dennoch weiß ich, daß auch unser Modell von Unternehmern mit der Begründung beanstandet wird, daß auch die Belastung der zukünftigen Erträge eine Wegnahme des Vermögens ist. In einer Diskussion hat kürzlich ein Unternehmer erklärt: „Man will privates Eigentum durch einen Anschlag auf das Eigentum begründen. Wenn man daher die bestehende Eigentumsordnung verteidigt, muß man gegen solche Pläne sein." Meine Damen und Herren, ich bin der gegenteiligen Meinung. Um das Eigentum zu verteidigen, muß man es auf eine ganz breite Basis stellen. Man muß eine Gesellschaft von Eigentümern schaffen, denn wer wird sonst noch bereit sein, für einige Wenige, die Eigentum besitzen, auf die Barrikaden zu steigen. Natürlich ist nach den bisherigen Rechtsnormen nur dem Kapital der Gewinn zugestanden. Aber Rechtsnormen sind auch wandlungsfähig. Und da das Eigentum verpflichtet, wie wir wissen, wie es sogar im deutschen Grundgesetz steht, müssen diese Rechtsnormen der geänderten Welt angepaßt werden. Selbst die Kirche ist so weit, daß sie das Eigentum, das früher als Offenbarung und Naturrecht gegolten hat, in Frage stellt.

Ein weiterer Einwand wird der sein, daß Eigentum für den Klassenkampf eine immer geringere Rolle spielt, viel wichtiger sei der Einkommensunterschied. Ich brauche nur auf das Beispiel von unserem Betrieb verweisen, dann sieht man, wie Eigentum und Einkommen zusammenhängen. Karl Renner hat in einem Buch geschrieben „Eigentum wurde Fremdtum" und er hat damit das Eigentum schon als abgetane Sache gesehen. Es ist richtig, daß sehr viele Menschen heute eigentlich nur mehr Wert auf das Einkommen und nicht auf den Besitz legen. Aber das ist der Beweis, wie sehr die Menschen schon Lohnsklaven wurden, auch wenn sie sehr viel verdienen. Wer wirtschaftlich frei ist, der denkt in Begriffen des Eigentums. Das Eigentum soll nur das Produkt des Eigentums sein.

Arbeitgeberverbände sagen – nicht zu unserem Vertrag, der wurde positiv beurteilt – aber prinzipiell zu diesem Thema, daß sie die Furcht haben, es könne alles nur auf Kosten der Unternehmer gehen. Natürlich wäre es falsch, wenn es nur einen Gebenden gäbe. Aber es wird völlig vergessen, daß bei der Beteiligung der Kuchen größer wird, der zu verteilen ist. Die Logik der Addition, daß keiner auf Kosten des anderen etwas gewinnen kann, muß endlich erkannt werden. Wer für sich sorgt, sorgt letztlich auch für seinen Betrieb und sorgt auch für seine Mitmenschen, auf dem Umweg über die Steuern. Aber zuerst muß ein Leistungsanreiz gegebenwerden, um alle Reserven zu wecken. Durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit soll rascher Vermögen neu geschaffen werden, aber dieses neu geschaffene Vermögen kann doch nicht dem Alteigentümer allein zufallen. Hier liegt die Wechselwirkung und der Ansporn zur besseren Arbeitsleistung. Diese Wechselwirkung kann auf Dauer nur dann erhalten werden, wenn sie auch eine materielle Auswirkung für den einzelnen bringt. Denn kein Unternehmer ist bereit, aus Liebe zur Volkswirtschaft allein etwas zu tun. Wieso kann man dies aber von einem Arbeitnehmer erwarten? Ich hörte schon sagen, die Beteiligung sei nur in manchen Branchen möglich, und Außenstehende glauben, den Ziegelwerken ginge es noch so wie in den Nachkriegsjahren. Jeder Kenner weiß, daß wir keine Wachstumsbranche sind und daß die Verhältnisse der Ziegler nicht rosig sind. Maßstab dafür ist die Tatsache, daß in den letzten fünf Jahren ein Viertel der Betriebe in Österreich zugesperrt hat.

Ein weiterer kritischer Einwand wird kommen: Diese Gelder sind nicht frei verfügbar. Man kann die Beteiligung nicht jederzeit an jedermann verkaufen. Dazu ist zu sagen, daß in vielen normalen Gesellschaftsverträgen eine solche Klausel zum Schutz der Firma enthalten ist. Bei uns ist sie überdies moralisch durch den begünstigten Ankauf berechtigt. Nach unserem Vertrag besteht ohnedies die Möglichkeit, daß jährlich gekündigt wird; dann allerdings mit Verzicht auf die Wertsicherung beziehungsweise auf die stillen Reserven. Wir müssen die Masse der Vermögenslosen an den Besitz erst gewöhnen. Es wird oft gesagt, der Arbeitnehmer müßte selber entscheiden können, in welcher Firma er sein Geld anlegt. Wie soll er beurteilen können, welche Aktien er kaufen soll. Er

sitzt dann meist irgendwelchen Spekulanten auf. Es wird weiters gesagt, daß das Risiko bei Beteiligung doppelt so groß ist. Der Arbeitnehmer kann, wenn der Unternehmer Pleite macht, den Arbeitsplatz im eigenen Betrieb und sein Geld verlieren. Das ist richtig. Aber wo viel Licht ist, ist auch Schatten. Wir können immer nur von den Übeln das kleinere wählen. Immer wieder wird auch in der wissenschaftlichen Lehre festgestellt, daß die personenbezogene Kapitalbeteiligung am eigenen Betrieb einem überbetrieblich verwalteten Miteigentum vorzuziehen ist.

Es ist nicht richtig, daß die Arbeitnehmer interesselos bezüglich dem Erwerb von Eigentum sind. Vielleicht solange sie in Unkenntnis der Zusammenhänge sind. Es war für mich hochinteressant, ich habe es als einen Rest gesehen, wie weit die Bereitschaft bei uns vorhanden ist. Sicher habe ich vielfach eine Unentschlossenheit festgestellt. In den vielen Gesprächen, die ich in den vergangenen Wochen mit den einzelnen Gruppen geführt habe, habe ich gesehen, daß die Chancen noch nicht richtig erkannt werden. Ich mußte Sie ja auch auf das Risiko aufmerksam machen, das damit verbunden ist. Aber von einer Interesselosigkeit konnte man nicht reden, nur in ganz wenigen Fällen erfolgte die Ablehnung der Beteiligung aus mangelndem Interesse. Der Großteil des fehlenden Drittels der Mitarbeiter schafft sich Eigentum für den persönlichen Gebrauch oder ist deswegen noch so verschuldet, daß es völlig ausgeschlossen war, jetzt eine Beteiligung zu kaufen. Es ist aber falsch, daß der Wille zum Eigentum fehlt.

Nun die Argumente der anderen Seite, der Nichtunternehmer. Für den echten Marxisten ist das Privateigentum am Produktionsmittel, das ja durch die Einrichtung des Miteigentums in breiter Streuung neu geschaffen werden soll, natürlich etwas Böses, er sieht darin ja die Erbsünde unserer Gesellschaftsordnung. Aber wir wollen keine spätkapitalistische Erscheinungsform sein oder ein kapitalistisches Feigenblatt, und wir wissen, daß uns die Vorwürfe von dieser Seite nicht erschüttern können. Wenn man uns sagt, daß nach Karl Marx der Gewinn ein vorenthaltener Lohn sei, und es eigentlich eine Frechheit ist, daß wir in Form der Beteiligung mit diesem vorenthaltenen Lohn Gnaden austeilen, dann kann ich diesen Herren nur sagen, sie sollen dort hinschauen, wo diese Ideen von Karl Marx verwirklicht sind, sie sollen sich in der Praxis den Erfolg dieser Philosophie anschauen. Mich wundert nur der Mut, mit dem man immer wieder in Diskussionen auftritt. Der Marxismus hat sicher für die Vergangenheit in der Überwindung der Zustände, die ich anfangs geschildert habe, ein historisches Verdienst, aber wie kann man glauben, mit diesen Ideen den Menschen in der Zukunft noch zum Glück zu verhelfen, da Polizei und Panzer notwendig sind, um die Bevölkerung in „Arbeiterparadiesen" zu zwingen, die Zustände nicht zu ändern.

Es wird als negativ für die Beteiligung auch die darunter leidende Mobilität der Arbeitnehmer angeführt, die gefährdete Freizügigkeit durch das gesteigerte Interesse am Betrieb. Ich glaube, daß die Mobilität viel mehr durch den Bau

von Eigenheimen leidet, aber auch durch die Begünstigungen bei langer Dienstzeit, die auch gesetzlich in Urlaubs- und Abfertigungsansprüchen verankert sind, sodaß die Einbuße an Mobilität, die wir vielleicht jetzt verursachen, dagegen gering ist.

Es wurde mir auch entgegengehalten, daß eine Ungerechtigkeit enthalten ist, weil Branchen verschiedener Ertragslagen verschiedene Gewinne haben; und daß sich beispielsweise Krankenschwestern und Gemeindesekretäre nicht an ihrem Arbeitsplatz beteiligen können. Ja, da müßte man auch fragen, ob es ein Unrecht ist, in welcher Gegend man geboren wird oder ob es Unrecht ist, daß einem der liebe Gott mehr oder weniger Geistesgaben mitgegeben hat. Es wurde beanstandet, daß es ein Unrecht ist, daß wir mit S 30.000.–, S 60.000.– und S 90.000.– Anteile angeboten haben. Es ist eigenartig, daß die Perfektion der Gerechtigkeit gerade dann immer verlangt wird, wenn jemand versucht, die ersten Schritte auf dem Wege zu einer besseren Gerechtigkeit zu gehen.

Außenstehende haben eine echte Beteiligung am Vermögen, nicht in der Form der Unterbeteiligung verlangt. Es ist richtig, daß man die Unterbeteiligung im weiteren Sinne als eine Forderung, als ein Darlehen sehen kann, aber wir wissen ja, daß unser Vertrag kein Ideal ist, kein Endziel. Wir wissen auch, daß wir noch ungleiche Partner sind, aber wir sind Partner und keine Feinde, und ich glaube, daß es darauf ankommt.

Auch ich möchte die Wandlung des Lohn-Arbeitsverhältnisses zu einer vollkommenen Partnerschaft zwischen Unternehmer und Mitarbeiter herbeiführen. Während in Kapitalgesellschaften nur das eingebrachte Geld für die Beteiligung maßgeblich ist, gibt es in Personengesellschaften die Möglichkeit, die Beteiligung durch Einbringung der Arbeitskraft zu erfüllen. Es wäre eine vollkommene Partnerschaft, wenn statt dem Anspruch auf Lohnzahlung für den Vollgesellschafter ein Mindestentnahmerecht bestehen würde. Aber es wäre bei der heutigen arbeitsrechtlichen, steuerrechtlichen und handelsrechtlichen Situation vollkommen unmöglich, ein solches Modell zu realisieren, auch wenn die Bereitschaft dazu da wäre. Nell-Breuning, der berühmte Jesuitenpater, hat einmal gesagt, daß der Lohnarbeitsbetrieb vom Eigentum her aufgebaut ist, das Partnerschaftsunternehmen jedoch auf das Eigentum hin. Und auf diesem Weg befinden wir uns. Vielleicht kommt einmal die Zeit mit einer Wirtschaftsordnung, in der jeder wieder seine eigenen Arbeitsmittel mitbringt, so wie es früher in jedem Handwerk der Fall gewesen ist. Heute noch bringen viele Bauhandwerker ihr Werkzeug selbst mit. Natürlich ist es nicht denkbar, daß einer mit der Ziegelpresse oder dem Betonmischer im Rucksack anmarschiert, aber sein Geld sind dann seine Arbeitsmittel, mit denen er in eine Firma eintreten und mit denen er Mitglied einer arbeitsteiligen Gemeinschaft werden kann.

Diese Gemeinschaft dient dann nicht der Wohl*fahrt*, sondern sie schreibt den Wohl*stand* groß. Es geht nicht darum, daß wir Minikapitalisten schaffen,

wie das mitunter gesagt wird, sondern wir möchten den Arbeitnehmer vom abhängigen desinteressierten Konsumbürger zum unabhängigen mitverantwortlichen Wirtschaftsbürger machen. Darum glauben wir, daß unser Modell nicht eine neue ideologische oder ökonomische Erscheinung des Kapitalismus ist, sondern daß es den Ansatzpunkt einer echten Alternative zwischen Kapitalismus und Kommunismus darstellt.

Unsere Bestrebungen sind kein sozialpolitisches Hobby, als das sie oft gesehen werden. Schon die Erfolgsbeteiligung war das nicht. Wir alle haben darin immer eine Leistungsgemeinschaft gesehen und nicht eine sozialromantische Fürsorgeeinrichtung. Ich fördere das Privateigentum auch aus der Überzeugung, daß es ein wirtschaftlich gesunder Weg ist. Ich spreche das ganz offen aus. So wie die Erfolgsbeteiligung kein Geschenk, sondern nur ein Teil der Gewinne war, die durch Euer Mitwirken, durch Euer großes Interesse größer wurden, genauso ist die Vermögensbeteiligung auch für mich ein Vorteil. Vor allem ist es die verstärkte Eigenkapitalbildung, denn ich sehe die Einlagen der Mitarbeiter nicht als Schulden an. Ich glaube, daß es in Österreich sehr viele Betriebe gibt, die eine zu kurze Kapitaldecke haben und daß es ein sehr positiver Weg wäre, wenigstens nur einige von den möglichen 80 Milliarden, von denen ich vorher gesprochen habe, in dieser Form zu mobilisieren.

Ich habe den Kauf Eurer Anteile begünstigt, aber ich habe Euch nichts geschenkt. Ich will Euch auch nichts schenken, weil ich weiß, daß geschenktes Eigentum nur halbes Eigentum ist. Die Wertschätzung des hart Erarbeiteten ist nun einmal ein Wesensmerkmal des Privateigentums. Es durch harte Arbeit zu etwas bringen, ist auch eine charakterliche Leistung. Peter Hebel hat einmal sehr schön gesagt: „Adam hat das Paradies verloren, weil es ihm geschenkt wurde".

Denken wir an die Unruhen in unserer Zeit, denken wir daran, wie es in unserer Jugend gärt, trotz bester materieller Voraussetzungen. Trotzdem es der Jugend blendend geht, ist sie unzufrieden wie noch nie. Geben wir mit diesem Modell eine Lösung? Ich weiß es nicht. Ich glaube aber an die Möglichkeit, daß wir das wachsende allgemeine Unbehagen zumindestens auf dem wirtschaftlichen Sektor in eine positive Bahn lenken.

Wir probieren es, auch wenn viele von der Unternehmerseite meinen, wir sind viel zu weit gegangen, und andere von der Arbeitnehmerseite, daß wir viel zu wenig gemacht haben. Ein Urteil wird erst in einigen Jahren über das gefällt werden, was wir heute beginnen.

Inzwischen wollen wir aber arbeiten, wollen dienen, um zu verdienen. Wir wollen auch Egoisten sein, denn ein gesunder Egoismus ist nun einmal die Triebfeder für den Erfolg. Und wir brauchen den Erfolg, um den anderen die Richtigkeit unseres Weges so wie bisher beweisen zu können. Ihr müßt Euch bewußt sein, daß Ihr jetzt auch Risiko und Verantwortung tragt; Verantwortung mit

dieser Beteiligung gegenüber Euch selbst, gegenüber Eurer Familie, gegenüber dem Betrieb, gegenüber der Heimat und dem Staat.

Ihr habt wahrscheinlich noch mehr Vertrauen als Mut bewiesen. Vertrauen zu mir und dafür muß ich Euch danken. Aber auch Vertrauen in unsere Zukunft. Ich weiß, daß Ihr, zum Teil zumindest, überfordert seid mit dieser Beteiligung, daß es manche gerne gesehen hätten, wenn wir noch etwas zugewartet hätten mit dieser Aktion, aber es mußte der Anfang gemacht werden.

Meine Gesellschafter! Unternehmer sein heißt, sich in einer Welt voll Unsicherheit wohlfühlen. Ihr seid jetzt Mitunternehmer geworden, aber wir sind ja viele und alle mit dem gleichen Ziel. Helft mit, jeder auf seinem Platz. Den Tüchtigen gehört die Welt!

Zeitkommentare

Kritischer Frühling 1971 – Betrachtungen zur Währungskrise

Die Überschwemmung der Bundesrepublik mit Dollars, die sich bereits seit dem vergangenen Winter abzeichnete, die aber nun im Frühjahr immer hektischere Formen annahm und die infolge der Konvertierung der Dollar in D-Mark zu einer schweren Inflationskrise in der Bundesrepublik zu führen droht, hat die Bundesbank wie die Bundesregierung dazu gezwungen, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen – das heißt also Maßnahmen, die die Dollarflut umkehren sollen, ohne daß dadurch jedoch wirtschaftliche Stagnation oder gar eine Wirtschaftskrise eintritt; sowie Maßnahmen, die weder die Fortentwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stören noch das Atlantische Bündnis beeinträchtigen sollen. Um diese „geeigneten Gegenmaßnahmen" geht es hier also.

Die Fragen, die hier zu klären wären, sind demnach:

1) woher rührt die Dollarschwemme?

2) mit welchen Mitteln kann die Inflation bekämpft werden?

3) welche dieser Mittel sind politisch vertretbar?

Das bestehende, zu Kriegsende in Bretton Woods aus der Taufe gehobene Währungssystem der westlichen Welt ist in erster Linie dadurch gekennzeichnet, daß in ihm der Dollar als „Leitwährung" die entscheidende Rolle spielt. Alle übrigen Währungen dieses Systems sind zunächst einmal prinzipiell zu bestimmten festen Wechselkursen an den Dollar gebunden. Der Dollar seinerseits ist in unveränderlicher fester Parität an das Gold gebunden: eine Unze (= ca. 28 Gramm) Gold = 35 $. Ganz gleich, wie die Wirtschaft der Welt sich im ganzen wie in den einzelnen Ländern entwickelt hat und entwickelt; ganz gleich auch, welche wirtschafts- und währungspolitischen Maßnahmen in diesen einzelnen Ländern ergriffen worden sind und ergriffen werden sollen, und ganz gleich schließlich, in welchem Verhältnis sich die Goldproduktion zum wirtschaftlichen Wachstum in diesem geradezu unendlich vielgestaltigen Gebiet entwickelt – das Gold : Dollar-Verhältnis (wenn auch inzwischen durch Suspendierung der Goldeinlösungspflicht nur noch rein fiktiv) bleibt davon unberührt, und das Verhältnis des Dollars zu allen anderen angeschlossenen Währungen soll ebenfalls möglichst unverändert bleiben. Zugegeben: es sind für den Fall starken Ungleichgewichts zwischen einzelnen Währungen Wechselkursänderungen vorgesehen; es sind für den laufenden Währungsverkehr schmale Wechselkursbandbreiten eingerichtet; es besteht sogar unter Umständen die Möglichkeit der Ablösung eines festen Wechselkurses durch frei bewegliche Wechselkurse (Beispiel Kanada) – dennoch: Hauptkennzeichen des Bretton Woods-Systems ist eine ungeheure, fast lebensfremde Starrheit, die lediglich der eine Partner, der die Leitwährung stellt, die USA, völlig frei, nach seinen Bedürfnissen, zu überwinden vermag. Alle anderen aber, zumal diejenigen, die von den USA politisch, militärisch, wirtschaftlich abhängig sind, sind in der fatalen Lage, sich den Wünschen des Leitwährungspartners fügen zu müssen.

Von den wirtschafts- und währungspolitischen Maßnahmen der USA ist also die ganze westliche Welt weitestgehend abhängig. Was immer einzelne Länder für eine

Wirtschafts- und Konjunktur- und demzufolge Währungspolitik betreiben wollen, die Maßnahmen des Wirtschaftsriesen USA beeinträchtigen, ja überspielen diese in jedem Falle. Treiben die USA zwecks Herbeiführung eines relativ stabilen Preisniveaus etwa eine restriktive Geldpolitik, so schlägt diese mit Sicherheit nach einer gewissen längeren Zeitspanne auf alle dem Internationalen Währungsfonds angeschlossenen Länder mit deflatonierender Wirkung durch. Treiben die USA, umgekehrt, zwecks Überwindung der Arbeitslosigkeit, eine inflatorische Geldpolitik, so „exportieren" sie diese Inflation geradezu zwangsläufig. Denn der durch die Inflation innerhalb der USA kaufkraftgeschwächte Dollar besitzt infolge des festen Wechselkurses auf den nicht in gleicher Weise inflationierten Märkten der Partnerländer eine höhere Kaufkraft. Trotz Inflation und Wirtschaftsbelebung innerhalb der USA strömt also dennoch der Dollar nach draußen und bewirkt dort ebenfalls Inflation, bis das Preisniveau das der USA erreicht hat. Weigern sich diese Länder jedoch, die Inflation in gleicher Weise wie die USA davonlaufen zu lassen, so wird das Mißverhältnis zwischen der Kaufkraft des Dollars innerhalb der USA und der Kaufkraft des Dollars in diesen Ländern immer größer und der Sog dieser Länder auf den Dollar immer stärker. Je kräftiger die Abwehrmaßnahmen eines solchen Landes gegen die überschäumende, preistreibende Konjunktur und also gegen den Inflationsimport – denn Inflation ist nur und ausschließlich durch Geldmengenvermehrung möglich! – durch Erhöhung der Diskontsätze und durch Geldmengenverknappung (durch Erhöhung der Mindestreserven), desto größer der Anreiz für den Dollar, dorthin zu fließen. Zu dem bloßen Preisvorteil tritt dann noch der Zinsgewinn. Und überdies greifen immer mehr Firmen des stabilitätsorientierten Landes, angeregt durch die Überkonjunktur und gezwungen durch die Geldverknappung als Folge der Mindestreserven- und Diskonterhöhungen, zusätzlich zu Dollarkrediten, die dann die Notenbank in inländische Währung – sprich neu geschöpftes Geld – konvertieren muß. Und tritt dann in solcher Situation auch noch der Fall ein, daß zwecks absolut sicherer Überwindung der Inflation eine Aufwertung der betroffenen Landeswährung von maßgeblichen Kreisen propagiert wird, so wächst die Flut des gewinnsuchenden, nicht aufwertungsverdächtigen Geldes (vor allem also des Dollars) schlechthin ins Uferlose.

Genau dies war der Fall in der Bundesrepublik. Zunächst hatte man 1970 eine weitere Konjunkturberuhigung (trotz der inländischen Lohn- und Preissteigerungen) erwartet, zumal man auch die von den USA ausgehenden deflatorischen Wirkungen glaubte befürchten zu müssen. Denn Nixon hatte ja sofort nach seiner Inauguration im Januar 1969 eine restriktive Währungspolitik eingeleitet, um der permanenten Preissteigerungen und Zahlungsbilanzdefizite Herr zu werden. Vor allem aber erhoffte man sich von dem exorbitant hohen Zinsniveau und der extremen Mindestreservenerhöhung in der Bundesrepublik diese Wirkung. Dann aber wurden die Zinssätze in den USA gesenkt, weil das Arbeitslosenheer einfach eine Umkehr der Konjunkturpolitik erzwang; Bundesschatzanweisungen wurden vom Federal Reserve Board gegen neu gedruckte Dollar angekauft; die Rücksichtnahme auf die Zahlungsbilanz trat in den Hintergrund. Und so flossen nun aus dem inflationierenden Niedrigzinsland USA die Dollars in das langsamer inflationierende und (durch die hohen Mindestreserven) eines großen Teils seiner eigenen flüssigen Mittel beraubte Hochzinsland Bundesrepublik.

Wobei anscheinend, diese Tendenz verstärkend, noch der Umstand hinzutritt (worauf Wilhelm Seuß in der FAZ vom 5.5.71 hinweist), daß der Eurodollarmarkt selbst aus sich heraus, also aus dem Ausland, Dollarkredite in die Bundesrepublik schleußt, die durch den Konvertierungszwang der Bundesbank, die $ in D-Mark umzutauschen, zu realem, wenn auch

nur mehr oder weniger kurzfristig verfügbarem Gelde der Bundesrepublik werden. So jedenfalls seien die Feststellungen im Jahresbericht der Deutschen Bundesbank für 1970 zu verstehen: „Ein erheblicher Betrag der 1970 geschaffenen Devisenreserven – vermutlich über fünf Milliarden Dollar – läßt sich nur damit erklären, daß eine Reserveschaffung über den Eurogeldmarkt unabhängig vom amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit stattfand. Ausschlaggebend dafür war, daß im Berichtszeitraum Zentralbanken in größerem Umfang Dollarreserven nicht in den USA anlegten, sondern direkt oder indirekt dem Eurogeldmarkt zuführten, von wo sie über die Geschäftsbanken der beteiligten Länder wieder zu den Zentralbanken zurückkehrten, so daß der gleiche Dollarbetrag mehrmals den Währungsreserven zugeführt wurde."

Wilhelm Seuß zieht dann daraus die Schlußfolgerung: „Das ist also das Hexeneinmaleins des Dollar: aus eins mach mehr. Die neue Dimension, die die Geldmärkte der Welt auch mit Hilfe der Notenbanken gewonnen haben, ist ein Grund für die geringe Wirksamkeit der notenbankpolitischen Instrumente in den Binnenwirtschaften. Es nützt dann wenig, an der eigenen Währung den Hebel der Geldverknappung anzusetzen. An die Stelle einer D-Mark, die über die Mindestreserven eingefangen wird, tritt ein Dollar. Der Druck auf die Quellen der Geldausweitung bleibt so lange aus, wie Notenbanken ihre Dollarguthaben nicht endgültig einfordern. Die Übertragung dieser Guthaben auf das Konto einer Federal Reserve Bank wäre das einzig richtige zahlungsbilanzkonforme Verhalten der europäischen Notenbanken – wenn auch nicht ein Allheilmittel in so unruhigen Zeiten wie gegenwärtig."

In der Bundesrepublik konnte man aber sich trotz des täglich höhersteigenden Dollarpegels monatelang zu nichts entschließen. Weder – als es noch halbwegs Zeit war – zu flexiblen Wechselkursen (was freilich augenblicklich einen Konjunkturrückgang zur Folge gehabt und vor allem die Exporte getroffen hätte und was außerdem entgegen den Bestrebungen der EWG – die ja inzwischen die Bandbreiten sogar noch verringert hat – und des Internationalen Währungsfonds gewesen wäre) noch zu einem freien Laufenlassen der Inflation im Gleichschritt mit der der USA (was – aber auch aus gutem Grunde – die geradezu traumatische Angst der Deutschen vor Inflation kaum zugelassen hätte), ja nicht einmal zur Einrichtung von unkonvertierbaren und unverzinslichen Valutakonten (so problematisch, weil nicht marktwirtschaftskonform, diese auch immer sind. Ihre Errichtung wäre immerhin sofort möglich gewesen.) Nichts dergleichen geschah – bis es zu spät war.

Was aber soll, was kann nun überhaupt noch geschehen, um wenigstens noch das Bestmögliche aus der verfahrenen Situation zu machen?

Zunächst hatte also die Bundesbank den weiteren Ankauf von Dollars eingestellt. Dann wurde der Wechselkurs offiziell freigegeben, wobei jedoch zugleich der EWG, insbesondere Frankreich, die Versicherung gegeben wurde, daß nach einer gewissen Frist die alte Parität von DM 3.66 = $ 1.– wieder erreicht sein soll. Außerdem wurden seitens der Bundesregierung energische Haushaltssparmaßnahmen verfügt.*

Das alles geschah aber in einer Art und Weise, daß man darüber nicht froh werden kann. In Brüssel ist es zu einer offenbar außerordentlichen Verstimmung der Franzosen gekommen. Denn Frankreich will den Alleingang der Bundesrepublik nicht. Desgleichen kam es zu, allem Anschein nach ebenfalls sehr erheblichen, Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundeswirtschaftsminister und Bundesbankpräsident, wobei ersterer der Wechselkursflexibilität den Vorrang zu geben scheint, um nunmehr, nachdem er monatelang anderer Ansicht gewesen ist, unter allen Umständen

*) Inzwischen hat die Deutsche Bundesbank die Mindestreservesätze noch einmal drastisch erhöht.

ein Zurückfluten der in den letzten Wochen hereingeströmten Dollars und damit ein Ende des Preisauftriebs zu erreichen (wobei es offen ist, wie er dann noch das in Brüssel gegebene Versprechen der Rückkehr zur alten Parität halten will) – während letzterer gegen die Wechselkursflexibilität, aber für die Anwendung von § 23 des Außenwirtschaftsgesetzes (mit Verzinsungsverbot für ausländische Geldeinlagen) zu sein scheint, weil er nur so glaubt, das Brüsseler Versprechen einlösen und die allgemeinen Bedingungen des Internationalen Währungsfonds einhalten zu können, da diesmal kein „fundamentales Ungleichgewicht" zwischen Dollar und D-Mark vorliege. Und innerhalb des Bundeskabinetts ist es schließlich zum Ausscheiden des Finanzministers Möller gekommen, weil dieser sich außerstande sieht, den Bundeshaushalt angesichts der Forderungen seiner ausgabefreudigen Ministerkollegen noch in der Balance zu halten. Inwiefern es da noch zu Bundessparmaßnahmen kommen soll, ist vollends rätselhaft (ganz abgesehen davon, daß Konjunkturpolitik und Haushaltspolitik zwei völlig verschiedene Paar Schuhe sind, deren Verquickung miteinander im Sinne eines letztlich falsch verstandenen Keynes – nämlich *generell* mit haushaltspolitischen Mitteln Konjunkturpolitik treiben zu wollen – mit zu den fatalsten Verirrungen der neueren Nationalökonomie gehört).

So wie die Dinge heute liegen (oder zumindest im Augenblick erscheinen) kann das alles in keiner Weise befriedigen. Wenn Schiller, inzwischen trotz der Unvereinbarkeit von Wirtschafts- = Konjunktur- und Währungspolitik und Finanz- = Steuerpolitik zum Bundeswirtschafts- *und* Bundesfinanzminister aufgestiegen, wirklich sein in Brüssel verpfändetes Wort einlösen und trotzdem zwischenzeitlich die Wechselkurse freigeben will derart, daß die Dollars auch wirklich wieder abfließen, so kann dies nur unter einem Milliardenverlust der Bundesbank geschehen. (vgl. FAZ vom 21.5.71) Außerdem erhebt sich dann die Frage, wie er der ungeheuren Geld- und Kapitalverengung begegnen will, handelt es sich doch um eine Summe von mehr als zwanzig Milliarden D-Mark! Schließlich müßte er dann nach der Wiederfestsetzung der neu-alten Parität dafür Sorge tragen, daß nicht eine erneute Spekulation gegen die D-Mark einsetzen kann.

Die FAZ vom 22.5.71 schreibt zu diesem Problem u.a.: „Am Devisenmarkt mehrten sich am Wochenende die Zweifel, ob es überhaupt der Deutschen Bundesbank gelingen werde, Dollar in größerem Umfange zu verkaufen, solange das inländische Zinsniveau deutlich höher als am Euro-Dollarmarkt sei. Die Devisenspekulation, heißt es, habe seit dem 10. Mai rechnen gelernt. Man spekuliere nicht nur auf den möglichen kurzfristigen Devisengewinn, der entstünde, falls die Bundesbank Dollar wesentlich unter DM 3.50 anbieten würde. Die große Frage sei für die Rückkäufer von Dollarguthaben: „wohin mit dem Geld? " Es wird befürchtet, daß nach einem Rückfluß größerer Dollarbeträge am Euro-Markt ein Anlagevakuum entsteht. Die Dollarbesitzer müßten sich möglicherweise mit mäßigen Zinsen zufriedengeben. Gegenwärtig seien die in D-Mark umgetauschten Dollar in der deutschen Wirtschaft überwiegend zu Zinssätzen von etwa 7 Prozent angelegt. Eine Dollarschwemme würde nach Abfluß von Guthaben aus Deutschland den Zins am Euro-Markt möglicherweise auf 3 bis 4 Prozent drücken. Die Spekulation würde, was sie auf der einen Seite durch Dollarrückkauf gewönne, auf der anderen Seite durch einen Zinsverlust wieder verlieren. Massenkündigungen von Dollar-Krediten in der Bundesrepublik, so wird am Devisenmarkt weiter gesagt, müßten außerdem zu einer verstärkten Nachfrage nach D-Mark-Krediten bei den Inlandsbanken führen. Die Banken müßten dann möglicherweise ihre Kreditzinsen heraufsetzen analog den bereits steigenden Kapitalzinsen am Rentenmarkt. Je höher aber die Inlandszinsen steigen, umso größer würde wieder der Anreiz sein,

billige Dollarkredite am Euro-Markt aufzunehmen. Am Ende würde durch die Abgabe von Dollar durch die Bundesbank lediglich ein Devisenkarussell in Gang kommen: Anfänglich würden die Dollar aus dem Lande gehen, später kämen sie wieder zurück. Dieser Kreislauf könnte nur unterbrochen werden, wenn die Kreditaufnahme der Wirtschaft im Ausland verboten werden würde, was bisher nicht der Fall ist. Würde ein solches Verbot bekannt gegeben werden, flössen erst recht keine Dollar mehr ab, weil man dann versuchen würde, die Devisen so lange wie möglich im Inland zu halten." Soweit die FAZ vom 22.5.71.

Die D-Mark bleibt also weiterhin unter Druck. Drei Möglichkeiten gibt es, diesem Druck zu begegnen: 1) völlige und unbefristete, also wirkliche Freigabe der Wechselkurse oder eine entsprechend stark einschneidende Aufwertung der D-Mark, 2) Devisenzwangswirtschaft, 3) Inflationsgleichschritt mit den USA und den übrigen dem IWF angeschlossenen Ländern.

Im ersten Falle wäre ein unmittelbarer Abfall der Exporte und eine wahrscheinlich sehr bittere Wirtschaftskrise mit allen weiteren Folgen zu erwarten. Unsere Industrie ist durch den seit zwei Jahrzehnten anhaltenden Devisenzustrom als Folge der falschen fixen Wechselkurse derart exportorientiert, daß eine abrupte Kursfreigabe fatale Folgen haben müßte. Es kommt hinzu, daß ein Alleingang der Bundesrepublik zu einer Desintegration der EWG führen und vor allem Frankreich schwer verprellen würde. Aus politischen Gründen kann daher ein solcher Schritt nicht empfohlen werden – wie sehr auch der Anderen Industrien durch den Rückgang der deutschen Exporte profitieren würden. Schließlich passen flexible Wechselkurse auch nicht in das Vorstellungsbild der nun einmal maßgebenden amerikanischen Währungspolitikerkreise. So richtig die Einführung flexibler Wechselkurse grundsätzlich also auch ist – in der gegenwärtigen *politischen* Situation können sie m.E. nicht empfohlen werden.

Eine neuerliche Wiedereinführung einer wie auch immer gearteten Devisenzwangswirtschaft wäre ein solcher Schlag gegen unsere marktwirtschaftliche Ordnung und damit – infolge der Interdependenz der Ordnungen – indirekt gegen unsere freiheitliche Grundordnung überhaupt, daß wir uns davon so bald nicht mehr erholen könnten. Denn so gewiß es theoretisch denkbar ist, daß eine vorübergehende Devisenkontrolle ausreichen müßte, das inländische Währungsgebiet vom ausländischen abzuschirmen, so sicher werden findige Geschäftsleute Wege finden, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen. In anderen Ländern möchte man sich dann mit einer gewissen Schlampereiquote und einer halbwegs brauchbaren Wirksamkeit der Kontrollen zufrieden geben. Ganz gewiß nicht so in Deutschland. Hier wäre der Ruf nach dem Strafgesetzbuch die sichere Folge ... und am Ende bliebe die Marktwirtschaft und mit ihr die Freiheit auf der Strecke.

Der einzige vertretbare und auch kurzfristig realisierbare Weg eines unschädlichen Eingriffes wäre die Einführung von *Valutakonten*, gemäß § 23 des Außenwirtschaftsgesetzes, bei den Geschäftsbanken, über die deren Inhaber frei verfügen, die aber nicht in D-Mark konvertiert und nicht verzinst werden dürften. Dann blieben die Devisenzuflüsse für den D-Mark-Bereich inflationsunwirksam, und die Deutsche Bundesbank hätte es in der Hand, nur soviel an Devisen in D-Mark zu konvertieren, wie im inländischen Interesse notwendig bzw. vertretbar wäre.

Sollte dieser Weg – aus welchen Gründen auch immer – ungangbar sein, bleibt nur der Inflationsgleichschritt mit den USA und den angeschlossenen Ländern. Es bleibt beim alten, einmal festgesetzten Wechselkurs; die Bundesrepublik verzichtet auf eine höhere Stabilität als die der USA; sie genießt weiterhin die stimulierende Wirkung der USA-gemachten, im ganzen ja doch immer noch mehr oder weniger leichten Inflation; aller zukünftigen Neigung zu

einer Spekulation auf Aufwertung der D-Mark wird dadurch der Boden entzogen.

Wir wissen: dies ist – nicht nur währungspolitisch gesehen – keine ideale Lösung. Es ist weder eine am Durchschnittswarenpreisstand (Index) orientierte Währung, noch ist es eine Währung, deren Geldumlauf (und dadurch der Konjunkturablauf) ohne immer wieder aufs neue erforderliche Inflationsstöße funktioniert. Und es ist, wie jede Inflation, auch gewiß kein Mittel, den Einzelmenschen selbstbewußter und unabhängiger zu machen, worauf Professor Erhard gerade soeben wieder eindringlich hingewiesen hat. Aber es ist im Augenblick die einzige *politisch realisierbare* Lösung des Währungsproblems.

Und darauf kommt es – leider – an. Darauf kommt es nun einmal solange an, solange es – um ein Wort von Mao Tsetung zu verwenden – den „Hauptwiderspruch" Ost : West gibt; solange die Abschirmung unserer freiheitlichen Ordnung gegenüber der diktatorischen des Kremls Vorrang vor allen anderen Problemen haben muß.

Das hat nicht das geringste mit einer Anerkennung der Ungerechtigkeiten zu tun, die aus dem westlichen Kapitalismus erwachsen. Aber es hat durchaus etwas mit der Frage zu tun, *wie* unsere ordnungspolitischen Vorstellungen realisiert werden können.

Und worauf es gerade deshalb unbedingt ankommt, das ist, daß wir Bundesdeutsche und wir Europäer alle miteinander mit den Amerikanern zusammenarbeiten, sodaß wenigstens das politisch Mögliche, das politisch noch erreichbare relativ Beste auch tatsächlich erreicht werden kann. Wenn wir generell „nein" sagen zu allem, was nicht unseren idealtypischen Vorstellungen entspricht, so werden wir niemals auch nur das Allergeringste in unserem Sinne Notwendige erreichen. Nur mit Verbündeten ist dies möglich. – Wie es uns übrigens gerade soeben Pompidou und Heath vorgemacht haben. Nicht weil die jetzige EWG so freiheitlich und so ideal wäre – eher das Gegenteil ist der Fall – sondern um Europa zu stärken, um Europas Freiheit vor dem Sowjetkommunismus zu schützen, haben sie zusammengefunden.

Ist es z.B. nicht ein Wahnsinn, daß Europa Millionen von Menschen aus den Mittelmeerländern anzieht, weil ein fast unaufhörlicher Geldstrom aus den USA seine Konjunktur belebt und es in die Lage versetzt, seine wirtschaftlich-industriellen Kapazitäten immer weiter auszubauen, nein geradezu aufzublähen, während in den USA aus dem gleichen Grunde – weil das inflationierte Geld infolge des festen Wechselkurses immer wieder abfließt – trotz immer neuer Inflationsspritzen eine Dauervollbeschäftigung niemals zu erreichen ist?
Können die Amerikaner wirklich glücklich darüber sein, daß sie selbst dauernd am Rande schwerster innenpolitischer Unruhen leben, bloß weil ihr Geldwesen nicht richtig funktioniert, während aus genau dem gleichen Grunde in Europa zumeist Überkonjunktur herrscht und in Südamerika und in den Mittelmeerländern Unterbeschäftigung, Not und Elend? Ist es nicht einfach furchtbar, daß die USA zum Teil nur deshalb ein Negerproblem haben, weil sie mit ihrer Unterbeschäftigung nicht fertig werden? Weil Washington und Wall Street ihr eigenes Währungsproblem nicht bewältigen?

Wenn schon vorerst die Errichtung eines wirklich idealtypischen Weltwährungssystems aus finanzpolitischen, machtpolitischen, egoistischen oder was sonst immer für imponderabelen Gründen nicht möglich ist, müßte es dann nicht wenigstens gelingen, die relativ bescheidenen Segnungen des nur teilfunktionsfähigen bestehenden Systems wenigstens *allen* seinen Partnern in annähernd gleicher Weise zuteil werden zu lassen? Das sollte doch wohl möglich sein – und vom System her ist es tatsächlich möglich!
Die einzige Schwierigkeit, die sich bei der Einführung des Inflationsgleichschritts ergäbe, bestünde evtl. darin, daß zu Anfang ein Inflationssprung stattfinden würde –

und zwar genau entsprechend dem Aufwertungssatz, den eine völlige Freigabe der Wechselkurse bringen würde. Dieser Inflationssprung ist jedoch ohnehin noch im Laufe dieses Jahres zu erwarten, da uns die Auswirkung der ungeheuren Dollarschwemme des vergangenen halben Jahres ja überhaupt erst noch bevorsteht.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieser Inflationssprung alle Sparer hart treffen (aber auch alle Schuldner entsprechend begünstigen) wird. Die Frage ist nur, ob er nicht letzten Endes die mildeste Form der nun einmal notwendigen Anpassung an den Westen wäre. Denn alle anderen Möglichkeiten hätten weit üblere Folgen:

Flexible Wechselkurse: erstens eine scharfe Krise mit allen weiteren Auswirkungen bis hin zu schweren politischen *Unruhen, zweitens Desintegration des Westens*; („Harakiri-Variante" nennt Walter Wannenmacher diese Möglichkeit in der „Deutschen Zeitung" vom 28.5.71). (Denn Flexibilität = Gleichgewicht = Stabilität = Stillstand = Antriebsmangel = Krise – solange es kein „Umlaufgeld" gibt. Davon aber ist nirgendwo die Rede.)

Devisenzwangswirtschaft: Ende der freiheitlichen Ordnung überhaupt, Korruption, Desintegration des Westens;

Anwendung von § 23 des Außenwirtschaftsgesetzes: die Dollars bleiben im Inland, die Inflation geht also auch weiter. Wenn aber § 23 in Verbindung mit Verzinsungsverbot für alle neu einströmenden Devisen: dann Abfluß aller im letzten Halbjahre kurzfristig hereingekommenen Devisen = Rezession. Die Bundesbank müßte dann ihrerseits Mindestreserven freigeben und zusätzlich neues Geld in Umlauf geben, um einen Wirtschaftskollaps zu verhindern. Zwar hätten wir dann vielleicht Stabilität des Geldwertes, aber auch Teilarbeitslosigkeit und zunehmende Desintegration des Westens.

Unter Berücksichtigung aller Umstände dürfte somit der Inflationsgleichschritt mit den USA noch die am wenigsten üble Möglichkeit unserer *derzeitigen Politik* und mithin der relativ beste Weg zur Erlangung von Dauervollbeschäftigung und Wohlstand, Zusammengehörigkeitsgefühl und Verteidigungsbereitschaft in *allen* Gebieten der westlichen Welt sein.

Was wir also tun sollten (und tun *können*) das ist: den Inflationsgleichschritt mit den USA – bei gleichzeitig völliger Freigabe der Zinsbildung (also Verzicht auf jede nationale Diskontpolitik) – ganz bewußt mitvollziehen. So, als ob der amerikanische Federal Reserve Board und die deutsche *Bundesbank, der Dollar und die D-Mark*, die amerikanische Konjunkturpolitik und die bundesdeutsche Konjunkturpolitik *eine Einheit* wären.

Ein solcher Schritt würde infolge des dadurch noch größeren Gewichts der „Leitwährung" sicherlich die meisten anderen Länder innerhalb des IWF-Systems veranlassen, ihrerseits genau so zu verfahren. Auch ohne Weltnotenbank und Weltwährung würde sich dadurch deren Wirkung des Konjunkturausgleichs zwischen allen angeschlossenen Ländern rasch und gleichmäßig, ja die unterentwickelten Gebiete noch begünstigend, auswirken.

Und darauf muß es doch auch uns ankommen. Denn nur zusammen mit dem *ganzen* Westen können wir dem unverändert expansiven Kommunismus gegenüber bestehen.

Fritz Penserot

Revolution oder Evolution im Wechselkurssektor der Währungspolitik?

1. Ingress

Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre auf dem Gebiet der nationalen und der internationalen Wechselkurspolitik aufmerksam verfolgt hat, dürfte einem der offensichtliche Wandel in den Anschauungen kaum entgangen sein. Während Jahrzehnten konnte sich der ‚unerschütterliche Glaube' an die ehernen Gesetze der ‚klassischen Goldwährung' halten. Die Konventionen von Bretton Woods schlugen die ersten Breschen in die Goldwährungsfront, welche allerdings eilig wieder verdämmt worden waren. Diese Verdämmung aber war Flickwerk. Seit den vierziger Jahren kriselt es laufend im Währungsgebälk. Vorerst hielt eine Kette von Abwertungen die Welt in Atem, dann mußten solide Leitwährungen gestützt werden. Schließlich kam überhaupt das Gold selbst in Diskussion, und Diskussion heißt: Vertrauensschwund. Daß das Gold als Währungsbasis noch nie Vertrauen verdient hat, das wußten nur wenige unentwegte Kämpfer für eine gesunde, d.h. deflations- und inflationsfreie Ordnung.

In den allerletzten Jahren konnte jedermann in der Tageszeitung von Währungs-Diskussionen in allerhöchsten Gremien und unter Nationalökonomen lesen, welche eine wesentliche Auflockerung der starren Währungsfronten zu erkennen gaben. Während früher das Wort ‚Wechselkursfreigabe' verpönt und der Votant als Ketzer gebrandmarkt worden war, ist heute der offen ausgesprochene Gedanke der Wechselkurs-Flexibilität hoffähig. Dieser auffallende Gesinnungswandel ist durchaus revolutionär.

Nicht immer führt aber eine Revolution auch zur Evolution, zum fortschreitenden Aufbau. Nun, es wäre immerhin an der Zeit, daß nach so viel Zerstörung, welche die Goldwährung mit ihren gebundenen Wechselkursen auf dem ‚Gewissen' hat, nun endlich eine Aera währungspolitischer Ehrlichkeit und Verantwortung anbricht. Wir glauben, es ist so weit.

Die jüngsten Ereignisse rechtfertigen einen kurzen, besinnlichen Rückblick. Diesem seien einige grundsätzliche, erläuternde Bemerkungen vorausgeschickt, welche dem besseren Verständnis dienen mögen.

Der Wechselkurs oder der Devisenkurs ist der Preis einer Währung, ausgedrückt in einer anderen Währung. Der Münzfuß ist der ‚Goldgehalt' einer Währungseinheit, er gibt, gesetzlich verankert, an, wieviel Gramm Feingold einer Währungseinheit zugrunde gelegt wird. Die Goldparität ist das Verhältnis, d.h. der Quotient zweier Münzfüße und entspricht im System der Goldwährung eben dem ‚Wechselkurs auf Goldbasis'. Beispiel: 1 Sfr. = 0,2032258 Gramm Feingold, 1 DM = 0,24280625 Gramm Feingold – somit ist 1 DM auf Goldbasis 0,24280625 : 0,2032258 = 1,119476 Sfr. Aus dieser Darlegung geht hervor, daß die so errechneten Wechselkurse mit der lebendigen Wirtschaft, d.h. mit den Kaufkraftverhältnissen der einzelnen zu vergleichenden Währungen nicht das geringste zu tun haben. Wechselkurse auf Goldbasis, anstatt auf Kaufkraftbasis, führen zu laufenden Disparitäten zwischen dem ‚errechneten' und dem effektiven Wechselkurs, was die chronischen Zahlungsbilanzungleichgewichte, die Inflations-Importe von undisziplinierten in disziplinierte Staaten zur unausweichlichen Folge haben. Das lassen sich nun neuerdings verschiedene Länder nicht mehr bieten: sie nehmen ihre regierungsseitigen Versprechen, die Inlandkaufkraft ihrer Währung zu stabilisieren, ernst, was sie logischerweise dazu zwingt, die Stabilitätsforderungen für die Wechselkurse aufzugeben. Die moderne Währungsphilosophie bringt die Möglichkeit wiederholter Wechselkurskorrekturen zur stufen- oder

schrittweisen Anpassung überholter Paritäten. Die kommende Währungspolitik ist ehrlicher: sie erkennt, daß der ‚richtige' Wechselkurs nicht durch Neufestsetzung nochmals fixer Goldparitäten errechnet werden kann, sondern daß er sich auf dem Devisenmarkt frei muß finden lassen. Diese Methode heißt: Politik der flexiblen Wechselkurse, ein Ausdruck, gestern noch tabu, heute aber bereits Vision.

2. Zur Vorgeschichte

Im Zentrum der Mitte April stattgehabten Straßburger Session des Europäischen Parlaments stand eine Debatte über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft, die eine breit angelegte Antidollarkoalition zutage förderte. Bei aller Anerkennung der Tatsache, daß es in der Gemeinschaft eine Reihe interner Inflationsquellen gibt, richtete sich das Hauptaugenmerk auf den Inflationsimport durch Dollaranhäufung. Der deutsche SPD-Politiker Arndt, der das offene Wort eines Wirtschaftswissenschaftlers seinem Staatssekretärsposten vorgezogen hat, wies in seiner Jungfernrede darauf hin, daß die Weltwährungsreserven allein im vergangenen Jahr um 14 Milliarden Dollar zugenommen haben, d.h. um einen Fünftel des Bestandes oder um so viel wie im gesamten vergangenen Jahrzehnt. Die Entschließung, die das Parlament in dieser Frage akzeptierte, forderte daher eine gewisse Überwachung des Eurodollarmarktes durch die Währungsbehörden. Der sozialistische Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, der Niederländer Oele, sprach von der Notwendigkeit, die aus diesem Markt zufließenden Mittel zu sterilisieren. Aus den Reihen der CDU kam der Ruf nach einer Überprüfung der Wechselkursverhältnisse. Kommissionspräsident Barre begrüßte die Resolution, wenngleich er lieber von Regulierung von Angebot und Nachfrage als von Überwachung des Marktes sprechen wollte. Er wandte sich gegen radikale Maßnahmen, da eine Krise des Dollars einer Krise des Weltwährungssystems gleichkäme. Nach Ansicht der Kommission muß progressiv vorgegangen werden. Der Dollar soll mit andern Worten schrittweise durch andere Reservemittel ersetzt werden, wobei er die Schaffung zusätzlicher Sonderziehungsrechte anvisierte.

Am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel haben sich Vertreter von verschiedenen Notenbanken im April zu ihrer monatlichen Gesprächsrunde getroffen. Sie suchten nach neuen Wegen, den enormen Zufluß von Dollars nach Europa einzudämmen. *Speziell die europäischen Notenbanken erklärten sich bestürzt über den Dollarzufluß, weil sie die Dollars zu festen Wechselkursen annehmen und dafür lokale Währung herausgeben müssen.* Das erhöht die Geldmenge in ihren Staaten und macht antiinflationäre Maßnahmen zunichte. Kurz zuvor hatte sich der Gemeinsame Markt in Brüssel über eine 17prozentige Zunahme der Geldmenge im letzten Jahr beklagt und schob die Schuld zum großen Teil auf die hereinströmenden Devisen (Dollars). In den vorangegangenen Wochen habe der Einfluß von Dollars besonders nach der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz bedrohliche Formen angenommen.

„Solange die Wechselkurse fest sind, müssen die europäischen Notenbanken hilfslos die scheinbar überbewerteten Dollars entgegennehmen und gegen lokale Währungen umtauschen."

Dazu erklärte die Schweizerische Nationalbank: „Die Bank ist nicht in der Lage, die Konversion von Devisen in Landeswährung wirksam zu dosieren."

Die Wirtschaftsforschungsinstitute der Deutschen Bundesrepublik betreiben eine Gemeinschafts-Konjunkturdiagnose. Aus ihrem jüngsten Bericht ließ sich die ‚Neue Zürcher Zeitung' am 3. Mai, also wenige Tage vor der Freigabe des Wechselkurses durch Bonn/Frankfurt, folgendes berichten:

„Votum für eine Freigabe der Wechselkurse: Aus ihrer Analyse der Konjunktur-

situation in der Bundesrepublik Deutschland leiten die Konjunkturbeobachter der Institute in Hamburg, Kiel, Essen und München die eindeutige Folgerung ab, daß – weil binnenwirtschaftliche Maßnahmen nicht mehr in Betracht kommen – *die Mittel der Wechselkurspolitik dazu benützt werden müssen, die Preisflexibilität zu vergrößern und den Anbietwettbewerb auf allen Märkten zu verstärken.* Man befürwortet daher den ‚Druck von außen' und tritt für eine Freigabe der Wechselkurse ein. Eine Aufwertung der D-Mark gilt dagegen als nicht zweckmäßig; Eine Freigabe der Wechselkurse, bei Interventionsmöglichkeit für die Bundesbank (‚Floating'), erscheint nach Meinung der Institute *in der gegenwärtigen labilen Situation um* so geeigneter, als die Veränderung des Wechselkurses in ständiger Anpassung an außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Erfordernisse ‚gleitend' erfolgen kann, die Bundesbank zinspolitisch ihre Autonomie wiedergewinnt und schließlich auch der Eventualfall gleichzeitiger Stabilisierungsbemühungen in den wichtigsten Partnerländern nicht beeinträchtigt wird. Entschließt sich die Bundesregierung in Bonn zu dieser Freigabe der Wechselkurse, so werden sich – wie die Konjunkturbeobachter meinen – Aufwertungserwartungen herausbilden, die die Preissteigerungserwartungen dämpfen. Allerdings ist dafür die Versicherung der Bundesregierung *unerläßlich, ‚daß sie einstweilen keine neue Parität festsetzen wird.'*".

Am 4. Mai war in der Deutschen Bundesrepublik ein *währungspolitisches Wetterleuchten* zu beobachten, das allseitig richtig verstanden worden war. Bundeswirtschaftsminister Schiller kündigte vor der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion an, daß die Bundesregierung auf der Grundlage eines sowohl außen- als auch *binnenwirtschaftlich* orientierten Programms zur Eindämmung der Preissteigerungen ‚bald handeln' werde. Einzelheiten über den außenwirtschaftlichen Teil des Programms teilte der Minister unter Hinweis auf währungspolitische Gepflogenheiten nicht mit; für den binnenwirtschaftlichen Teil standen nach Angaben des Ministers im wesentlichen haushaltspolitische Mittel gemäß Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zur Debatte. Bundeskanzler Brandt sagte vor den sozialdemokratischen Abgeordneten, daß *man sich um eine gemeinsame* Stabilitätsstrategie in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bemühe. Wenn diese Bemühungen jedoch scheitern sollten, diene die Bundesrepublik nicht nur sich selber, sondern auch der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Entwicklung am besten, indem sie ihr eigenes Haus stabilitätspolitisch in Ordnung halte.

Mit diesen Andeutungen war es für die *Spekulation klar, wie* aufwertungsträchtig die DM geworden ist. Der Devisenhandel hat denn auch am 4. Mai seinen hektischsten Tag seit der DM-Aufwertung vom Herbst 1969 erlebt. Aus Frankfurt wurde berichtet: „Die Banken und Händler glauben nach wie vor fest daran, daß in allernächster Zeit eine *währungspolitische Maß*nahme ergriffen wird, sei es eine wie immer geartete Aufwertung oder sei es eine Form der negativen Desivenbewirtschaftung. – Die Schätzungen am Devisenmarkt über den Umfang des heutigen Dollarzuflusses reichen von 400 bis 900 Mio. Dollar. An den beiden ersten Tagen dieser Woche habe die Bundesbank wohl eine Milliarde Dollar aufgenommen."

Am 5. Mai war die Deutsche Bundesbank nur knapp 1 1/2 Stunden im Devisenmarkt. Dann stellte sie den Ankauf von Dollars ein. Nach Schätzungen von Devisenhändlern mußte sie allein an jenem Mittwoch rund 1½ Mia. Dollar zum bisherigen Interventionspunkt von 3,63 aufnehmen, *also ebensoviel wie tags zuvor.*

Auch der Schweiz flossen bisher unbekannt hohe Beträge an Dollardevisen zu. Die Dollarkäufe der Schweizerischen Nationalbank bezifferten sich für die letzten sechs Wochen vor der Aufwertung auf einen Bruttobetrag von über 1,3 Mia. $ oder fast 5,7 Mia. SFr. So hat auch die Schwei-

zerische Nationalbank am 5. Mai den Kauf von Dollars eingestellt, um der spekulativen Nachfrage nach Schweizerfranken entgegenzutreten.

Desgleichen haben die Notenbanken der Niederlande, Österreichs und Belgiens den Ankauf von Dollars eingestellt. In Paris hingegen ging der Devisenhandel normal weiter. Ebenso hatten die japanischen Banken den Ankauf von Dollar suspendiert.

Alarm bei der Europäischen Kommission: Die Nachricht von der Einstellung der Dollarinterventionen durch die Deutsche Bundesbank und von der Schließung einer Reihe von europäischen Devisenbörsen hat die Europäische Kommission in Brüssel in Turbulenz gebracht. Vorsorglich soll die Kommission dem Vernehmen nach dem in London weilenden Bundeskanzler Brandt ein Telegramm gesandt haben, worin sie ihn an die Pflicht der Bundesregierung erinnerte, die EWG-Partner zu konsultieren, bevor sie wesentliche Währungsentscheidungen trifft, und ihn beschwört, die Gemeinschaft nicht in eine Krise zu stürzen.

Aus Frankfurt war am 5. Mai noch zu vernehmen, daß sich Regierung und Zentralbankrat in wichtigen Fragen nicht haben einigen können. Bonn war eher für Wechselkursfreigabe, und Frankfurt hatte in seiner Mehrheit der negativen Devisenbewirtschaftung nach Paragraph 23 des Außenwirtschaftsgesetzes das Wort geredet.

Schwere Kämpfe spielten sich in Brüssel ab. Das Ausbrechen eines Partners aus der orthodoxen Währungsfront wurde nicht gerne gesehen. Die gegenseitigen Konsultationen liefen auf Hochtouren. Nochmals hat die Kommission versucht, eine ganze Palette von Maßnahmen in Bewegung zu setzen: konzertierte Aktion auf dem Eurodevisenmarkt, volle Ausnützung der im IMF zulässigen Schwankungsbreiten gegenüber dem Dollar, koordinierte liquiditätspolitische Vorkehrungen in der ganzen EWG, flankierende Kapitalmarkt- und Devisenrestriktionen. Von allem Anfang an stand jedoch fest, daß ein bundesdeutscher Alleingang nicht auszuschließen wäre, falls das ‚internationale Konzert' trotz aller Bemühungen nicht zustande käme.

Es ist bemerkenswert, daß eine ganze Reihe von Institutionen, Organisationen des Wirtschaftslebens in Resolutionen an die Öffentlichkeit gelangt waren. So hat der Schweizerische Konsumentenbund an seiner Delegiertenversammlung vom 8. Mai, die Freigabe des Wechselkurses durch die Schweizerische Nationalbank gefordert. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband erklärte am 3. Mai, die Empfehlung der wirtschaftlichen Forschungsinstitute, den Wechselkurs der DM freizugeben, zu unterstützen. Ein derartiger Schritt sei in der derzeitigen Situation am besten geeignet, den Preisauftreib zu mildern. Die Preissteigerungen seien vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die Liquidität in der Bundesbank aufgrund des eingeflossenen Auslandsgeldes stark erhöht habe. Werde der Wechselkurs vorübergehend freigegeben, so werde ein Teil dieser zusätzlichen Liquidität wieder ins Ausland abfließen.

In der *Schweiz,* dem wohl konservativsten Bollwerk der Goldtreue, fanden hinter den Kulissen Kämpfe statt. Man kann sich vorstellen, daß es einem Land, welches auf seine Jahrzehnte andauernde ‚Währungsstabilität' nicht wenig stolz war, schwer fiel, moderne Entscheide zu fällen. „Schweizerische Währungspolitik ‚Made in Germany'", so lautete der Titel des Leitartikels im Berner ‚Bund' von 6. Mai. Dort steht zu lesen:

„Es ist zu hoffen, daß man gerade jetzt, in einer neuen Krise, den Mut zu einem Entschluß findet, der zu einer wirklichen Entschärfung des Inflationsgespenstes führt. Hierzu gibt es zwei sinnvolle und einen problematischen Weg. Um das Letztere vorwegzunehmen: denkbar ist der Rückfall aus der Konvertibilität in den Interventionismus auf Grund einer negativen Dollarbewirtschaftung irgendwelcher Art. Leider sprechen viele Anzeichen für ein deutliches Liebäugeln mit derartigen Me-

thoden. Die beiden sinnvollen Verhaltensweisen *lägen in einer offiziellen Aufwertung* von DM, Franken, Gulden, Schilling usw. einerseits, oder aber in der Freigabe des Dollarkurses anderseits. Auch wenn man sich in offiziellen Kreisen immer wieder gegen den Gedanken wehrt, ist es doch so, daß *die Aera der stabilen Wechselkurse stetig und sicher ihrem langsamen oder plötzlichen Ende entgegengeht.* Die Hoffnung, daß es der inflationssüchtigen, auf autonome konjunkturpolitische Ankurbelung ausgerichteten Welt gelingen könnte, ihre Zahlungsbilanzprobleme durch interne Maßnahmen zu entschärfen, wird mit Sicherheit Utopie bleiben. *Das heißt aber, daß der flexible Wechselkurs das einzige Mittel ist, um sich gegen den andauernden Inflationsimport abzuschirmen.*"

3. Die Weichen werden gestellt.

3.1. Der denkwürdige Tag: der 10. Mai 1971: Die *Bundesrepublik Deutschland* gibt ab Montag, den 10. Mai 1971, bei wiedergeöffneten Devisenmärkten, den Wechselkurs der DM frei mit dem Ziel: Unterbinden des spekulativen Dollarzustromes und damit Wiedergewinnung der Preisstabilität. Die Deutsche Bundesbank wurde beauftragt, ihre Interventionen an den Devisenmärkten für einige Monate einzustellen. Man spricht von einer ‚Floating-Periode'. „Selbstverständlich wird von der Kursflexibilität ein aufwertender Effekt für die DM erwartet." Es wird eine Aufwertung im Ausmaß von 4–6 % vermutet; der Dollar soll sich zwischen 3,4 bis 3,5 DM einpendeln, gegenüber vorher 3,63 DM/$. Die vorübergehende Kursfreigabe bedeutet gleichzeitig eine vorübergehende Abwertung aller ausländischen Währungen, welche nicht den gleichen Schritt mitmachen.

Dieser Schritt der Deutschen Bundesregierung wurde möglich, nachdem der EWG-Ministerrat nach 21-stündiger Sondersitzung am 9. Mai in Brüssel folgenden Beschluß gefaßt hatte:

1. Der Ministerrat stellt fest, daß die *gegenwärtige Situation und die voraussichtliche* Entwicklung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedländer keine Änderung der Paritäten rechtfertigen und registriert die Entschlossenheit, ihre Paritäten beizubehalten.

2. Angesichts des übermäßigen Kapitalzuflusses in gewissen Ländern der Gemeinschaft bekundet der Rat sein Verständnis, daß in gewissen Fällen diese Länder für eine begrenzte Zeit die Schwankungsbreiten der Wechselkurse ihrer Währungen im Vergleich zu ihren augenblicklichen Paritäten erweitern können, obgleich flexible Wechselkurse mit dem guten Funktionieren des Gemeinsamen Marktes unvereinbar sind."

„Mit dieser Entschließung wird der Bundesregierung die Freigabe der Wechselkurse ermöglicht.", läßt sich die ‚Neue Zürcher Zeitung' aus Brüssel berichten.

Damit ist die DM in der Schwebe, und es ist vorauszusehen, daß diesmal das ‚Provisorium' länger dauern wird als im September 1969, als am Tag nach den Bundestagswahlen der Wechselkurs der DM ebenfalls freigegeben worden war, um die Parität der DM vier Wochen später, nämlich am 24. Oktober 1969, mit einem Aufwertungssatz von 8,5 Prozent neu festzusetzen.

Wenige Tage nach dem Beschluß der Bundesregierung bezüglich der Freigabe des Kurses der DM entspann sich in der Bundesrepublik eine lebhafte Diskussion über das Für und Wider. Im allgemeinen wurde *die Maßnahme positiv aufgenommen.* Bundeswirtschaftsminister Schiller verteidigte das besonders von ihm mit Vehemenz geforderte Vorgehen. Er zeichnete die Umstände, die die Bundesregierung zu ihrem bekannten Schritt in Brüssel bewogen haben, auf. Von 12 Mia. Dollar zusätzlichen Devisenreserven in der Welt entfiel allein die Hälfte auf die Deutsche Bundesbank, und bis zur Schließung der Devisenbörsen erreichten die ausgewiesenen Währungsreserven in Frankfurt 68 Mia. DM. Dadurch wurde der Spielraum für Preis- und Lohnsteigerungen erneut erweitert, was die Re-

gierung zum Handeln gezwungen hätte. Mit der von Brüssel tolerierten Wechselkursfreigabe sah Schiller die Basis für eine binnenwirtschaftliche Stabilisierung gefestigt. Mit Nachdruck betonte Schiller, daß die EWG nur auf der Grundlage der Stabilität Bestand haben könne. *Eine instabile Gemeinschaft wäre für Europa und auch für die freie Welt eine ernste Gefahr. Der Instabilität des Geldwertes folge nur zu schnell auch die soziale und politische Instabilität.* Alle EWG-Länder müßten erst stabilitätspolitische Erfolge aufweisen, ehe man den Schritt in die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion tun könne. „Wenn wir das Stabilitätsziel verfehlen, wird sich am Ende die erste Stufe in die Wirtschafts- und Währungsunion als Sackgasse erweisen."

Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Ludwig Erhard brach erstmals seit dem Ende seiner Kanzlerschaft sein Schweigen vor dem Bundestag und brandmarkte in treffenden Worten das Übel der Inflation. Er bezeichnete die Wechselkursflexibilität, die er an sich sehr befürwortete, in der beschlossenen Form als eine Farce. Dies deswegen, weil die Regierung sich in Brüssel verpflichtet habe, nach einer gewissen Zeit zu einem festen Wechselkurs zurückzukehren. Darin liege eine Einladung an die Spekulanten, jetzt Dollars zu kaufen, die dann wieder verkauft werden könnten, womit das Gegenteil des angestrebten Effektes erzielt würde.

Geteilter Meinung ist man in der Bundesrepublik in der Frage, mit welchem wechselkurspolitischen Verhalten die Freigabe der DM zu verbinden sei, wenn die erstrebte außenwirtschaftliche Absicherung der inneren Geldwertstabilität erfolgreich sein soll. Bundeswirtschaftsminister Schiller, eine Minderheit des Zentralbankrates und weite Teile der Wirtschaftspresse befürworten ein unbegrenztes ‚Floating' und lassen die Frage der neuen Parität noch offen. Bundesbankpräsident Klasen, die Mehrheit des Zentralbankrates und der unternehmerischen Wirtschaft sind der Meinung, die Bundesrepublik müsse schon nach kurzer Zeit wieder zu einer festen Parität zum Gold zurückkehren. Diese Kreise ziehen einen administrativen Dirigismus (Beschränkung der Geldimporte) der Wechselkurs-Manipulation vor. Es besteht kein Zweifel, daß der Minister gegenüber dem Bundesbankpräsidenten der stärkere Partner ist, zumal die Wechselkurspolitik ausdrücklich in die Kompetenz der Regierung und nicht der Notenbank fällt. Es wird sich erweisen, ob die Dinge rechtlich so liegen, daß die Bundesregierung die ihr erforderlich scheinenden Interventionen am Devisenmarkt jederzeit anordnen könnte und die Bundesbank als ihr Agent zu handeln hätte. Strittig ist unter den beiden Partnern auch die Interpretation des Brüsseler Communiqués, welches ganz offensichtlich mehrdeutig abgefaßt worden war.

3.2. In den *Niederlanden* ermächtigte der Finanzminister „im Interesse des Landes und unter Berücksichtigung der internationalen monetären Situation die Niederländische Bank, mit Wirkung vom 10. Mai 1971 bis auf weiteres die gemäß Art. 2 des Gesetzes über den Pariwert des Guldens festgesetzte Spanne für ihre Transaktionen in ausländischen Devisen, in Abweichung von den in Art. 4, Absatz 3 der Articles of Agreement des Internationalen Währungsfonds bestimmten äußersten Kursen, zu erweitern." „In Anwendung dieser Ermächtigung hat die Niederländische Bank mit Wirkung vom Montag, den 10. Mai 1971, ihre An- und Verkaufskurse für den US-Dollar bis auf weiteres aufgehoben." Um die Bestimmungen noch vollends unklar zu formulieren, wurde angefügt: „Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird darauf hingewiesen, daß der Pariwert des Guldens durch diese Maßnahme nicht geändert wird und daß eine Änderung auch nicht beabsichtigt ist." Also auch hier Wechselkurs-Freigabe, aber nicht aus voller Überzeugung.

3.3. Die *belgische Regierung* vertraut auf ihren gespaltenen Devisenmarkt. Der stellvertretende Ministerpräsident und Wirt–

schaftsminister Cools vertrat die Meinung, daß Belgien das Glück habe, über zwei getrennte Märkte zu verfügen und deshalb mit Erfolg gegen die Spekulation ankämpfen könne. Auf dem nicht reglementierten Markt könnten sich die Kurse frei entwickeln, während auf dem reglementierten Markt die Außenhandelsgeschäfte und die Lohn- und Gehaltszahlung zu den offiziellen Kursen im Rahmen der Bandbreite abgewickelt würden. Der nicht reglementierte Markt führe dazu, daß die Spekulanten meist auf der Verliererliste stünden. Die belgische Regierung hat am 9. Mai, nach Konsultationen mit der luxemburgischen, beschlossen, an der Parität des belgischen Franc von 1 Dollar = 50 bfrs festzuhalten.

3.4. Die *Schweiz*, wie gesagt im Schlepptau der Maßnahmen der Deutschen Bundesrepublik, hat sich nicht zu einer Wechselkursfreigabe, doch zu einer definierten Aufwertung des Schweizerfrankens um 7% entschlossen. (Man sagt spaßhaft: 1% pro Minister) Bundespräsident Gnägi und Bundesrats-Vizepräsident und Finanzminister Celio gaben am Radio folgende Erklärung ab:

„Der Bundesrat hat, nach Rücksprache mit dem Direktorium der Schweizerischen Nationalbank, beschlossen, den Franken um 7% aufzuwerten. Dieser Beschluß tritt Montag, den 10. Mai 1971, in Kraft. Vom Montag an wird die Parität unserer Währung zum Dollar somit 4,08 Franken betragen gegenüber 4,37 Franken bisher." „Dieser Entscheid ist dem Bundesrat nicht leicht gefallen. Unsere traditionelle Politik stabiler Wechselkurse hat zweifellos viel zur starken Stellung unseres Landes beigetragen." „Die Spekulation übertrug sich auf den Schweizerfranken. Die Nationalbank mußte, um die Stabilität des Frankens zu sichern, innert kurzer Zeit gegen 1,5 Mia. Dollar übernehmen. Im Ausmaß von 6 Mia. wurden dadurch Schweizerfranken geschaffen. Die Nationalbank stellte deshalb den Kauf von Dollars ebenfalls ein." „Die Aufwertung war die einfachste und wirksamste Lösung. Gegenüber der internationalen Währungs-Spekulation mußte unmißverständlich klargestellt werden, daß sie nicht weiter zum Zuge kommen wird. Daher auch der Aufwertungssatz von 7%; eine kleinere Menge wäre nicht glaubwürdig gewesen. Eine Freigabe des Wechselkurses hätte aller Voraussicht nach einen größeren Ausschlag nach oben ergeben." „Da die Aufwertung nicht genügen wird, um der Inflation zu begegnen, erwägt der Bundesrat weitere Maßnahmen." (Es werden genannt: Konzertierte Aktionen, Baumarktreglementierung, Abbruchverbot, 1972 antikonjunkturelles Staatsbudget, Sterilisierung von Mitteln etc.)

Der Schweizerische Bundesrat hat, von seiner kürzlich erhaltenen Kompetenz zur Festsetzung der Parität Gebrauch machend, den Münzfuß des Schweizerfrankens von vorher 0,203 225 806 auf neu 0,217 592 592 Gramm Feingold festgesetzt, oder umgekehrt: 1 kg Feingold soll nun 4'595 35/47 Franken gelten ,gegenüber vorher 4'920 40/63 Franken. Dies entspricht einem Aufwertungssatz von 7,06937%. Die Dollarparität beträgt im Mittel 4,0841 Franken gegenüber einem Mittelkurs von 4,37282 Franken/Dollar vorher. Dies kommt einer Dollarabwertung von 6,6 % gleich. Die ganze Bandbreite ist von 3,54% auf 3,67 % etwas erweitert worden. Die Schweizerische Nationalbank hat ihren unteren Ankaufskurs für den Dollar von Fr. 4,2950 auf Fr. 4,01 und ihren obersten Ankaufskurs von Fr. 4,45 auf Fr. 4,16 herabgesetzt. Der erhebliche Bestand an Dollardevisen bringt für die Eidgenossenschaft einen Verlust von schätzungsweise 1,5 Mia. Franken.

3.5. Die *österreichische Regierung* hat, nach Konsultationen mit der Schweiz, sich deren Vorgehen angeschlossen und den Schilling gegenüber dem Dollar aufgewertet. Ein US-Dollar entspricht nun 24,75 öS gegenüber vorher 26 öS; umgekehrt gelten 100 öS nun 4,04 US-Dollar gegenüber vorher 3,84 $. Auch Österreich hat die Gelegenheit wahrgenommen, die Bandbreite

von bisher 0,75 % auf 1 % zu erweitern. Auch die österreichische Nationalbank, resp. das österreichische Volk erlitt einen Verlust an seinen Dollarreserven von ca. 1,5 Mia. Schilling.

4. Lehren aus dieser Währungskrise

– Die Dollarkrise ist mit all diesen Maßnahmen nicht gebannt. Das Mißtrauen gegenüber dieser Leitwährung hat an Boden keineswegs verloren. Die überfällige Abwertung des Dollars konnte, unter erheblichen Opfern anderer Staaten wieder einmal abgewendet werden. Wie lange noch?

– Die Aera der stabilen Wechselkurse geht langsam und sicher ihrem Ende entgegen. Trotz aller noch ab und zu aufflammenden Beteuerungen, nur die Stabilität der Goldparitäten bildete eine solide Grundlage der Internationalwirtschaft, finden immer weniger Glauben, selbst in maßgebenden Kreisen nicht mehr.

– Die sogenannte ‚böse Spekulation' ist währungspolitisch besser geschult und hellhöriger als viele Regierungs- und Fachleute. Jene aber, dort wo sie handeln, wissen genau, in welcher Richtung und in welchem Ausmaß ihre Währungen falsch lagen. Sie hätten somit wesentlich früher flexibel sein können, bevor die Spekulation in die Milliarden gehende Inflationsschübe und Devisenverluste auslöste.

– Bei der Neufestsetzung von Goldparitäten oder beim Versprechen auf raschmöglichste Rückkehr zu solchen weiß heutzutage jedermann, daß diese nach kurzer Zeit überholt und Ursache neuer Spekulationen sein werden. Die Probleme sind somit nicht gelöst, sondern nur vor sich hergeschoben.

– Es wird an der Zeit sein, die Statuten des Internationalen Währungsfonds im Sinne der Zulassung flexibler Wechselkurse zu revidieren. Diese lassen bisher lediglich ziemlich massive Paritätsänderungen nach oben oder nach unten zu, jedoch gleitende Anpassungen sind in den Formulierungen der Fondstatuten nirgends zu finden.

– Wird der Beschluß zur Freigabe des Wechselkurses gleich mit der Ankündigung, nach einer gewissen Zeit wieder zur ‚alten Parität' zurückzukehren verbunden, unterschätzt man den realistischen Sinn der Spekulation, welche von der Unmöglichkeit eines solchen Unterfangens überzeugt ist und demgemäß mit dem Rückzug der Spekulationsgelder zuwartet, bis die – meist höhere – Parität neu festgesetzt ist.

– Es ist verfehlt, den Beschluß zu einem bewußt zu niedrigen Satz der Paritätsänderung zu fassen und gleichzeitig bekannt zu geben, daß dieser selbstverständlich nicht genüge und durch flankierende dirigistische Maßnahmen ergänzt werden müsse, an deren Wirksamkeit im vorneherein niemand glaubt.

– Im Falle Kanadas ist am 31. Mai nun ein Jahr verstrichen, seit die feste Gold-Parität suspendiert worden war. Kanada ging damals gegenüber dem Internationalen Währungsfonds die Verpflichtung ein, zu einer festen Parität zurückzukehren, ‚sobald es die Umstände erlauben'. Es drängt sich die Frage auf, ob die Spielregeln fester Paritäten als Grundlage der westlichen Währungsordnung durch zeitlich bemessene Suspendierungsphasen nicht doch sukzessive in ihrer Substanz angetastet werden. Auch das dürfte ein weiterer Weg zur längst angebahnten Aushöhlung des Systems fixer Wechselkurse sein.

Hans Hoffmann

Zur Freigabe des Wechselkurses

Resolution des Studienkreises
für freiheitliche Ordnung
in der Schweiz

Der Studienkreis für freiheitliche Ordnung befaßte sich auf seiner Tagung vom 8./9. Mai u.a. auch mit der aktuellen Frage der sogenannten Dollarkrise.

Der mutige Schritt der deutschen Bundesregierung, durch Freigabe des Wechselkurses die Kaufkraft-Stabilität der deutschen Währung zu erhalten, wurde sehr begrüßt. Der Studienkreis appelliert an den *Bundesrat und an das Direktorium* der Nationalbank, den Wechselkurs des Schweizerfrankens freizugeben und damit gegen die fortschreitende Inflation anzukämpfen. Das Schweizervolk will die ständige Entwertung seines Einkommens und seiner Ersparnisse nicht länger hinnehmen.*

*) Der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft hat inzwischen die Aufwertung des Frankens, wenigstens als halben Schritt, um 7,06937 Prozent vollzogen.

Die Brakteaten*

zur Abbildung der Münze
auf der Umschlagseite

Eines der interessanten Beispiele früher Geldsteuerung hierzu findet sich in dem Silberbrechgeld Mitteleuropas zwischen 1150 und 1350.[1] Als Folge häufiger Umprägungen, die eine Abwertung zur Folge hatten, wenn die Herrscher der in Frage kommenden Staaten gewöhnlich etwas Metall als Gewinn einbehielten, waren die Münzen allmählich so dünn geworden, daß sie nur auf einer Seite geprägt werden konnten und leicht brechbar waren. Der Name „*Brakteaten*" kommt zweifellos davon her. In einigen Fällen trugen sie sogar Markierungen zur Zerkleinerung, um Wechselgeld herzustellen. Ihre Größe betrug etwa 1 bis 3 cm.[2]

Das Hauptmerkmal dieses Brechgeldes war jedoch ihre von Zeit zu Zeit stattfindende Umprägung. Durchschnittlich rief der Münzherr alle umlaufenden Münzen *zwei- bis dreimal im Jahre zum Umtausch* auf und erhob ca. 25% Schlagschatz. Die Münzhoheit verschaffte also den Herrschern und Bischöfen ein ständiges, leicht erhebbares Einkommen.

Ein Vorteil des Brechgeldes war, daß es zum erstenmal in der Geschichte Mitteleuropas ein Tauschmittel von kleiner Stückelung darstellte. Die umlaufenden Gold- und Silbermünzen besaßen zu großen Wert, um dem allgemeinen Umlauf dienen zu können. Deshalb ermöglicht das Brechgeld größere Arbeitsteilung.

Diese eigenartige Besteuerung durch Schlagschatzerhebung hatte aber eine andere wichtige Bedeutung. Da das Brechgeld der Umprägung und einem 25%igen Schlagschatz nach etwa 5 Monaten unterlag, entstand ein Verlust von einem Viertel des Münzwertes; dieser Verlust verteilte sich aber über die ganzen 5 Monate, nach deren Ablaufzeit der Umtausch in neue Münzen erfolgte. Der letzte Besitzer erlitt daher höchstens einen Verlust von 5%, es sei denn, er hätte die Münzen unnötig lange behalten. So muß der Schlagschatz einen beträchtlichen Einfluß auf die Geschwindigkeit des Umlaufs der Braktetaten ausgeübt haben. Niemand mochte Münzen mit einem monatlichen Verlust von 5% durchschnittlich, behalten. Man bevorzugte es, die Münzen sogleich in Ware umzusetzen.

*) aus Irving Fisher: Feste Währung, S. 13, Originalausgabe: „Statle Money, Adelphi Company New York.

1) Siehe Hans R. L. Chorssen: Fragile Money, in: „The New Outlook", September 1953.

2) Siehe auch: Dr. Wilhelm Jesse, Quellenbuch zur Münz- und Geldgeschichte des Mittelalters, Halle, A. Riechmann & Co., J. Schoenhof, op. cit., Fußnote *S. 93.* Fritz Schwarz, Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker, Bern, Verlag des Pestalozzi-Fellenberg-Hauses, 1931.

Man sagt, daß dies eine Zeit des Bargeldverkehrs war und daß Handel, Gewerbe Künste einen Auftrieb vom Bestreben der Menschen erhielten, ihr Geld loszuwerden. Doch weist man darauf hin, daß irgendeine größere Inflation der Warenpreise vermieden wurde, und die Geschichte dieses Zeitabschnittes berichtet nichts von jenem Schiebertum, das gewöhnlich eine Inflation begleitet.

Dieses erste Beispiel einer Art Beherrschung der Umlaufgeschwindigkeit ist von Interesse in der Geschichte der Wertbefestigung. Nachdem das Brechgeld etwa 1350 verschwunden war, vergaß man den Grundgedanken, bis er bestimmter in den Schriften Silvio Gesells wieder auftauchte. Nach seinem Tode verwertete man die Beherrschung der Umlaufsgeschwindigkeit in gewissem Maße in Form von „Marken-Ersatzgeld" in den Jahren *1931–1933* in Deutschland, Österreich und den Vereinigten Staaten.[3]

3) Siehe: Irving Fisher, Stamp Scrip, New York, Adelphi Co., 1933.

Irving Fisher

Zahlen aus der Volkswirtschaft[1)]

zusammengestellt von Diederich Römheld

Zeitpunkt oder Zeitraum	Bargeld-umlauf[2)]	Preisindices[3)]			Handels-bilanz (+Export-überschuß	Arbeitsmarkt	
		Grund-stoffe	Einzelhan-delspreise	Lebens-haltung[4)]		offene Stellen	Arbeits-lose
	ME/JE Mio.DM	MD/JD[6)] 1958=100	MM/JI 1958=100[5)]	MM/JD 1962=100	MS/JS Mio.DM	ME/JD Tsd.	ME/JD Tsd.
1965	31.453	100,2	115	109,0	+ 1.203	649,0	147,4
1966	32.906	107,7	119	112,8	+ 7.952	528,5	169,1
1967	32.829	104,0	120	114,4	+16.860	301,9	465,9
1968	34.943	100,7	107,1	116,1	+18.358	498,2	312,7
1969	37.274	101,9	108,7	119,3	+15.559	754,7	175,5
12/69	37.274	104,9	109,8	120,6	+ 2.013	670,5	192,2
4/70	37.948	105,1	112,1	123,3	+ 1.112	846,4	120,6
5/70	38.354	104,3	112,3	123,5	+ 1.099	859,7	103,4
6/70	38.151	104,5	112,6	124,1	+ 1.136	891,7	94,8
7/70	39.644	104,6	112,6	124,1	+ 1.998	872,2	98,6
8/70	39.053	104,1	112,5	124,0	+ 950	852,5	99,5
9/70	38.706	103,9	112,5	123,8	+ 1.359	811,5	97,3
10/70	38.776	103,6	112,9	124,2	+ 1.709	748,1	110,8
11/70	40.061	103,4	113,6	124,8	+ 677	672,8	129,5
12/70	39.488	103,4	114,1	125,2	+ 2.703	602,8	175,1
1/71	38.653	104,0	115,3	126,6	+ 827	621,2	286,2
2/71	39.011	104,1	116,2	127,7	+ 941	668,5	254,8v
3/71	39.188	105,1	117,0	128,7	+ 1.885	700,8	206,5
4/71	40.336	f	117,5	129,3	f	704,7v	160,4v

MA, MM, ME, MS, MD Monats- } -anfang, -mitte, -ende, -summe, -durchschnitt
JA, JM, JE, JS, JD Jahres- }

f) Zahlen liegen nocht nicht vor v) vorläufige Zahlen

Anmerkungen:

1) Die hier wiedergegebenen Zahlenfolgen sind noch nicht saisonbereinigt.

2) Bilanzzahlen der Deutschen Bundesbank, also ohne vom Bund aus ausgegebene Scheidemünzen und mit Kassenbeständen der Kreditinstitute sowie mit den im Ausland befindlichen deutschen Noten.
Der Bargeldumlauf M ist neben seiner Umschlagehäufigkeit U und dem Warenangebot Q ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Preisniveau P: MxU=QxP (FISHERsche Tauschgleichung).

3) Diese Indexzahlen geben nicht notwendig die Entwicklung des Preisniveaus P wieder, da sie jeweils nur einen kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Warenangebot berücksichtigen.

4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des allein verdienenden Haushaltsvorstandes.

5) Ab Mai 1968 ist 1962 das Bezugsjahr.

6) Ab 1969 ist 1962 das Bezugsjahr.

Quellen:

Ausweise, Monatsberichte und Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main; „Statistischer Wochendienst" des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden

Am 3. Mai 1971 verstarb im Alter von 77 Jahren

Rechtsanwalt Valentin Heins

München

Mitglied des Anwaltssenats beim Bundesgerichtshof
Träger des Ordens „Most Excellent Order Of The British Empire"
Mitherausgeber der Neuen Juristischen Wochenschrift

Valentin Heins gehört seit Bestehen des **Seminars für freiheitliche Ordnung** und der Schriftenreihe **Fragen der Freiheit** zu dem Freundeskreis und den großherzigen Förderern des Seminars. Sein großes Interesse galt der „Sozialen Frage" und deren Lösung im Sinne freien Menschentums.

Ankündigung

Seminar für freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e.V.

27. Tagung

Für 1971 ist die Sommertagung des Seminars für freiheitliche Ordnung für die Zeit vom 23. Juli bis 2. August 1971 wieder in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee vorgesehen.

Thema: **Fragen der Freiheit**

Autonomie – Wettbewerb –
Vollbeschäftigung – Eigentum – Mitbestimmung

Das Programm finden Sie als Beilage dieses Heftes.

Mitwirkende:

Klaus Adomeit, Dr. jur., Privatdozent, Universität Köln
Hermann Bauer, Lehrer, Ulm
Eckhard Behrens, Assessor, Universitätsverwaltung Heidelberg
Hans-Ullrich Gallwas, Dr. jur., Privatdozent, Universität München
Anton Henneka, Richter am Bundesverfassungsgericht i.R., München
Jobst v. Heynitz, Gerichtsassessor, München
Hermann Hummel, Dozent, Dr. jur., Staatl. Fachhochschule für Technik und Sozialwesen, Kiel
Erich Kühn, Prof. Dr. Architekt, BDM, Institut für Städtebau und Landesplanung, Technische Hochschule Aachen
Gerhard Leibholz, Prof. Dr. jur., Richter am Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe
Ludolf von Mackensen, Dr. rer. nat., Dipl. Ing. Privatdozent, München
Maurice Martin, Dr. sc. nat. & Ing. ETH Zürich
Heinz Peter Neumann, Jurist, Oberverwaltungsdirektor Berlin
Fritz Penserot, Kaufmann, Kirn
Horst Rumpf, Dr. phil., Pädagogisches Seminar der Universität Konstanz
Herbert Spies, Dipl. Volkswirt, Wuppertal
Erwin Stein, Prof. Dr. jur., Kultusminister a.D., Richter beim Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe
Heinz-Hartmut Vogel, Dr. med., Bad Boll
Lothar Vogel, Dr. med., Ulm

Ernst Winkler, Mathematiker und Physiker, Lehrbeauftragter am Staatsinstitut München–Pasing

Paul-Ludwig Weihnacht, Dr. phil., wissenschaftlicher Assistent beim Deutschen Bildungsrat und Lehrbeauftragter für politische Wissenschaft, Universität München

Walter Zellmer, Oberingenieur bei der Firma Voith, Heidenheim/Br.

Viele politische Forderungen werden damit begründet, ihre Erfüllung diene der Freiheit. Kritisches Denken durchschaut rasch, daß Mitbestimmung für sich allein, Autonomie für sich allein, Wettbewerb und Vollbeschäftigung je für sich allein nicht zur vollen Freiheit führen, sondern nur zu Privilegien für wenige Gruppen in der Gesellschaft. Die Autonomie des Unternehmens oder der Universität ist vielfach noch ein „Freiheits-Privileg" des Management oder der Professoren. Führt aber Mitbestimmung wirklich zur Teilhabe an der Autonomie, d.h. der Freiheit der Institution oder ins Chaos und zur Funktionsunfähigkeit, wie es bei vielen Universitäten zu befürchten ist? Kann einem Mißbrauch von Autonomie und Mitbestimmung dadurch gesteuert werden, daß die autonome Institution einem wirksamen Wettbewerb durch vergleichbare autonome Institutionen und damit einem Existenzrisiko ausgesetzt wird? Vollbeschäftigung kann verhindern, daß das durch eine Wettbewerbsordnung für jede Institution begründete Existenzrisiko zur unerträglichen Existenznot von Menschen werden kann; zugleich ist Vollbeschäftigung ein Fundament der Autonomie der Persönlichkeit, von dem aus sie Mitbestimmung in allen Institutionen erringen kann. Die im Wettbewerb stehende, autonome Institution kann bei Vollbeschäftigung nicht ruhen, bis sie funktionsfähige Formen der Mitbestimmung gefunden hat. – In den Spannungs- und Interdependenzverhältnissen von Institutionen- und Persönlichkeitsautonomie (Mitbestimmung) von Wettbewerb, Autonomie und Vollbeschäftigung ist die Freiheit ein Phänomen labilen Gleichgewichts. Sie entgleitet ideologisch-einseitigen Fixierungsbestrebungen.

Unter dem Gesamtthema *Fragen der Freiheit* wird die kommende Arbeitstagung des *Seminars für freiheitliche Ordnung* versuchen, die gegenseitigen Bedingtheiten und Funktionszusammenhänge von Autonomie, Wettbewerb und Vollbeschäftigung aufzuzeigen. Damit soll zugleich der Begriff der Demokratie, als Prinzip der individuellen und gesellschaftlichen Willensbildung näher bestimmt werden. Dies ist vor allem von großer Bedeutung für die sachgemäße Entscheidungsfindung in kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen.

Wir laden Sie ein, durch Ihre Teilnahme an der Arbeitstagung zur Klärung der Fragen beizutragen.

Zur Information der Seminarteilnehmer

Das Seminar für freiheitliche Ordnung veranstaltet Studienkurse in Arbeitsgruppen (siehe Programm) mit vom Veranstalter beauftragten Gesprächsleitern. Der Seminararbeit in Gruppen gehen einführende Kurzvorträge voraus.

Abendvorträge dienen der Erweiterung und Vertiefung der Seminararbeit und sollen außerdem den Teilnehmern Gelegenheit bieten, profilierte Auffassungen zum Gesamtthema kennenzulernen.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung behandelt gesellschaftliche Probleme unserer Zeit sowohl vom Gesichtspunkt der Persönlichkeitsrechte des einzelnen Bürgers, als auch vom Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit aus. Es will in erster Linie ernsthafte Arbeit leisten und Grundlagen legen zur gesellschaftspolitischen Urteilsbildung und Entscheidung.

Seit Folge 85 in Fragen der Freiheit erschienene Beiträge:

Das *Gesamtinhaltsverzeichnis* (Nr. 1–84) ist kostenlos erhältlich durch die Geschäftsstelle des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. 6554 Meisenheim, Herzog Wolfgangstraße 13 b

Hermann Bauer
Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates zur Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen – Auswirkungen auf Freie Schulen 85

Eckhard Behrens
Mitbestimmung in Bildungsinstitutionen. Ergebnisse eines Kolloquiums . . . 85
Autonomie und Wettbewerb 85
Mitbestimmung und Marktwirtschaft 86
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus 87/88
Feste oder freie Wechselkurse – Das Scheitern einer unvollkommmen Weltwährung . 89

Irving Fisher
Die Brakteaten 89

Theo Fruhmann
Auf dem Wege zum marxistischen Erziehungsstaat? 85

Hans Hoffmann
Revolution oder Evolution im Wechselkurssektor der Währungspolitik? . . . 89

Karl Leitl
Mitbestimmung am Arbeitsplatz 89

Heinz-Peter Neumann
Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus 89

Fritz Penserot
Der Vertrag von Moskau 12. August 1970 85
Heißer Mai 1971 – Betrachtungen zur Währungskrise 89

Horst Rumpf
Lehrer – oder Unterrichtsbeamter 85

Erwin Stein
Zur Wandlung des Eigentumsbegriffes 86

Ota Šik
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus 87/88

Heinz-Hartmut Vogel
Ausblick auf das Jahr 1971
Zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz 89

Lothar Vogel
Eine Denkschrift zu den Empfehlungen zur Neugestaltung der „Abschlüsse im Sekundarschulwesen" 85
Monopol und Eigentum 89

Ernst Winkler
Schwerpunkte einer geistigen Auseinandersetzung – Anregungen zur Diskussion über die Referate von O. Šik und E. Behrens – 87/88
Überwindung von Entfremdung und Ausbeutung des Menschen – zugleich eine notwendige Auseinandersetzung mit Karl Marx 87/88

Berichte

Herbert Spies – Fritz Penserot – Diether Derscheid
25. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 2. bis 11. August 1970 in Herrsching/ Ammersee Gesamtthema: Freie Gesellschaft ohne Kapitalismus – Die Persönlichkeitsautonomie als Sozialprinzip – . . . . . 86 u. 87/88

Fred Stolle
Gefährdeter Lebensraum – bedrohter Mensch Herbst-Wochenendtagung des Schweizerischen Studienkreises für freiheitliche Ordnung auf „Boldern" ob Männedorf 86

Heinz Peter Neumann
Bericht des Arbeitskreises Berlin des Seminars für freiheitliche Ordnung 87/88

Diederich Römheld
Zahlen aus der Volkswirtschaft zusammengestellt 86

Tagungen und Kolloquien

5.–6.1.1971 Basel
„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"
Dokumentation:
Ota Šik, Eckhard Behrens, Ernst Winkler 87/88

Ankündigung

27. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Herrsching/Ammersee vom 23. Juli bis 3. August 1971
Thema: Fragen der Freiheit 85/88

Mitarbeiter dieses Heftes:

Prof. Dr. Ota Šik, ehem. Professor für politische Ökonomie, Direktor des Ökonomischen Instituts in Prag und stellv. Ministerpräsident der CSSR, jetzt a.o. Professor für Theorie und Praxis der Planwirtschaft an der Wirtschaftshochschule St. Gallen/Schweiz

Lothar Vogel, Dr. med., Ulm, Römerstraße 97

Heinz-Peter Neumann, Jurist, Oberverwaltungsdirektor, Berlin, Trabener Str. 22

Eckhard Behrens, Assessor, Universitätsverwaltung Heidelberg, Ruit bei Stuttgart, Max-Eyth-Straße 5

Heinz-Hartmut Vogel, Dr. med., Boll/Eckwälden, Bosler Weg 17

Karl Leitl., Diplomingenieur, Inhaber der Bauhütte Leitl-Werke/OHG – Linz/Donau

Fritz Penserot, Kaufmann, Kirn/Nahe, Dhauner Straße 182

Hans Hoffmann. Diplomingenieur, Bern, Grüneckweg

Irving Fisher †, Prof. Dr. rer. pol., Yale-University, USA

Diederich Römheld, Diplomvolkswirt, Schwaig bei Nürnberg, Parkstraße 56

Vorankündigung für Heft 90

Bedrohte Erde – Gefährdeter Mensch
Probleme des Umweltschutzes und des Umweltrechts

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

„Fragen der Freiheit", herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur (Sitz: 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfgang-Straße 13b) erscheint sechsmal im Jahr. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Herausgeber: Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm, Römerstraße 97.
Bezugspreis: für das Einzelheft Richtsatz DM 2.50 / Sfr. 3,– / S 20,–
Bezug: „Fragen der Freiheit", 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfgang-Str. 13 b, Tel. (0 67 53) 6 69
Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur, 6554 Meisenheim, Konto-Nr. 261 404 Postscheckkonto Frankfurt a. Main.
Schweiz: Konto-Nr. 30–30731, Postscheckamt Bern
Österreich: H. Vogel-Klingert, Konto-Nr. 93.968, Postsparkassenamt Wien
Banken: Volksbank Meisenheim, Konto Nr. 5611

Nachdruck, auch auszugsweise mit Genehmigung des Herausgebers
Umschlag-Gestaltung: Fred Stolle, Zürich CH 8125 Zollikerberg, Weiherweg 4
Titelbild: Brakteat (mittelalterliche Geldmünze)
Herstellung: Anton Hain KG, Meisenheim/Glan